

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inserions-Gebühr

Bekannt für die feinsten Rollen-
teile oder deren Raum 60 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Verord-
nungen und Verordnungs-Anzeigen 30 Pfg.
„Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt
Wort 30 Pfg. (zulässig 2 Zeilenbreite
Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg., jedes
Stellenangebot und Schaffens-An-
zeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes
weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte. Inserate
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Halbjährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
Einzeln Nummer 6 Pfg. Sonntags-
nummer mit Multiplikatoren Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Verzeich-
nisse. Unter Kreuzband für
Deutschland und Ostpreußen
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 5. April 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Bilanz der Rüstungen.

Die Stimmen, die sich warnend gegen den Rüstungs-
wahnsinn wenden, häufen sich. Auch in bürgerlichen Kreisen
dringt immer mehr die Erkenntnis ein, daß es nicht so weiter
gehen kann. In England, wo die bürgerlichen Klassen einen
guten Teil der Rüstungsausgaben tragen, hat, wie es scheint,
diese Erkenntnis am festesten Boden gewonnen. Schon 1908
sprach der Londoner „Economist“ das Problem offen aus:
Zwischen Militarismus und Sozialismus. Auch einige liberale
Minister erklären sich scharf gegen den Rüstungswahnsinn, was
sie allerdings nicht hindert, immer steigende Militärausgaben
zu machen . . .

Auch in anderen Ländern beginnt man einzusehen, daß
die Rüstungsausgaben eine ernste Gefahr für die volkswirt-
schaftliche Entwicklung darstellen. Der Professor R. Kobatsch
hat neuerdings im Niederösterreichischen Gewerbeverein einen
Vortrag über „Die volks- und staatswirtschaftliche Bilanz der
Rüstungen“ gehalten, der darauf in der Form einer Schrift
bei Karl Ronegen in Wien erschienen ist. Was Professor
Kobatsch hier ausführt, ist nicht neu, auch zergliedert er den
Stoff nicht besonders scharfsinnig und eingehend. Vom sta-
tistischen wie vom allgemein theoretischen Standpunkt aus
läßt sich gewiß manches gegen die Ausführungen von Kobatsch
einwenden. Doch treffen sie den Kern der Sache und
darauf kommt es schließlich an. Kurz zusammengefaßt, gibt
er eine vielfach zutreffende Antwort auf die Argumente der
Rüstungsfreunde, und somit kann seine Schrift gute Dienste
leisten.

Zunächst berechnet er die Kosten des „bewaffneten
Friedens“. Er findet, daß sich die Rüstungsausgaben aller
Länder auf zehn Milliarden Mark stellen, die Europas
allein auf sieben Milliarden Mark. Dazu kommt
noch der Arbeitsausfall der aktiv Dienenden, den er für
Europa auf fünf Milliarden annimmt, sowie der Schuldendienst
mit sechs Milliarden Mark. Somit stellt sich der jäh-
rliche Verlast der europäischen Volkswirtschaft auf 18 Milliarden
Mark!

Es ist interessant, diese von Kobatsch gefundenen Zahlen
mit einigen von früheren Forschern festgestellten Angaben zu
vergleichen. So hat Pfeifer zusammengerechnet, daß die
Rüstungsausgaben Europas um Mitte der 70er Jahre des
vorigen Jahrhunderts drei Milliarden Mark betragen. Seit
dem haben sich also die Rüstungsausgaben mehr als ver-
doppelt!

Der französische Gelehrte Théry hat kürzlich berechnet,
daß Europa seit 1883 bis 1908 nicht weniger als
145 Milliarden Frank für Rüstungszwecke ausgegeben
hat. Es sind alles Summen, die die Frage gewiß berechtigt
erscheinen lassen, ob man nicht in Friedenszeiten verbluten
wird . . .

Daraus ergibt sich schon klar, welchen Wert die Neben-
arten haben, daß die Rüstungsausgaben eine Versicherungs-
prämie gegen den Krieg bilden. In der Tat bedeuten diese Aus-
gaben nichts anderes als den ununterbrochenen Krieg. Nach
den Angaben der österreichischen militärischen Zeitschrift stellen
sich die Kriegskosten für ein Jahr auf 7,5 Milliarden Kronen. Die
Rüstungsausgaben (einschließlich die Schuldzinsen) stellen
sich auf 1500 Millionen Kronen. Fünf „Friedens-“
jahre sind also gleich einem Kriegsjahr!

Herr Kobatsch berechnet die „Versicherungsprämie“ auf
12,6 Proz., da er auch die indirekten Schäden des Krieges
mit in Anschlag bringt. Diese lassen sich aber keineswegs
genau berechnen, so wenig wie die indirekten Schäden des
bewaffneten Friedens. So zieht er beispielsweise die Kosten
des Militärtransports nicht in Betracht, ebenso diese Aus-
gaben, die in den Budgets unter anderen Rubriken aufgeführt
werden. Eine richtigere Vorstellung von der Höhe der „Ver-
sicherungsprämie“ geben nur Vergleiche zwischen den
direkten Rüstungs- und Kriegsausgaben, wonach die
ersteren 20—25 Proz. ausmachen!

Ein anderes Argument für die Rüstungsausgaben ist das,
daß sie den auswärtigen Handel schützen und fördern. In
diesem Sinne sprach sich der österreichische Marineminister
aus. Ähnlich das Zentrum in einer Schrift über die „Reichs-
finanzfrage“. Prof. Kobatsch stellt nun auf Grund detaillierter
Tabellen fest, daß „die Größe der Ausgaben für die Rüstungen
und für die Flotte in gar keinem ursächlichen Zusammenhange
steht mit den erwähnten wichtigen Auslandsinteressen der
einzelnen Staaten, und zwar weder mit der Ausfuhr noch
mit der Handelsflotte“. (S. 27). „Es zeigt sich fast eine
gesetzmäßige Erscheinung“, sagt er weiter, „welche vielleicht
darauf zurückzuführen ist, daß je geringer die Rüstungs-
ausgaben sind, desto geringer naturgemäß auch die
Belastung der Volkswirtschaft und desto größer —
ceteris paribus — ihre Konkurrenzfähigkeit
auf ausländischen Märkten sein muß.“

Aus seinen zahlreichen Tabellen wollen wir nur zwei
herausgreifen, die das Gesagte vollumfänglich bestätigen. Die
einzelnen Länder wenden für je 1000 M. Außenhandel
folgende Rüstungsausgaben auf:

Belgien	5,76
Holland	7,90
Dänemark	22,40
Norwegen	33,40
Großbritannien und Kolonien	43,60

Großbritannien allein	51,—
Vereinigte Staaten	75,—
Rumänien	77,—
Schweden	78,—
Deutschland	87,80
Frankreich	93,—
Spanien	104,10
Italien	108,—
Portugal	133,30
Japan	134,20
Oesterreich-Ungarn	137,—
Griechenland	147,30
Türkei	150,10
Bulgarien	154,70
Serbien	160,70
Rußland	259,—

Diese Zahlen ergeben nun unwiderleglich, daß der
Außenhandel in gar keinem Verhältnis zu den
Rüstungsausgaben steht. Großbritannien mit seinem Welt-
handel gibt, um seinen Handel zu „schützen“, den fünften Teil
dessen aus, was Rußland diese Versicherungsprämie kostet.
Frankreich gibt fast doppelt so viel aus, Deutschland um
72 Proz. mehr, als England zum „Schutze“ seines Handels.

Noch deutlicher wird dieselbe Tatsache, wenn man die
Entwicklung des auswärtigen Handels mit der der Rüstungen
vergleicht. Nach einer Publikation der englischen Regierung
(Statistical Tables and Charts, relating to British and
foreign Trade and Industry) stellte sich die Ein- und Aus-
fuhr wie folgt:

	1880—1884	1903—1908	1880—1884	1903—1908
	Einfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Ausfuhr
	in Millionen Pfund Sterling			
England	848,6	519,3	234,3	368,5
Frankreich	190,9	222,7	188,8	207,8
Deutschland	151,8	387,9	152,8	311,5

Der englische Außenhandel ist also von 577,9 auf 887,8
Millionen oder um 310 Millionen gestiegen. Der französische
hat sich von 329,2 auf 430,5 Millionen oder um rund
100 Millionen, und der deutsche von 304,6 auf 699,4 Millionen
Pfund Sterling erhöht. In Prozenten war die Steigerung
des Außenhandels

bei England	um 54 Proz.
„ Frankreich	„ 30
„ Deutschland	„ 129

Die Ausgaben für Heer und Flotte sind dagegen seit
1883 bis 1908 gestiegen

in England	um 112 Proz.
„ Frankreich	„ 39
„ Deutschland	„ 193

Die Militärausgaben sind also bei weitem rascher ge-
stiegen als der Außenhandel.

Noch lächerlicher ist es, von einer Versicherung der Handels-
flotte durch die Kriegsmarine zu sprechen. Setzt man die
Registertonnenzahl der Handelsflotte gleich 1, so stellen die
Ausgaben für die Kriegsslotte in

Rußland	263,8
Frankreich	206,9
Deutsches Reich	157,8
Italien	146,2
Oesterreich-Ungarn	114,7
Großbritannien	61,8

Wiederum erweist sich, daß die Länder mit der relativ
geringsten Handelsflotte die meisten Ausgaben für ihre Kriegs-
flotte machen.

Als letzten Grund für die Rüstungsausgaben führt man
die Notwendigkeit des Schutzes der Staatsangehörigen im
Auslande an. Demgegenüber bemerkt Kobatsch mit Recht:
„Es ist auffallend, daß man sich bei der Vorlage eines
Flottenprogramms wieder einmal der auswärtigen Staats-
angehörigen erinnert, die insofern so mancher Ungunst der
wirtschaftlichen Verhältnisse jährlich zu Hunderttausenden unser
Vaterland verlassen.“ Zuerst bürdet man den „Staats-
angehörigen“ eine ungeheure Steuerlast auf, verjagt sie da-
durch ins Ausland, dann macht man neue Ausgaben, um an-
geblich diese ins Ausland Geflohenen zu schützen! Eine schöne
Logik! . . .

Und das Fazit des ganzen Rüstungswahnsinns sind grau-
erregende Kulturdesserte! Man stellt es häufig so dar, als ob
die Rüstungsausgaben doch schließlich wieder der Volkswirt-
schaft zugute kämen. Zwischen diesen beiden Akten des
Rüstungsdramas“, bemerkt Kobatsch sehr richtig, „liegt aber
ein oft sehr langer Zwischenakt und die Akteure sind
ganz andere: im ersten Akte Volksknecht, im zweiten Akte
feudale Herren, die Geld-
aristokratie.“ Die Last der Rüstungen brückt die
Volksmassen; den Profit ziehen die Geld- und
Grundherren ein! Und in der Staatswirtschaft stellen
sich immer schrecklichere Defizite ein.

Die schon erwähnte Zentrumschrift über die Finanzfrage
polemisiert gegen die Behauptung unserer Genossen, daß für
Kulturzwecke nie Geld da ist. Sie stellt die Staats- und
Gemeindeausgaben des Deutschen Reiches zusammen und
erklärt pomphaft: „Den 1104 Millionen für Rüstungszwecke
stehen nicht weniger wie 4512 Millionen für andere Zwecke
gegenüber.“ Welcher Art sind aber die „anderen“ Zwecke?
Die Zentrumschrift hütet sich, diese als Kulturzwecke zu be-

zeichnen. Denn hierher gehören 955 Millionen für den
Schuldendienst, 1372 Millionen für innere Verwaltung (also
in der Hauptsache für Polizei) usw.

Als wirkliche Kultur Ausgaben kann man in der Tat nur
die für Gesundheitspflege, Armen-, Kranken- und Waisenspflege,
Kultus, Schule, Wissenschaft und Kunst ansehen. Für all
diese Zwecke gibt der deutsche Staat samt Gemeinden 1028
Millionen Mark aus, also viel weniger als allein
für Armee und Flotte. So hat auch Kobatsch sehr
recht, wenn er behauptet, daß infolge der Rüstungsausgaben
die allernotwendigsten Kultur Ausgaben vernachlässigt werden.
Vor allem: „Wie beschämend gering sind die Aus-
gaben der sogenannten Kulturstaaen für Wohlfahrtszwecke im
Vergleich zu ihren Rüstungsausgaben!“ Nach einer Enquete
des französischen Ministeriums für auswärtige Angelegen-
heiten waren die Wohlfahrtsausgaben im Vergleich zu den
Rüstungsausgaben 1910 in

Großbritannien	wie 1:5
Frankreich	1:10
Deutsches Reich	1:23
Italien	1:27,5
Oesterreich-Ungarn	1:22,5

„In der Tat“, bemerkt hierzu Kobatsch, „wir haben noch
lange kein Gemeinwesen, welches das Ehrenwort „Kultur-
oder Wohlfahrtsstaat“ führen dürfte; wir leben noch immer
in der Zeit des Militär- und Beamtenstaates“ . . .

Der Zwangszweckverband.

Die Zweckverbandskommission setzte am Montagabend die Ver-
handlungen fort bei Beratung der Zusammensetzung der Verbands-
versammlung. Nach der Regierungsvorlage sollte ein Verbands-
glied (Gemeinde oder Kreis) nicht mehr als ein Drittel der Ver-
treter haben. Von freiständiger Seite war für Berlin Vertretung
entsprechend seiner Bevölkerungszahl, mindestens die Hälfte, be-
antragt. Die Konservativen beantragten schließlich, die Bemessung
nach der Einwohnerzahl und dem Steuerfoll einzuwirken zu lassen.
Die Anzahl der Vertreter für Berlin bildete das Streitobjekt.
Ein freiständiger Redner erklärte, daß es bei längerer Beratung
für Berlin immer schlimmer werde. Zwei Drittel solle Berlin
zahlen und nur ein Drittel soll es Vertreter haben! Die National-
liberalen lehnen eine Verbindung mit dem Steuerfoll zur Be-
messung der Vertreter ab.

Der konservative Antrag, das Steuerfoll mit zur Grundlage
der Bemessung der Vertreter zu machen, wird gegen die Kon-
servativen abgelehnt.

Angenommen wird dagegen der Antrag, 40 Proz. für Berlin
zugulasten ohne Anrechnung des Oberbürgermeisters. Die Zahl
der zu wählenden Gesamtvertreter wird auf 100 statt 60 fest-
gestellt. Der Oberbürgermeister tritt als Verbandsdirektor hinzu.
§ 18 (Genehmigung der Festsetzung von mehr als 25 Proz.
des Gesamtsteuerfolls an Beitragbedarf), § 19 (Einladung zu
den Verbandssammlungen), § 20 (Zuziehung von Sach-
verständigen), § 21 (Beschlussfähigkeit) werden ohne erhebliche
Debatte nach der Regierungsvorlage angenommen.

§ 22 bestimmt, daß die Beschlüsse mit einfacher Stimmen-
mehrheit gefaßt werden sollen. Beschlüsse, welche den Bau,
die Uebernahme des Betriebes oder den Erwerb von
Bahnen durch den Verband, insbesondere die Ueber-
nahme von Bahnen der Verbandsmitglieder
oder der zu den beteiligten Landkreisen gehörigen Gemeinden
auf den Verband betreffen, bedürfen einer
Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen.

Die Konservativen beantragten, den letzten Satz zu streichen.
Wenn man der Stadt Berlin 40 Stimmen gebe und Zweidrittel-
mehrheit bestehen lasse, werde es nie zu einer Uebernahme von
Bahnen kommen. Berlin werde die ganze Verbandsversammlung
vergewaltigen. Werde diese Bestimmung nicht gestrichen, dann
werden die Konservativen bei der zweiten Lesung die Wieder-
herstellung von 33 Vertretern für Berlin beantragen. Für die
Streichung sprach sich auch ein Zentrumsredner aus. Nachdem
so der schwarz-blaue Bloß seine Segnerschaft gegen Berlin zum
Ausdruck gebracht, mühte es nichts, daß die liberalen Vertreter
mit tausend Gründen gegen die Anträge zu Felde zogen. Am
Schluß fiel auch der Minister um, natürlich auf die schwarz-blaue
Seite. Der Minister hielt es für genügend, daß in den Sitzungen
eine qualifizierte Mehrheit bestimmt werden kann.

Der Abf. 2 der Regierungsvorlage (Zweidrittelmehrheit) wird
mit den Stimmen des Zentrums und der Konservativen ab-
gelehnt und folgender konservativer Antrag angenommen:

„Durch die Satzung kann für bestimmt zu
bezeichnende Angelegenheiten eine größere
als einfache Stimmenmehrheit gefordert
werden.“

Wenn § 24, der vom Verbandsauschuß und dessen Zusammen-
setzung handelt, entspinnen sich dieselben Debatten wie bei der
Zusammensetzung der Verbandsversammlung. Es wurde ein
konservativer Antrag unter Ablehnung der Regierungsvorlage an-
genommen, der wie folgt lautet:

„Der Verbandsauschuß besteht aus dem ersten Bürger-
meister der Stadt Berlin als Vorsitzenden, einem von ihm zu
bestimmenden Stadtrat derselben Stadt, den ersten Bürger-
meistern der sechs nach Einwohnerzahl größten Gemeinden des
Verbandsgebietes, den Vorsitzenden der Kreis-Ausstände der zum
Verbande gehörigen Kreise und zurzeit acht von der Verbands-
versammlung aus dem im § 14 Abf. 2 bezeichneten Personenkreise
zu wählenden Mitgliedern.“

Den von gewählten Mitgliedern müssen vier in der Stadt Berlin und vier in den nach Abs. 1 nicht berücksichtigten Gemeinden des Bezirkesgebietes bis im § 14 Abs. 2 bezeichnete Wahlbarkeit besitzen.

Durch Satzung kann eine anderweitige Zusammensetzung des Verbandsauschusses angeordnet werden.

Am Dienstag wurde die Beratung bei § 28 fortgesetzt. Mit unwesentlichen Änderungen nahm die Kommission die Regierungsvorlage an. Die Bestimmung regelt die Wahlperiode, Aufgaben des Verbandsauschusses, die Einsprüche gegen Beitragsleistung, Berufung des Ausschusses und die Stellung des Verbandsdirektors.

Die im § 33 enthaltene Beschwerdefrist soll den Namen: „Beschwerdebehörde Groß-Berlin“ erhalten und ihren Sitz am Sitz des Oberpräsidenten haben.

Von einem konservativen Mitgliede war ein Gesetzentwurf über Verteilung der Schullasten eingebracht und beantragt, ihn noch in dieser Sitzung zu beraten. Das wurde jedoch abgelehnt. Die Beratung erfolgt am Schlusse der zweiten Lesung.

Stellvertreter des Verbandsdirektors soll der zweite Bürgermeister der Stadt Berlin sein, sofern er Mitglied des Verbandsauschusses ist, sonst der Bürgermeister der nächstgrößten Stadt.

Das Gesetz soll am 1. Oktober in Kraft treten. Vorher sollen alle Vorbereitungen, Wahlen usw. erledigt sein. Damit war die erste Beratung beendet. Die nächste Sitzung findet am 25. April, abends 7 Uhr, statt und wird die zweite Lesung des allgemeinen Zweiverbandes vorgenommen. Am 30. April soll die Redaktionskommission zusammentreten und am 27. April die 3. Lesung des Zweiverbandgesetzes Groß-Berlin beginnen.

Preußlicher Polizeieifer.

Den Kampf gegen die Jugendbewegung will man offenbar auch im rheinisch-westfälischen Industriebezirk systematisch betreiben. Vor kurzem zog sich bei dem ersten Versuch das königliche Polizeipräsidium in Essen hierbei eine unruhige Blamose zu. Eine zweite Aktion ist auf Veranlassung des Essener Polizeipräsidenten mit größerem „Erfolge“ am letzten Sonntagabend in Gelsenkirchen vorläufig zu Ende geführt worden. Vor dem dortigen Schöffengericht hatten sich die sämtlichen Mitglieder des Gelsenkirchener Jugendausschusses wegen angeblicher Übertretung des Reichsvereinsgesetzes zu verantworten. Die Anklage war in einer etwas merkwürdigen Weise, die dabei aber das System verrät, zustande gekommen. Das Essener Polizeipräsidium hatte die ebenfalls königliche Gelsenkirchener Polizei auf den Jugendausschuss aufmerksam gemacht. Die Gelsenkirchener Polizeidirektion hielt sich geziemend eine Hausdurchsuchung bei dem Obmann des Ausschusses ab. Harmlose Viederbücher, Legitimationskarten und eine Liste der Jugendlichen, die die Veranstaltungen des Jugendausschusses regelmäßig oder doch öfter besuchten, wurden beschlagnahmt. Die Polizei vernahm dann eine große Anzahl der jugendlichen Personen, worauf der Anwalt gegen alle Mitglieder des Jugendausschusses ein Verfahren wegen Übertretung des Vereinsgesetzes einleitete.

Die „positive“ Ausbeute der Vernehmung war für die Anklagebehörde zwar recht spärlich, um so interessanter aber waren die grellen Schlaglichter, durch die der Wert der polizeilichen Vernehmungen wieder einmal trefflich beleuchtet wurden. Zwei der jugendlichen Zeugen bekundeten auf das Bestimmteste, daß sie die im Sinne der Anklage angeblich gemachten Ausführungen bei der Polizeibehörde gar nicht abgegeben hätten. Eine Zeugin erklärte, der Polizeibeamte habe sie ganz „verleistet“; die Anklage, daß in der Jugendlichenversammlung über Sozialdemokratie geredet worden sei, habe ihr der Beamte direkt in den Mund gelegt. Diese Zeugen behaupteten auch, ihre polizeilichen Aussagen seien ihnen überhaupt nicht dorgelesen worden. — Mehrere jugendliche Zeugen, die die Veranstaltungen des Jugendausschusses regelmäßig besuchten, bekundeten, es sei nie von Politik oder Sozialdemokratie geredet worden. Man habe Spiele veranstaltet, belehrende Vorträge gehalten und sie seien immer vor dem Wirtschaftsbuch gewarnt und zur Mäßigkeit ermahnt worden.

Diesen Bekundungen gegenüber wollten drei Zeugen das Wort Sozialdemokratie und Wahlen gehört haben. Ob es sich hierbei etwa um die Wahl des Spielleiters handelte, wußten die Zeugen nicht; ebensowenig konnten sie angeben, in welchem Zusammenhang und von wem das Wort Sozialdemokratie gebraucht worden sei.

Das Gelsenkirchener Schöffengericht verurteilte alle sieben Angeklagten zu je zehn Mark Geldstrafe bezw. 9 Tage Gefängnis. Nach der Urteilsbegründung sieht es das Gericht als erwiesen an, daß es sich um einen politischen Verein handelte. Die Aufforderung des einen Redners, die Jugendlichen müßten Sozialdemokraten werden, sei keine Entgleisung, sondern die Tendenz des Vereins. Der Jugendausschuss schließlich bilde den Vorstand des Vereins. Die Angeklagten hätten sich deshalb strafbar gemacht, weil sie erstens es unterließen, ihre Aussagen einzureichen, weil sie zweitens die Anwesenheit von Personen unter achtzehn Jahren in ihren „politischen“ Versammlungen duldeten.

Das Urteil trägt — wenn auch unbewußt — die Tendenz, die freie Jugendbewegung zu unterbinden. Zudem ist es aber auch nicht frei von tatsächlichen Irrtümern. Daß der Jugendausschuss den Vorstand des „Jugendvereins“ bildet, ist eine etwas gewaltsame Konstruktion; denn der Jugendausschuss besteht ganz unabhängig von dem „Verein“ der Jugendlichen. Er bestand seitlich früher als der „Verein“; schließlich haben die Jugendlichen nicht den allermindesten Einfluß auf die Gestaltung des Jugendausschusses, der Ausschuss kann vielmehr unter Umständen sogar gegen den Willen der Jugendlichen bestehen. Alle typischen Eigenschaften des Vereinsvorstandes fehlen ihm völlig. Wehnlich steht es mit dem angeblichen Verein der Jugendlichen. Eine Organisation besteht überhaupt nicht, ebensowenig die Pflicht zur Beitragszahlung. Die Eigentümlichkeit dieses Vereins ist, daß ihm jedes Merkmal einer Organisation mangelt. Für die weitere Feststellung, daß es sich sogar um einen politischen Verein handelt, hat jedenfalls selbst nicht einmal die Beweisaufnahme auch nur den Schatten eines Anhalts erbracht.

Das Urteil wird natürlich von den weiteren Instanzen nachgeprüft werden. Ob es eine Korrektur erfahren wird, ist bei der Unberechenbarkeit der preussischen Richter aller Instanzen immerhin trotz seiner Rängel fraglich, aber das eine kann jedenfalls heute schon gesagt werden, den Zweck, dem es dienen soll, wird es nicht erreichen. Die freie Jugendbewegung wird deshalb doch marschieren!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. April 1911.

Erledigung der dritten Lesung.

Am 3. d. d. Reichstag, 4. April. Mit Hochdruck hat heute der Reichstag gearbeitet, um die dritte Lesung am

selbsten Tage zu Ende zu bringen. Das wurde in zehnjähriger Sitzung dadurch erreicht, daß die bürgerlichen Parteien, um ihren Zeitdrang befriedigen zu können, beständig durch Kundgebungen des Unwillens die Redner einzuschüchtern suchten. Bei ihren eigenen Parteigenossen gelang das auch größtenteils. Bei den Sozialdemokraten versagte das Manöver allerdings nicht. Sie brachten bei aller Zurückhaltung doch das vor, was notwendig noch zu sagen war.

Beim Militäretat kam Genosse Kunert auf die von ihm in der zweiten Lesung erwähnten schwarzen Fonds bei der sächsischen Militärverwaltung jurid. Gegenüber der Bestreitung durch den General v. Salza wies er nach, daß tatsächlich mehrere illegale Fonds bestehen, deren Beträge in Reichsbrief übergeführt werden müßten. In zwei Fällen gab der General v. Salza das jetzt auch zu und bestritt nur noch die Illegalität der übrigen.

Die ständigen Beschwerden der Bibilmusiker über die Konkurrenz der Militärmusiker wurden vom Genossen Jubeil durch einige Fälle ergänzt. Herr v. Camp, der sich als ständiger Beschwerdeführer über zu vieles Reden gefaßt, nahm in schroffem Gegensatz zu seiner Theorie heute mehrere Male das Wort. Er genterte sich sogar nicht, eine Garnison für den Hauptort seines Kreises Deutsch-Krone sowie die Vergebung von Bekleidungs- aufträgen an Kleinmeister zu fordern. Dabei griff er den Genossen Albrecht wegen seiner Forderung großer Militärwerkstätten an. Ihm wurde von Albrecht und Roske gründlich heimgeleuchtet. Genosse Leber brachte dann Beschwerden über einen Unteroffizier in einem thüringischen Regiment vor, die der Kriegsminister kurzerhand abweisen zu können glaubte. Leber bestand jedoch auf einer Untersuchung der vorgebrachten Beschwerden.

Zu einem scharfen Zusammenstoß kam es beim Marineetat. Anlaß dazu gaben Angriffe der offiziellen „Marine Rundschau“ auf die sozialdemokratischen und freisinnigen Kommissionsmitglieder, die von dem Genossen Sebering sowie dem Freisinnigen Dr. Strube zurückgewiesen wurden. Als Sebering dabei die Darstellung des offiziellen Blattes als verlogen bezeichnete, beging der Vizepräsident Schulz die Ungeheuerlichkeit, das als einen Angriff auf die Marineverwaltung zu rügen. Das war dem Admiral v. Tirpitz höchst peinlich, da die Verwaltung stets die Fiktion aufrecht zu erhalten sucht, daß sie für die Artikel der „Rundschau“ nicht verantwortlich ist.

Noch heiser ward das Geseh bei der von sozialdemokratischer und freisinniger Seite beantragten Wiederherstellung der Heizerzulage. Für das Zentrum erklärte sich Herr Erzberger gegen den Antrag. Auch der Marineminister verteidigte die bekanntlich in zweiter Lesung vorgenommene Kürzung der Zulage. In schärfer Form ging Genosse Roske gegen die skandalöse Beschneidung von Mannschaftslöhnen vor. Auch der Freisinnige Dr. Strube ergriff mehrmals das Wort. Schließlich passierte dem Marineminister aber noch das Unglück, daß der Konservativ Herr v. Oldenburg ihn und die Zulagekürzung mit den odesten Gamoschensknopf-Argumenten verteidigte. Es schlug dem Herz den Boden aus, als er die unglücklichen Worte des Marineministers wiederholte: Wenn es befohlen wird, hört die Unzufriedenheit auf!

Die namentliche Abstimmung über die Heizerzulage ergab eine Mehrheit für deren Wiederherstellung. Ein kräftiges Bravo der Linken unterstrich die Verkündung des Resultats.

Beim Reichsfinanzamt hielt der Freisinnige Dr. Dohrn eine sehr witzige Rede über die unfinstlerische Ausgestaltung der neuen Münzen und der neuen Hundertmarkscheine. Der antifeministische Kunstmaler Bindewald war anderer Meinung, erwiderte aber durch seine Blumigkeit nur Gelächter.

Genosse Hengsbach sprach dann noch ausführlich über die Eisenbahnstände in Duisburg und die Postmängel in Hamborn. Auch Genosse Eichhorn brachte postalische Beschwerden zur Geltung. Bis 8 Uhr abends wurde getagt. Schließlich erlauchten die Debatten in allgemeiner Erschöpfung. Der Etat wurde in der Schlussabstimmung gegen die Sozialdemokraten bewilligt.

Nächste Sitzung am 2. Mai.

Die Wannenattake und der Misthaufen.

Das erlauchte und edle Herrenhaus muß sich in der langen Zeit, in der die durch Geburt, Präsentation oder Ernennung zu preussischen Gesehgebern berufenen Herren sich parlamentarisch nicht zu betätigen brauchten, gar fürtrefflich erholt haben. Gestern hat es in einer fünfständigen, also beinahe den Sitten des immerhin gewöhnlichen Dreiklassenhauses angepaßten Sitzung gar Erbauliches geleistet. Und das begab sich also:

Zuerst erledigte man ein Gesetz über die Schulpflicht der blinden und taubstummen Kinder. Gegen einen Kommissionsantrag, der den Staat zu den Kosten der Provinzen für diese Fürsorgezwecke heranziehen will, fuhr der Kultusminister v. Trott zu Solz das große Geschütz des Unannehmbar auf, und das genügte, um den Antrag zu Fall zu bringen. Seine Eminenz Herr Fürstbischof Ropy, Auslieferungsstelle römischer Modernistenerläuterungen für Deutschland, war hier mit dem erlauchten Grafen v. Drosie-Bischering einig in der Sorge für konfessionelle Erziehung dieser armen Kinder. . . .

Und nun kamen die ländlichen Fortbildungsschulen an die Reihe. Mit rückhaltloser Offenheit bekamen da die lebenslänglichen und erblichen Gesehgeber, daß diese Schulen den Hauptzweck haben sollen, dem Kampf gegen die Klassenbewegung des Proletariats zu dienen. Generalfeldmarschall Graf v. Haeseler ging zur Attacke über. „Alle Preußen bis zum 18. Lebensjahre müssen in die Fortbildungsschule und auch an Sonntagen wird, soweit es der Hauptgottesdienst gestattet, unterrichtet.“ So forderte fromm und wieder der alte Krieger. Gemüthlicher pakte der Graf Hohenthal die Sache an: er blieb zwar auch im kavalleristischen Jargon, denn er erklärte unter heiterer Zustimmung, der Pessimist, daß sei der Mist, auf dem gar nichts wächst. Aber Gott sei dank, in unserem Herrenhaus wächst die Gottesfurcht und fromme Sitte, und so erzählte der Herr Graf vor lauter Gemüthlichkeit:

Die sozialdemokratischen Turnvereine und das hübsche Blatt „Arbeiter-Jugend“ versorgen die Jugend mit schlüpfriger und aufreizender Lektüre.

Gut, daß man im Herrenhause Niemandem, der Beweise verlangt, Rede zu stehen braucht. . . .

Aber weder die Wannenattake noch die parlamentarische Düngeproduktion hatten den erwarteten Erfolg. Der frühere Oberpräsident von Schlesien, Graf v. Jedlich hielt eine so oachtbare, kluge und unerbärgerte Rede, daß man ganz vergessen konnte, wo man sich befand. Er sagte seinen Standesgenossen rund heraus, daß die Schule nur Wissen und Bildung

zu bringen, oder nicht Sozialistenhaft für betreiben hat; er fragte aber auch mit geradem überlegener Fronte, wo denn die Erfolge der von jenen Herrschaften stets betriebenen Sozialistenbekämpfung blieben. Und da sich auch der Minister gegen den Antrag des Generalfeldmarschalls mit einem Planfenangriff wandte, kam das Zentrum, will sagen der Antrag selbst, ins Schwanken, er wurde vom Ministerialrat und aus dem Hause heraus umgangen und schließlich erlag er dem Feinde — dem bösen Feinde, der die Mehrheit verlorde, ihn abzulehnen. Aber Satan darf nicht ganz triumphieren: einer der im Predigton gehaltenen Reden Seiner fürstlichen Gnaden, des Breslauer Oberhirten, gelang es wenigstens, eine Resolution des Grafen v. Drosie-Bischering zur Annahme zu verhelfen, die eine Fortbildung auch in der Religion verlangte. Gar liebevoll wurde dem Minister auch vom Oberhosprediger Dr. Dryander zugeredet, sich nur ja recht eifrig des Angebots der hohen Geistlichkeit zu bedienen, die sich dazu drängt, die Kindlein zu sich, in die alsdann von Geistlichen geleiteten Fortbildungsschulen kommen zu lassen. Wir haben schon das Vertrauen in die Staatsregierung, daß hier nicht tauben Ohren gepredigt wird. . . .

Der Rest waren kleinere Vorklagen. Heute aber, ja heute um eins, soll bei der Etatsberatung abermals eine Attade geritten werden: Graf Botho Eulenburg wird sich da nicht mehr mit der bescheidenen Rolle von Mantuffels Rentor zufrieden geben, der bei jeder irgendwie nicht ganz einfachen Abstimmung dem mit runden 17000 M. als Landesdirektor pensionierten Herrn Präsidenten einhilft — heute gilt's Kampf gegen den angeblich so ganz unpreussisch, ja beinahe elassisch-demokratisch gewordenen Generalmajor v. Bethmann Hollweg.

Die Verfassungsfrage in Elsaß-Lothringen.

Im Elsaß-Lothringischen Landesausschusse kam es am Dienstag zu einer ausführlichen Besprechung der Schwierigkeiten, die wegen der Wahlkreiserteilung in der Elsaß-Lothringischen Verfassungsfrage entstanden sind. Abg. Wolf (lib.) wandte sich energisch gegen die vom Zentrum eingebrachten Vorschläge. Sollten sie verwirklicht werden, würde das Zentrum, das eine Minderheit des Volkes darstelle, im Parlament eine Mehrheit haben. Man fordere ein gerechtes Proportionalwahlrecht. Gegen seine Ausführungen wandten sich die Abgg. Wetterlé (S.), Weber (Lothringer) und Dr. Ridlin (S.), die die Regierungsvorlage kritisierten. Die Abgg. Wetterlé und Ridlin behaupteten, die Regierung habe die Liberalen und die Sozialdemokraten begünstigen wollen. Bei dieser Gelegenheit wurde das angeblich gute Verhältnis zwischen der reichsständischen Regierung und der Sozialdemokratie besprochen. Staatssekretär Jörn von Dulach lehnte die gegen ihn erhobenen Vorwürfe ab. Abg. Ridlin hielt ihm entgegen, er habe schon früher bei der Wahl eines Landesausschusses abgeordnet für den unterelassischen Bezirkstag im Herbst 1909 die Wahl eines Sozialdemokraten zu ermöglichen versucht. Der Staatssekretär verlangte einen Beweis für diese Behauptung, worauf Ridlin erklärte, ein klarer Beweis sei nicht zu führen, die Regierung sei zu scham gewesen. Er frage den Staatssekretär, ob er nicht selbst den Wunsch geäußert habe, daß die Sozialdemokratie im Landesausschusse vertreten sei. Ferner frage er den Unterstaatssekretär Mandel, ob er nicht mit Sozialdemokraten über das Wahlrecht und die Wahlkreiserteilung konferiert habe.

Der Staatssekretär Jörn v. Dulach erklärte Ridlins Behauptungen für unrichtig. Er habe seinen Wunsch nach Begünstigung oder Benachteiligung einer Partei geäußert. Jede Partei im Lande, ob sie nun über die Mehrheit oder Minderheit verfüge, habe ein Recht auf Vertretung im Landtage, also auch die Sozialdemokratie könne dieses Recht beanspruchen. Er geniere sich durchaus nicht, das auszusprechen. Er leugne zwar die Berechtigung der Sozialdemokratie, weil sie eine Klassenpartei sei, die einseitige Interessen vertrete, aber wenn sie einmal existiere, könne sie auch beanspruchen, eine angemessene Vertretung im Landtage zu haben. Wenn einige Sozialdemokraten im Landesausschusse sitzen würden, könne es zwar zu Auseinandersetzungen kommen, die aber keineswegs nachteilig wirken würden.

Unterstaatssekretär Mandel beehrte Ridlins Fragen auf das Bestimmteste; niemals habe er mit Sozialdemokraten über die Verfassungsfrage konferiert.

Mit der Verfassungsfrage beschäftigte sich auch die Landeskonferenz der reichsständischen Zentrumspartei, die Montag in Straßburg tagte. Man gab sich damit zufrieden, daß eine völlige Autonomie noch nicht zu erreichen sei, verlangte aber, daß die Reichsregierung wegen der Staatshalterschaft, des Budgetrechts der Ersten Kammer und der Wahlkreiserteilung Zugeständnisse mache. In einer Resolution wurde den der Zentrumspartei angehörenden Mitgliedern der Verfassungskommission des Reichstages gebandt, daß sie für die Erhebung Elsaß-Lothringens zum ebenbürtigen selbständigen Bundesstaate eintreten. Dann wurden sie gebeten, unbedingt bei ihren Anträgen zu beharren, da sie das Minimum dessen enthielten, was Elsaß-Lothringen zu verlangen berechtigt sei.

Reif zum Abfagen.

Der Freiburger Universitätsprofessor v. Schulze-Gäbernit, liberaler Reichstagsabgeordneter für Freiburg, hat dort eine Rede gehalten, der die „Germania“ folgende Stellen entnimmt:

„Wir beabsichtigen, mitzuwirken an der Herstellung einer Reichstagsmehrheit der Linken, bei welcher eine starke Sozialdemokratie auf der äußersten Linken und der Liberalismus das Heft in der Hand hätte. Durch eine solche Reichstagsmehrheit hoffen wir hinzuwirken in der Richtung auf die Liberalisierung Preußens, ohne welche eine Liberalisierung Deutschlands überhaupt undenkbar ist. Und diese Liberalisierung Preußens ist dringend notwendig, ist dringendes nationales Interesse. Die Herrschaft des ostelbischen Junkertums wendet sich in der Weise gegen die Arbeiterbewegung, daß sie berechtigte wie unbedingte Bestrebungen in gleicher Weise niedergewappelt. Ich bin überzeugt, wenn wir in Nothilf getreten wären und den Linken versagen bekommen hätten, wir wären auch Sozialdemokraten geworden und wahrscheinlich keine Revisionisten, sondern Radikale.“

Die Pöble des schwarzenblauen Vlodz nimmt diesen freimüthigen Herrn kräftig in die Schere. Die „Post“ findet sogar, daß die Ereignisse von 1848 nicht zum wenigsten auf die Tätigkeit der damaligen Professoren zurückzuführen sind. Denselben befruchtenden Einfluß wirkt das Blatt dem oben genannten Professor vor. Entweder die Professoren treten für das lichtliche Treiben der Ritter und Heiligen ein, oder sie haben sich jeder politischen Tätigkeit zu enthalten — so lautet der Befehl des Synapsbuchs.

Unkostbare Diamanten.

In einer der letzten Sitzungen der Petitionskommission bemerkte man die Anwesenheit des Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg. Er hatte sich als Eintagsfliege in dieses Kollegium verlegen lassen, um einmal der Fürsprecher eines teuflichen Mannes zu sein, der nach seiner Meinung von dem deutsch-feindlichen England in schwere Not gebracht und vom Auswärtigen Amt nicht, wie es ein guter Patriot verdiente, genügend geküßt worden war. Vertreter der Reichsregierung war heute der Geh. Legationsrat Dr. Lenge; der Agent des großen Antisemitenführers ist ein gewisser Juwelier Hermann St. in Berlin, der mit seiner Angelegenheit schon beim Kaiser erfolglos vorstellig geworden war. Nun vertraute er der Kraft des großen Germanen Liebermann. Im Jahre 1895 begann Herr St., der kein Händler, sondern ein

Golbarbeiter sein will — er nennt sich Working Jeweler — in Johannesburg den Diamantenvertrieb. Wegen Schmuggels wurde er in seiner Abwesenheit zu Pretoria zu 10000 Mark Buße verurteilt und mit einer Beschlagnahme seines Vermögens überführt. Es gelang ihm, in einem zweiten Verfahren die Strafe auf 11000 Mark zu erniedrigen. Das Urteil nahm an, daß er die ordnungsmäßige Buchführung unterlassen und für einen Gesamtwert von 3570 Pfd. Sterl. Diamanten nach Südwesafrika eingeschmuggelt habe. Verurteilt wurden nur für 340 Pfd. Sterl., dagegen verkauft für über 6000. Herr St. legte keine Berufung ein; er machte nun dem Kaiserlichen Konsulat in Pretoria und dem auswärtigen Amte Vorwürfe, weil man ihn als Deutschen gegen die britische Behörde nicht genügend geschützt habe.

Der Abg. Liebermann von Sonnenberg richtete bereits die Klage seiner unwiderstehlichen Suada, als der Vertreter der Reichsregierung für die Abweisung der Petition, deren Subjekt recht wenig des Vertrauens würdig sei, einzutreten begann. Als er zum Schlusse aufmerksam feststellte, daß der Petent in Oesterreich wegen Diebstahls zu zwei Jahren schweren Kerkers, in Breslau wegen Unterschlagung zu sechs Monaten, wegen Diebstahls zu drei Jahren Gefängnis und fünfjährigem Eheverlust verurteilt worden ist, ergriff den Abg. Liebermann ein kleines Inbehagen. Es könnte aber doch dem Goldarbeiter im Auslande ein Unrecht geschehen sein? Als nun die weiteren Feststellungen ergaben, daß der Schädling des Antisemitismus zu Unrecht in Preußen naturalisiert wurde, daß dieser St. überhaupt kein Deutscher von Geburt, sondern ein Russe ist, da stieg vor der Phantasie Liebermanns auch die Gestalt eines jüdischen Diamantenjägers auf wie Bankos Geist. Der große Liebermann wurde immer kleiner, die deutsche Sprache verlagte und die Haare, wenn sie vorhanden wären, würden sich gestraußt haben. Nur einige Töne der Verlegenheit hörten die Mitglieder der Kommission. Und Hoch und Reiter sieht man niemals wieder.

Königlich bayerischer Titelschacher.

Der Kapitalismus hat alle idealen Werte kapitalisiert. Während der naive Spielbürger vermeint, wenn er einen ordnungsgemäßen Mann sieht, oder einen Mann mit schönem Titel anreden hört, daß hinter diesen Merkmalen, die den Einzelnen über die Zahl der Dugendmenschen erheben sollen, auch wirklich ein besonderes Verdienst stehe, liegen heute die Dinge in Wirklichkeit ganz anders. Es zeigt sich, daß in mehr Fällen, als sich die Schulweisheit träumen läßt, nicht das Verdienst, sondern der Verdienst dem Manne zu seiner „Auszeichnung“ verholfen hat. Die Dinge spielen sich ab wie auf dem Warenmarkt. Der Orden oder Titel infolge seiner persönlichen Fäähigkeit mit den Kreisen, in deren Händen die Fabrikation liegt, direkt zu beziehen in der glücklichen Lage ist, den kommt die Geschichte billiger als dem, der sich erst des Zwischenhandels bedienen muß. Wie sich dieser Titelschacher abspielt, wurde in ergötzlicher Weise entrollt in einem Landgerichtsprozeß, der seit einem Jahre in Nürnberg spielt und der kürzlich erledigt wurde. Im Jahre 1903 wurde der Nürnberger Radelfabrikant Heinrich Wenglein „von der Krone Bayerns“ zum Kommerzienrat befördert. Kurz danach starb der Mann. Nach dem Tode des Kommerzienrates meldete sich bei der Witwe der Münchener Ingenieur Hellhörfer und gab an, die Beförderung des Verstorbenen zum königl. bayerischen Kommerzienrat sei „kraft seiner vorzüglichen Verbindungen, die er in maßgebenden Kreisen habe und kraft seiner energischen Bemühungen bei zuständiger Stelle, einzig und allein sein Verdienst“. Der Ingenieur behauptete ferner, daß ihm der Verstorbenen für seine Bemühungen 15000 M. Honorar versprochen habe. Die Witwe zahlte nicht. Hellhörfer gelehrte die Forderung einer Amtsdienstsmitte und diese lagte gegen die Witwe Wenglein. Nunmehr hat das Landgericht Nürnberg entschieden, daß die Kommerzienratswitwe zwar nicht die geforderten 15000 M., wohl aber 1500 M. an die Klägerin zu zahlen habe. Im Prozeß hat sich nämlich ergeben, daß tatsächlich der Ingenieur, der, wie im Gerichtssaal festgestellt wurde, eine sehr trübe Vergangenheit hat und schon mit drei Jahren Gefängnis vorbestraft ist —, der Vermittler des Kommerzienratsstitels war. Der Münchener Ingenieur arbeitete mit dem Nürnberger Immobilienbureauinhaber Wolf Hand in Hand. Wolf suchte die Kandidaten aus, und der Ingenieur besorgte in München die Beförderung der Titelsüchtigen, nachdem diese größere Summen für die verschiedensten staatlichen Institute gestiftet hatten. Im Falle Wenglein muhten 30000 M. an das Ethnologische Museum gezahlt werden. Im Verlaufe dieses Prozeßes kamen ganze Stöße von Briefen zur Verlesung, die zwischen Hellhörfer und Wolf in Titelsachen gewechselt wurden und eine derartig ergötzliche Satire auf den Ordens- und Titelhumbung darstellen, wie sie der gediegenste Spötter und Witzbold nicht schreiben könnte. Die Briefe sind kulturhistorische Dokumente. Sie geben eine Vorstellung, wie die Titelsucht grassiert und welche Summen dafür geopfert werden. 50 000, 70 000 M. und mehr werden da (so erzählten die Briefe) für einen Kommerzienrats- oder Hofratsstitel angelegt. Einmal schrieb ein Kandidat an Wolf, daß ihm am Titel als solchen nicht gerade viel liege. „Indessen in geschäftlicher Hinsicht kann der Titel von großem Nutzen sein“. „Es wäre ihm lieb, so heißt es an einer Stelle, „wenn bis Mitte Juni der Titel aberreicht werden könnte, da die Radelindustrie einen Verbandstag haben, wobei ihm dieser Titel wohl viel nützen würde, deshalb habe er anstatt 30 000 M. 30 000 bewilligt.“

Aus den Briefen geht hervor, daß der mit drei Jahren Gefängnis vorbestrafte Hellhörfer persona grata bei höheren Hofbeamten war. Wieviel Kommerzien- und andere Räte mögen, von der Menge bestaunt, herumlaufen, die ihre Würde Deuten à la Wolf und Hellhörfer verdanken! Herr v. Wehner, Bayerns rühmbehrter Kultusminister und „Simplicissimus“-Belämpfer, bespricht in der letzten Landtagsession, daß es in Bayern einen Ordensschacher gäbe! Der Mann wird seine Ansicht etwas revidieren müssen!

Ein deutscher Reichstagsabgeordneter als französischer Staatsbürger.

Der Großindustrielle Charles de Wendel hat sich das französische Staatsbürgerrecht wieder erworben. Die bürgerliche Presse tut sehr verwundert, daß er sein Mandat zum Deutschen Reichstag nicht niedergelegt hat. In Wirklichkeit hat er das nicht nötig, wenn er in Deutschland einen Wohnsitz behält und nicht ausdrücklich auf seine deutsche Staatsangehörigkeit verzichtet. So gehört z. B. der Herzog Wrenberg, der im Reichstag Mitglied der Zentrumsfraktion ist, auch der belgischen Ersten Kammer als Mitglied an.

Zur Reform des Strafrechts.

Am Dienstag nachmittag trat im Reichsjustizamt die Kommission zur Reform des Strafrechts zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Sie hat die Aufgabe, auf Grund des im Jahre 1900 veröffentlichten Vorentwurfs eines Strafgesetzbuches einen verbesserten Entwurf auszuarbeiten. In Folge des verhin-

Staatssekretärs des Reichsjustizamtes führte der frühere Ministerialdirektor im preussischen Justizministerium Geheimrat Dr. Lucac den Vorsitz.

Das neue hollische Wahlgesetz. Die hollische Ständekammer nahm am Dienstag das neue Wahlgesetz an, das für Oessen das direkte Wahlrecht mit einem Pluralwahlrecht für Wähler über 50 Jahre bringt.

Oesterreich.

Der sozialdemokratische Wahlausruf.

Die sozialdemokratische Fraktion des aufgelösten Abgeordnetenhauses veröffentlicht ihren Wahlausruf. Er beginnt folgendermaßen:

„Mit dem schimpflichen Verfassungsbruch endet die Tagung des ersten Parlaments des gleichen Wahlrechts. Die Regierung Wienert hat das Haus, auf das Millionen ihre Hoffnung gesetzt hatten, hochmütig zur Seite und bewilligt sich selbst auf Grund des § 14 das Recht zur Eintreibung der Steuern und zur Aushebung der Rekruten, das sie von der Volksvertretung nicht erlangen konnte. Und die Vertrauensmänner der bürgerlichen Parteien in der Regierung — Weidkirchner, Hochenburger, Stürgkh, Raxel und Glombinski — bestiegeln mit ihrer Unterschrift den Druß der Verfassung!“

Die Kundgebung schildert dann den Kampf gegen die Regierung, die eine Regierung des Merkmalismus und der Parlamentsfeindschaft, der Feinerung und des Militarismus ist, und stellt die Mitschuld der deutschbürgerlichen Parteien fest, die dieser Regierung stets zu Diensten gestanden haben. Dann fährt der Ausruf fort:

„Im Kampfe gegen diese volkreiende Regierung und ihre Mehrheit mußten wir aber auch die bürgerlichen Gegner dieser Regierung bekämpfen. Unsere Opposition ist wesentlich verschieden von der Opposition der Slawischen Union. Wir sind grundsätzliche Gegner der Regierung des kapitalistischen Militarismus; die Parteien der Slawischen Union haben kein anderes Ziel, als Stügen und Mitschuldige dieser Regierung zu werden, und sie stellen nur die eine Bedingung, daß zwei oder drei von ihnen mit dem Ministerstuhl geschmückt werden. Wir wollen die Macht des Parlaments gegen die Regierung der Kamarilla und des Generalstabes stärken; die Slawische Union hat das Parlament durch ihre Obstruktion zerstört und dadurch der Kamarilla und dem Generalstab alle Macht ausgeliefert. Im Kampfe gegen die Regierung haben wir zugleich den Kampf gegen die Obstruktion, den Kampf für die Arbeitsfähigkeit des Parlaments geführt.“

So erbittert die bürgerlichen Deutschen und Tschechen, Polen und Ruthenen, Südslawen und Italiener gegeneinander gekämpft haben und den Anteil an der Macht, um Ministerwürden und Beamtenstellen, so einig waren sie, wenn es galt, die Forderungen der Arbeiter niederzujstimmen. Im Kampfe gegen die Arbeiter bilden alle bürgerlichen Parteien eine einzige reaktionäre Masse.

Dreimal haben wir vom Parlament wirksame Maßregeln gegen die Lebensmittelverknappung gefordert — Maßregeln, deren Durchführung das Elend der Volksmassen lindern, die Ergiebigkeit unserer Landwirtschaft im Interesse des armen Landvolkes steigern sollte. Aber alle unsere Anträge wurden von den bürgerlichen Parteien niedergestimmt.“

Der Ausruf schildert dann ausführlich die sozialpolitische Arbeit, die die Fraktion im Reichsrat geleistet hat und die infolge der Haltung der bürgerlichen Parteien oder an dem Widerstand des Herrenhauses meist fruchtlos geblieben ist, während die Auflösung die Hoffnung vernichtet hat, daß wenigstens die Arbeiterversicherungsgesetze erledigt würden.

Mit der Aufforderung, daß die Wähler über die bürgerlichen Parteien Bericht halten und dafür sorgen mögen, daß das zweite Parlament des gleichen Wahlrechts besser werde als das erste, schließt die Kundgebung.

Marokko.

Bestimmte Gerüchte.

Paris, 4. April. Mehreren Blättern wird aus Tanger gemeldet, dort sei abends das Gerücht verbreitet gewesen, daß die sultansfeindliche Partei in Fes sich mit den Hauptlingen der Beni Mer und der Ain Jussf verständigt und ihnen die Stadttore geöffnet habe, um Sultan Hafid gefangen zu nehmen. Der in Paris weilende französische Gesandte in Tanger, Regnault, erklärte mehreren Deputierten, daß die Regierung seinerlei Bestätigung dieser pessimistischen Gerüchte erhalten habe.

Amerika.

Außerordentliche Parlamentstagung.

Washington, 4. April. Die außerordentliche Session des Kongresses hat begonnen. Man erwartet nicht, daß die Demokraten die Mobilmachung der Truppen während dieser Session erörtern werden, nachdem Präsident Taft den Parteiführern die Geheimberichte über die mexikanische Lage, welche die Mobilmachung begründen, zur Einsicht überlassen hat.

Die in der vorigen Session des Kongresses nicht zur Erledigung gelangte Vorlage, betreffend das Gegenseitigkeitsabkommen mit Kanada, ist von dem Republikaner Mc Call sofort wieder eingebracht worden.

Die Lage in Mexiko.

New York, 4. April. Nach einem Telegramm aus Mexiko hat der Vizepräsident Corral, eine Areatur des Präsidenten Diaz und Gegner der Revolutionäre, bei dem Kongreß aus Gesundheitsrückfällen um einen unbegrenzten Urlaub nachgesucht. Als wahrercheinlicher Nachfolger gilt der Finanzminister Bimantour, der in der jetzigen Lage eine erfolgreiche Vermittlerrolle aufgeführt hat.

Aus der Partei.

Genosse Jakob Stern gestorben.

Am Dienstag morgen starb in Stuttgart nach langem Leiden Genosse Schriftsteller Jakob Stern im 80. Lebensjahre. Ehemals jüdischer Rabbiner, kam Stern anfangs der achtziger Jahre zur Sozialdemokratie. Er hat in der württembergischen Sozialdemokratie jahrelang eine führende Stellung eingenommen, hat eine ungemein reiche schriftstellerische Tätigkeit entfaltet und war besonders als gründlicher Marxkennner ein Hünder der materialistischen Weltanschauung und der Philosophie Spinozas. Als Mitglied der Programmkommission des Erfurter Parteitages hat er tätigen Anteil an der Schaffung des heutigen Programms genommen.

Die italienische Partei und das Nationalfest.

Aus Rom wird uns geschrieben: Da zwei sozialistische Stadtverordnete in Rom, die Genossen Podrecca und Vercelloni am 27. März an dem Fest im Campidoglio zugegen waren, wurden sie von der römischen Parteifraktion darüber zur Rede gestellt. Die sozialistische Fraktion in der römischen Kommunalverwaltung hatte ausdrücklich beschlossen, sich in keiner Weise an dem Nationalfest zu beteiligen. Zur Rechtfertigung seines Schrittes führte Genosse Podrecca an, daß er als Journalist und als

Privatmann an dem Empfang auf dem Kapitol teilgenommen hätte; ein Akt des Serbilität dem König gegenüber läge deshalb nicht vor, weil nicht der König, sondern das römische Volk der Gastgeber war. Es wurde darauf bemerkt, daß das Volk bei dem Feste nicht zu sehen war. Die Fraktion machte dann ihren Vertretern im Stadtrat und in der Stadtvorordnetenversammlung zur Pflicht, künftig jeder offiziellen Festlichkeit fern zu bleiben. Die Nachricht, daß der Stadtrat, Genosse Rossi-Doria an einem Hofdiner teilgenommen hätte, beruht auf verkehrter Erwählung.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Der Hörfehler des Berichterstatters.

Wegen Beleidigung der Berliner und Breslauer Eisenbahndirektionen hatte sich am Montag der verantwortliche Redakteur des „Hamburger Echo“, Genosse Köpfe, vor der Strafkammer des Hamburger Landgerichts zu verantworten. Es handelt sich in der angeblich beleidigenden Notiz um die Wiedergabe einer Gerichtsverhandlung, in der bewiesen wurde, daß zwei Eisenbahnbeamte von einer Lieferantenfirma Geschenke angenommen hatten. Durch einen Hörfehler des Berichterstatters wurden die beiden als Mitglieder der Eisenbahndirektionen angegeben. Wegen derselben Notiz ist bereits eine Anzahl Redakteure bestraft worden. Auch gegen Genossen Köpfe wurde wegen des Hörfehlers auf 100 Mark Geldstrafe erkannt.

Der beleidigte „Arbeiter“vereiner.

Vor dem Schöffengericht in Altenburg stand am Montag Genosse Dikreiter, Verantwortlicher der „Altenburger Volkszeitung“, unter der Anklage, den Vorsitzenden des Vaterländischen Arbeitervereins Bauerndorf-Altenburg, den Bureauassistenten der sächsischen Eisenbahn, Eulenstein, beleidigt zu haben. Unter Hinweis auf einen Prozeß, in dem Eulenstein eine Rolle als Zeuge spielte, hatte Dikreiter einen Artikel veröffentlicht, in dem die Arbeiter gewarnt wurden, ihre Kinder in die vom Vaterländischen Arbeiterverein veranstalteten Konfirmandenabende zu schicken. Genosse Dikreiter wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Genosse Dikreiter hat jetzt innerhalb der letzten 3 Wochen drei Prozesse durchzuführen gehabt, die ihn im ganzen 11 Wochen Gefängnis eingebracht haben.

Aus Industrie und Handel.

Die Montanogeschäfte des Fürsten Hendel-Donnersmard.

Zwischen dem Eisenwerk „Kraft“ in Kratzwied bei Stettin und der Rheinischen Bergbau- und Hüttenwerke-AG. in Duisburg wird eine Fusion erfolgen. Beide Unternehmungen unterstehen dem Einfluß des Fürsten Hendel-Donnersmard, der die Aktienmajorität dieser Gesellschaften besitzt. Technische Gründe irgend welcher Art kommen für die Vereinigung hier nicht in Frage, die Betriebe liegen in ganz verschiedenen Gegenden Deutschlands, es handelt sich lediglich um eine finanzielle Transaktion, der Fürst von Donnersmard will einen Teil der großen Mittel, die er zum Erwerb und Ausbau der Rheinischen Hütte aufgewandt hat, flüssig machen. Das Eisenwerk „Kraft“ wird das Aktienkapital, das bisher 7 Millionen Mark beträgt, auf 18 Millionen Mark erhöhen, die neuen Mittel dienen zum Erwerb der Rheinischen Bergbau- und Hüttenwerke-AG. und zur Ablösung der großen Kredite des Unternehmens. Seit 1905 hat die Rheinische Bergbau- und Hüttenwerke-AG. keine Dividende gezahlt, während das Eisenwerk „Kraft“ Dividenden von 11 und 12 Prozent verteilte. Unter diesen Umständen wäre eine Abtötung der Kredite bei der Rheinischen Hütte durch Ausgabe von neuen Aktien schwierig, das rentabel arbeitende Eisenwerk „Kraft“ kann dagegen die starke Kapitalvermehrung leicht durchführen. Auch an anderen Montanunternehmungen ist der Fürst Hendel-Donnersmard noch stark beteiligt, außerdem hat er umfangreiche spekulative Interessen auf den verschiedensten Wirtschaftsbereichen. Unter seiner Kontrolle steht z. B. die Chemische Fabrik AG. in Gelsenkirchen, bekannt sind seine Beteiligungen in der Stahlindustrie, seine Terrain-Interessen in Berlin werden durch die Terrain-Centrale G. m. b. H. vertreten.

Der Zusammenschluß im Kohlenhandel.

Seitdem der Stinnes-Kongern die Vereinigte Berliner Kohlenhändler-AG. anläßt übernahm, verpöcht kaum ein Tag, an dem nicht eine neue Fusion im Kohlenhandel erfolgt. An der von uns bereits berichteten Gründung der Union Weisheit-Verkaufsgesellschaft hat sich inzwischen eine siebenste Kohlenfirma beteiligt, aladann kam der Abschluß der Interessengemeinschaft zwischen der Firma Wulff u. Co., G. m. b. H. in Berlin, die zum Härstentruß gehört, und der Breslauer Firma Dyalas Zielursch u. Co., die wiederum in Berlin mit der Firma G. Schiebel u. Co. in enger Verbindung steht. Das Breslauer Geschäft gehört zu der Handelsorganisation der Bergwerks-Gesellschaft Georg v. Wieschke Erben und zu den Groß-Abnehmern der staatlichen Gruben Oberschlesens. So vollzieht sich die Auskultung der noch vorhandenen Kohlen-geschäfte mit immer größerer Schnelligkeit.

Soziales.

Selbstgeschaffene Gefahr?

Der Köpfer A. erlitt am 7. April 1910 nachmittags 3½ Uhr auf seiner Arbeitsstelle in Treptow dadurch einen Betriebsunfall, daß er beim Betreten eines über Leitern gelegenen Daches mit den Pantinen umkippte und sich die rechte Schulter verletzete. Die Karthäusliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft, Sektion II, lehnte den Anspruch des Verletzten auf Entschädigung ab, weil: „A. nach einem längeren Aufenthalt in einem Lokal erst die Arbeitsstätte betreten, auf diesem Rückwege verunglückte.“ Weiter sagt die Genossenschaft, daß dieser Unfall sich nicht im Gefahrenkreis des Betriebes ereignet habe, der Unfall vielmehr durch eine selbstgeschaffene Gefahr herbeigeführt wurde. Der Verletzte legte gegen den ablehnenden Bescheid der Genossenschaft Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung für den Reg.-Bez. Potsdam ein. Gestand wurde gemacht, daß A. Mittagspause gemacht habe und daß es im Sandruf des öfteren vorkomme, daß die Arbeiter gezwungen sind, ihre Pantinen in einem Lokal abzugeben. Der Unfall habe sich im Gefahrenkreis des Betriebes ereignet, sei auch durch eine Betriebsanordnung verschuldet worden. Woher A. gekommen ist, als er die Arbeitsstelle betrat, kann nicht in Betracht kommen, da sich doch der Unfall nicht außerhalb des Betriebes ereignet habe. Das Schiedsgericht verurteilte die Genossenschaft zur Zahlung einer 80prozentigen Rente.

Aus den Urteilsgründen seien des allgemeinen Interesses wegen einige Sätze wiedergegeben. Das Schiedsgericht sagt:

„Der Kläger hat den Unfall erlitten, als er nach Beendigung der Mittagspause sich zu seiner im Lagergebäude belegenen Arbeitsstelle begab. ... Er war berechtigt, Mittagspause zu machen. Daß er betrunken gewesen und daß der Unfall lediglich auf diese Trunkenheit zurückzuführen sei, ist nicht nachgewiesen. ... Hier- nach muß angenommen werden, daß der Unfall weder auf eine selbstgeschaffene Gefahr zurückzuführen ist, noch daß er sich außerhalb des Gefahrenkreises des Betriebes ereignet hat.“

Weshalb wurden angesichts dieser klaren Sachlage, die auch die Genossenschaft bereits vor der Beurteilung übersehen konnte, dem Verletzten die Scherereien bereitet? Mancher Arbeiter läßt sich leider durch Erteilung eines ablehnenden Bescheides der Genossenschaft abhalten, seine Rechte zu verfolgen.

Gewerkschaftliches.

Lohnbewegung der Bäcker.

Die Berliner Bäcker sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Ihre Lohnkommission hat die aufgestellten Forderungen den Obermeistern sämtlicher Bäckereinnungen in Berlin und den Vororten überreicht und um Abschluß eines Tarifvertrages ersucht. Die Innungen sind in einem Zweverband vereinigt, durch den sie diese Angelegenheit als eine gemeinsame behandeln lassen. Die Vorsitzenden des Zweverbandes haben der Leitung des Bäckerverbandes ein vom 29. März datiertes Schreiben zugesandt, worin zwar die Bereitwilligkeit zu Verhandlungen erklärt wird, jedoch in einer Weise, die es sehr zweifelhaft erscheinen läßt, ob die Innungen die ernste Absicht haben, eine Grundlage zu schaffen, auf der ein ehrliches Vertragsverhältnis gedeihen kann.

Das von den Obermeistern Friß Schmidt und Millebille unterzeichnete Schreiben beginnt gleich mit einem Vorwurf gegen den Bäckerverband. Es heißt da, der Verband habe die Forderungen nicht nur den Innungen eingereicht, sondern er verführe auch, schon mit einzelnen Meistern Verträge abzuschließen. Gegen ein solches Gebaren müßten die Innungen protestieren, da es das Vertrauen in die Aufrichtigkeit des Verbandes erschüttere und jedes Abkommen von Organisation zu Organisation unmöglich mache. Trotzdem hielten es die Vorstände des Zweverbandes für ihre Pflicht, die Verhandlungen mit dem Verband nicht abzubrechen.

Der gegen den Bäckerverband erhobene Vorwurf ist unbegründet. Der Verband versucht nicht, mit einzelnen Meistern Verträge abzuschließen, sondern er sieht seit Jahren mit einer größeren Zahl von Bäckern, vor allem mit einer Reihe von Großbetrieben, im Vertragsverhältnis. Diese Verträge laufen gegenwärtig ab, es werden deshalb Verhandlungen wegen Erneuerung derselben gepflogen, und zwar auf ausdrücklichen Wunsch der betreffenden Geschäftsinhaber. Auch haben sich verschiedene Meister aus eigenem Antriebe an den Verband gewandt und ihn um Abschluß eines Vertrages ersucht. Aus welchem Grunde sollte wohl der Bäckerverband die bestehenden Verträge ablaufen lassen und dem Erfuchen um Vertragsabschluß nicht stattgeben? Etwa mit Rücksicht auf die Innungen? Mit ihnen steht ja der Verband in keinem Vertragsverhältnis! Sie haben seither durch ihr ganzes Verhalten gezeigt, daß sie von Tarifverträgen nichts wissen wollen. Ob die Innungen wilsens sind, diesen Standpunkt zu verlassen und ein gedeihliches Vertragsverhältnis mit dem Verbande einzugehen, davon weiß man noch nichts. Es kann also dem Bäckerverband kein Vorwurf daraus gemacht werden, wenn er die bestehenden Verträge erneuert, und wenn er auf Erfuchen solcher Meister, die mehr soziales Verständnis haben als die Innungsführer, neue Verträge abschließt.

Kun hat sich der Zweverband ja zu Verhandlungen bereit erklärt. Aber unter welchen Voraussetzungen? In dem erwähnten Schreiben vom 29. März heißt es, die Generalversammlung des Zweverbandes habe sich zu Verhandlungen vor dem Berliner Gewerbeamt bereit erklärt, aber nicht unter Vorbehalt des Herrn v. Schulz, dem die Bäckereinnungen immer noch mit Mißtrauen begegnen. (1)

Von dem ersten Willen, zu einer beide Teile befriedigenden Vereinbarung zu kommen, zeugt es durchaus nicht, daß die Bäckereinnungen gerade dem Manne mit Mißtrauen begegnen, der seit vielen Jahren in Berlin die am meisten begehrte Persönlichkeit zur Leitung von Einigungsverhandlungen ist, dessen Unparteilichkeit und strenge Sachlichkeit nicht nur in Arbeiter-, sondern auch in Arbeitgeberkreisen allgemein anerkannt wird. Nur die Bäckereinnungen haben Mißtrauen gegen Herrn v. Schulz, weil er bei der Lohnbewegung im Jahre 1906 seine Unparteilichkeit dadurch bekundete, daß er nicht alle Wünsche der Bäckereinnungen erfüllen konnte.

Die Vertretung, welche der Zweverband für die von ihm in Aussicht gestellten Verhandlungen vorschlägt, sieht nicht gerade vertrauenswürdig aus. Die 17 Innungen sollen durch ihre Obermeister vertreten werden. Als Vertretung der Arbeiter sollen fungieren die 17 Vorsitzenden der Gesellensauschüsse (Allgestellten), drei bis vier Vertreter des Bäckerverbandes und drei Vertreter — des gelben Bundes. Die Hinzuziehung der Gelben wird begründet, daß auch sie Lohnforderungen gestellt haben. Es soll also wieder dieselbe Komödie aufgeführt werden wie 1906. Als damals der Verband eine Lohnbewegung beschlossen und seine Forderungen aufgestellt hatte, reichten auch die Gelben auf Bestellung der Meister Forderungen ein, lediglich zu dem Zweck, daß die Gelben zu den Verhandlungen hinzugezogen und dort gegen die Verbandsvorstände ausgespielt werden konnten. So soll es auch jetzt wieder geschehen werden. Die Innungen wollen sich als Arbeitervertreter bei den Verhandlungen eine kompakte Mehrheit solcher Gesellen sichern, von denen von vornherein feststeht, daß sie nicht Arbeiter-, sondern Arbeitgeberinteressen vertreten. Von den 17 Allgestellten sind 11 als unbedingt meistertreu anzusehen. Nur 6 Vertreter der Gesellensauschüsse gehören dem Verbande an. Diese repräsentieren aber die Ausschüsse derjenigen Innungen, die nach Jahr der beschäftigten Gesellen und räumlicher Ausdehnung die überwiegende Mehrheit darstellen. Dem gelben Bund, der in Berlin etwa 100 Mitglieder zählt, sollen 3 Vertreter zugewilligt werden, während der Bäckerverband mit seinen 4000 Mitgliedern auch nur 3-4 Vertreter entsenden soll. Hiernach würde also die weitüberwiegende Mehrheit der Forderungen des Verbandes stehende Mehrheit der Bäckergesellen durch 9-10 Personen vertreten sein, während das kleine Häuflein gelber, unorganisierten und sonstiger meistertreuen Gesellen durch 14 Personen vertreten wird, die sich vorwiegend „dass und ganz“ auf die Seite der 17 Obermeister stellen werden. Verhandlungen, die von einer so zusammengesetzten Vertretung geführt werden, können natürlich kein zutreffendes Bild von den wirklichen Verhältnissen und von den Wünschen der Gesellen geben und können deshalb kein Resultat erwarten, welches den tatsächlich bestehenden Verhältnissen Rechnung trägt.

Gestern nachmittag tagte in Kellers Saal in der Stoppenstrasse eine öffentliche Versammlung der Bäckergesellen, die zu der vorstehend besprochenen Angelegenheit Stellung nahm. Saal und Galerien waren überfüllt. Ein Zeichen des lebhaftesten Interesses, welches die Bäckereiarbeiter an den auf die Lohnbewegung bezüglichen Vorgängen nehmen. In eingehender Weise besandete Nehsold das erwähnte Schreiben des Zweverbandes. Er führte unter anderem aus: Das Schreiben erregte starke Zweifel an der ehrlichen Absicht der Innungen, die Bewegung zu einem friedlichen Abschluß zu bringen. Der Zweifel sei um so mehr begründet, da der Vorsitzende des Zweverbandes bereits am 17. März in einer Sitzung berichtete über die Schritte, die unternommen sind, um dem Streik und Boykott wirksam entgegenzutreten. Solche Vorbereitungen zeugen nicht von Friedensliebe. Ebenfalls die Ablehnung des Herrn v. Schulz als Leiter der Einigungsverhandlungen. Die in so beiseidiger Form schon im voraus erfolgte Ablehnung des Vorsitzenden des Gewerbeamtes müßte doch die Folge haben, daß auch die übrigen Gewerbeämter die Übernahme der Einigungsverhandlungen ablehnen und dadurch das Gewerbeamt als Einigungsamt überhaupt ausgeschaltet werde. Das sei im Interesse des Friedens auf das tiefste zu bedauern. — Die weiteren Ausführungen des Redners deden sich mit einer von ihm empfohlenen Resolution, deren entscheidender Teil lautet:

Ungeachtet der Ablehnung durch den Zweverband schlägt die Versammlung Herrn Magistratsrat v. Schulz als Verhandlungsleiter vor. Die Hinzuziehung des gelben Bundes zu den Verhandlungen weist die Versammlung entristet zurück, da die Gelben nur eine Schöpfung der Bäckereinnungen, aber keine Vertretung der Gesellen sind. Die Lohnkommission hat in einer öffentlichen, allen Bäckern und Konditionen zugänglichen Versammlung ihr Mandat erhalten. Diese Vertretung ehrlicher Arbeiter mit den Gelben auf eine Stufe zu stellen, wird als Beleidigung und Verhöhnung empfunden. — Die Versammlung wünscht die Ver-

handlungen nicht zu einer Komödie herabgewürdigt zu sehen. Sie kann deshalb den Vorschlag des Zweverbandes, daß neben mehr als 30 Innungsvertretern nur 4 Vertretern der Lohnkommission der Zutritt gnädigst gestattet wird, gar nicht ernst nehmen. — Die Versammlung schlägt für die Verhandlung eine paritätische Kommission vor, welche je zur Hälfte aus Vertretern des Zweverbandes und Vertretern der Lohnkommission der Gesellen zusammengesetzt wird. Der vom Zweverband vorgeschlagene 10. April kann wegen anderer wichtiger Dispositionen als Verhandlungstag nicht in Frage kommen. Die Versammlung schlägt den 18. oder 21. April vor.

In der Diskussion sprach ein Vertreter der Freien Vereinigung der Bäckereinnungen, die der Lohnkommission bereits erklärt hat, daß sie eine Verständigung auf Grundlage der eingereichten Forderungen wünscht.

Die Versammlung nahm die Resolution einstimmig an. Diese soll dem Zweverbande zugestellt werden. Zu der Antwort desselben wird eine am 11. April stattfindende Versammlung Stellung nehmen.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Schuhmacher! Bei den Firmen Kurzmann, Grüner Weg 109, und Braun, Große Frankfurter Straße 84, haben die Kollegen infolge Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. Diese beiden Firmen sind deshalb gesperrt. Zentralverband der Schuhmacher, Ostbervaltung Berlin.

Der Abwehrstreik der Hafnarbeiter bei der Firma Kurt Thomas in Spandau.

Die Firma Thomas, die sich, wie bereits berichtet, am Anfang voriger Woche Arbeitswillige von der Firma Knodt-Hamburg schiden ließ, hat mit diesen „Ehrenmännern“ nicht allzuviel Glück. Obwohl sie dieselben jeden Morgen und Abend per Kramper unter polizeilichem Schutz zur Arbeitsstätte bringt und abholt, scheinen die „nützlichen Elemente“ nicht allzuviel Gefallen an der Arbeit zu finden. Ueberdies ist es der Verbandsleitung gelungen, 17 der Leute aus dem Betriebe herauszuholen und zur Rückreise nach Hamburg zu bewegen. Jetzt hat sich nun die Firma, als Ersatz für die Ausgerückten, erneut 13 Mann schiden lassen, alles junge Menschen, die kaum den Kinderjahren entwichen sind. Dieselben wurden ebenfalls unter polizeilichem Eskorte und Begleitung nach Tiefwerber 7a gebracht, wo sie im Raffenaquartier in einem Tanzsaal beherbergt werden. Die Zustände in diesem Quartier spotten jeder Beschreibung. Holzpritschen mit Stroh, das zum Teil verfault, dienen den Leuten als Lagerstätte. Dafür müssen dieselben pro Woche und Mann 2,50 M. an Schlafgeld bezahlen. Die Getränke und Speisen sind unerhöhet teuer und schlecht. 20 Mann wird ein Handtuch zur Verfügung gestellt. Wo bleibt da die Fürsorge der Polizei, die sich doch sonst so bemerkbar macht. Uns wird berichtet, daß einige der Arbeitswilligen von der Polizei stechbrieflich verfolgt werden. Weil sie aber jetzt das ehrbare Handwerk des Streikbrechers ausüben, werden sie von derselben Polizeimacht beschützt und behütet. Die Streikenden sind sich darüber nicht im unklaren, daß mit derartigen Elementen auf die Dauer nichts auszurichten ist und werden deshalb nach wie vor im Kampfe ausharren.

Die Bauarbeiter in Besten i. d. Mark haben die Arbeit eingestellt, nachdem Verhandlungen zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt haben. Es wird gebeten, den Zugzug fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Der in Stolz seit 14 Tagen dauernde Streik der Schneider ist durch eine Einigung beigelegt worden. Im allgemeinen haben die Arbeitgeber die Forderungen der Schneider anerkannt. Die Arbeitszeit, die bisher zwölf Stunden währte, ist auf täglich 11 Stunden herabgesetzt worden. Die durchschnittliche Erhöhung der Löhne beträgt 15 Proz. Ueberstunden und Sonntagsarbeit werden mit 25 Pf. Nacharbeit mit 30 Pf. Zuschlag bezahlt, bei Stüdlöhnen beträgt der Zuschlag 15 bis 20 Proz. Streikzeiten aus dem Tarif, der bis 1. März 1914 Geltung hat, regelt eine Schlichtungskommission aus drei Arbeitern und drei Unternehmern. Für Benutzung der Werkstatt, Vergabe des Lichtes und der Heizung werden statt den bisherigen 20 Proz. nur 10 Proz. von den Arbeitnehmern an den Arbeitgeber gezahlt.

Steinfeder-Aussperrung in Schlesien.

Der Arbeitgeberverband für das Steinsechgewerbe der Provinz Schlesien hat, nachdem die Einigungsverhandlungen wegen der Regelung der Lohnfrage gescheitert sind, die Aussperrung aller organisierten Gehilfen beschlossen. Die Verhandlungen scheiterten an der Hartnäckigkeit der Unternehmer, die geringsten Zugeständnisse zu machen, obwohl die Gehilfen die weitgehendsten Konzessionen machten. Die Unternehmer wollten einen Vertrag auf drei Jahre abschließen ohne jede Lohnzulage; sie verlangten noch eine intensivere Arbeitsleistung.

Zum Streik der Zinkhüttenarbeiter in Dortmund.

Wie feinerzeit erwähnt wurde, hatten die streikenden Zinkhüttenarbeiter die Vermittlung des Oberbürgermeisters angezufen. Die Direktion der Zinkhütte hatte es abgelehnt, zu verhandeln. Die Ablehnung war ausführlich begründet worden. Die streikenden Arbeiter haben nun eine Gegenschrift an die Generaldirektion inachen abgesandt, worin sie ihrer Ansicht Ausdruck geben, daß die Generaldirektion „über die Ursachen und den Gang der Bewegungen vom April 1910 sowohl wie auch von dem jetzigen Ausstände nicht richtig informiert“ zu sein scheint. Es wird dann gleich ausführlich die Entstehung der Streitfragen geschildert und dargelegt, daß die Wünsche der Arbeiter berechtigt waren.

Der Streik der Möbeltransporteure in Frankfurt a. M. wurde mit einem teilweisen Erfolg beendet. Die Arbeiter nahmen am Sonnabend die Arbeit wieder auf, da alle Versuche, eine Verständigung mit den Arbeitgebern auf der ganzen Linie herbeizuführen, scheiterten, andererseits aber auch fast alle am Streik Beteiligten bei den Firmen, die bewilligten, beschäftigt wurden, so daß es an Streikposten mangelte. Mit neun Firmen wurde ein Vertrag, der wesentliche Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse enthält, abgeschlossen. Gegen die Firmen, die nicht bewilligten, soll später vorgegangen werden.

Achtung, Tabakarbeiter! Sämtliche Arbeiter — Sortierer, Zigartenarbeiter, Zurechter — der Firma Klein u. Kollhoff, Burgsteinfurt (Westfalen) stehen im Streik. Die Streikenden gehören dem Deutschen Tabakarbeiterverbande an. Zugzug nach Burgsteinfurt ist fernzuhalten.

Die Damenschneider in Düsseldorf beschließen, die Arbeit einzustellen, da über den am 8. März an die Geschäfte eingereichten Lohnstarif keine zufriedenstellende Einigung erzielt werden konnte. Zugzug ist deshalb fernzuhalten.

Streik der Steinarbeiter in Koblenz.

Am Montag, den 3. April, haben die in Koblenz beschäftigten Steinarbeiter die Arbeit eingestellt, da Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Arbeitsvertrages ergebnislos verlaufen sind. Von den Arbeitern war eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde gefordert worden, einige kleine Firmen haben dies bewilligt, nur die beiden Hauptfirmen: Hostenmeiermeister G. Bahl und W. Wilhelm Bahl, weigerten sich und wollen nur ab 1. Juli 2 Pf. Zulage bewilligen. Zugzug ist fernzuhalten.

Ausstand der Schuhmachergehilfen von Groß-Stuttgart.

In Stuttgart haben am 3. April ca. 200 Schuhmachergehilfen die Arbeit eingestellt. Der Kampf scheint ein erbitterter zu werden. Eine Anzahl Meister mit 48 Arbeitern haben die Forderungen bewilligt. Die „Christlichen“ haben den ihnen von den Meistern diktierten Tarif angenommen. Die miserabel der Tarif

ist, geht daraus hervor, daß trotz aller von der Leitung der Christlichen Gewerkschaft angewandten Mittel sich nur eine ganz geringe Majorität für diesen Tarif erklärte. Auch sollen die „Christlichen“ von den Meistern die Verpflichtung übernommen haben, für Heranziehung von Streikbrechern zu sorgen. Zugzug nach Stuttgart ist streng fernzuhalten.

Christlicher Reifall.

Einen erfreulichen Erfolg bei der Ortskrankenkassenwahl hat die freie Arbeiterschaft im badischen Rheinfelden zu verzeichnen, das vor zwei Jahren durch seinen turbulenten Streik und den anschließenden Kriminalprozeß in weitesten Kreisen bekannt geworden ist. Die christliche Führung der Arbeiter geriet damals schwerer unter den Wogen. Wie man aus dem Resultate der jüngsten Wahl der Vertreter zur Ortskrankenkasse erkennt, sieht nun die Mehrheit der Rheinfelder Arbeiterschaft hinter der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaft, deren sämtliche Beisitzerkandidaten gewählt wurden. Auf dem ersten Wahlgang hatte das Gewerkschaftslokal auch fünf christliche Kandidaten bezeichnet, die aber dann durch freigestellte Arbeiter ersetzt wurden, als die Christlichen sich nicht damit begnügten und eine „reine“ Liste der Reaktionen aufstellten. Auch das Aufgebot der weiblichen Kassenmitglieder konnte den Christlichen den Sieg nicht mehr sichern. (Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Ausland.

Die Aussperrung in Dänemark

Ist nach einem Telegramm aus Kopenhagen perfekt geworden. Außer den Maurern und Tischlern trifft die Aussperrung die Elektrizitätsarbeiter und sämtliche Arbeiter der Holzindustrie, namentlich Sägewerksarbeiter und Maschinenschleifer sowie Klempner und Bauhandwerker. Die Zahl der in Kopenhagen und in den Provinzen Aussperrten schätzt man auf insgesamt 14 000.

Generalfstreik der französischen Doktorarbeiten.

Infolge des Aufrufes des internationalen Doktorarbeitenverbandes ist die Arbeit in den meisten französischen Häfen seit gestern früh teilweise oder vollständig eingestellt worden. In St. Nazaire ist der Ausstand ziemlich allgemein. In Dreß feiern zwei Drittel der Doktorarbeiten. Die Ausständigen fordern in Versammlungen ihre Kameraden auf, das Verladen von Waren durch Nichtstreikende zu verhindern. Bedeutende Gendarmereiverstärkungen sind zum Schutze der Unternehmerrinteressen aufgedoten. Auch in Rouen feiern mehrere Hundert Arbeiter. Woher ist es trotz des großen Polizeiaufgebotes nirgends zu Zwischenfällen gekommen.

Streik in Singers Nähmaschinenfabrik zu Gladgow.

London, 31. März 1911. (Fig. Ber.) In Kilbowie in der Nähe von Glasgow besitz die bekannte Nähmaschinenfabrik Singer ein Riesenwerk, in dem nicht weniger als 3000 Arbeiterinnen und 8000 Arbeiter beschäftigt werden. In diesem Betriebe ist es nun vor wenigen Tagen anlässlich der Revolte einiger Arbeiterinnen gegen die unerträglich gewordene Antreiberei zu einem großen Streik gekommen, an dem außer den wenigen organisierten gelernten Arbeitern alle Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt sind. Ein schottischer Genosse macht über diesen höchst interessanten Kampf, bei dem die unorganisierten Frauen die Führung übernommen haben und der von der bürgerlichen Presse fast ganz totgeschwiegen wird, in der „Justice“ einige bemerkenswerte Angaben. Die Arbeitsteilung ist in den Singerschen Werken so weit fortgeschritten, daß nur äußerst wenige gelernte Arbeiter beschäftigt werden. Der ganze Fabrikbetrieb ist noch amerikanischem Muster eingerichtet, und das Antreiben der Arbeiter und Arbeiterinnen wird auf die Spitze getrieben. Organisiert sind nur die wenigen gelernten Arbeiter (Schlosser usw.); die große Masse der Angestellten gehört keiner Organisation an. Auch hat sich anscheinend noch keine der großen Gewerkschaften ernstlich um sie gekümmert. Schon vor einigen Wochen fand ein kleiner Streik statt, der aber bald beigelegt wurde. Vor einigen Tagen traten nun eine Anzahl Arbeiterinnen (Polierer), denen man mehr Arbeit auftragen wollte, ohne ihnen einen höheren Lohn zu geben, in den Ausstand. Sogleich schlossen sich ihnen alle anderen Arbeiterinnen an, und bald darauf folgten ihnen auch alle ungelernen Arbeiter und einige der organisierten. Die meisten der organisierten Arbeiter sind noch bei der Arbeit und warten auf den Beschluß des Exekutivkomitees der Nähmaschinenarbeitergewerkschaft. Bis jetzt haben sich die Streikenden gut gehalten, so daß ihr Sieg trotz des Mangels einer Streikkasse nicht ausgeschlossen ist. Diese Aktion unorganisierter Arbeiterinnen und Arbeiter beweist, daß sie dem Gedanken der Organisation wohl zugänglich sind. Hoffentlich führt der Streik zur Gründung einer dauerhaften Gewerkschaft.

Letzte Nachrichten.

Ein neuer Präsident der russischen „Volks“vertreter. Petersburg, 4. April. (B. Z. B.) Zum Präsidenten des Reichsduma ist der Oskobrist Rodjansko gewählt worden.

Zu der überwundenen Ministerkrise in Spanien.

Madrid, 4. April. (B. Z. B.) Ministerpräsident Canalejas besprach in der Kammer die letzte Ministerkrise und führte aus, daß der Kriegsminister hätte den bestimmten Wunsch ausgesprochen, daß die Erörterung über die Ferrer-Angelegenheit möglichst kurz gehalten werden sollte. Er, der Ministerpräsident, sei demgegenüber der Ansicht gewesen, daß die Kammer über die Ausführllichkeit der Debatte entscheiden müsse. Da eine Einigung nicht erreichbar war, habe er die Demission des Kabinetts überreicht. Der König habe ihm erneut sein Vertrauen ausgesprochen, und er habe daraufhin ein neues Kabinett gebildet, in welches der Kriegsminister aus den angegebenen Gründen und andere Minister aus Gesundheitsrücksichten nicht hätten wiedereintreten können. Das Programm der neuen Regierung sei daselbe, welches in der Thronrede dargelegt worden sei. Die Ferrer-Angelegenheit solle in voller Ausführllichkeit gemäß der Geschäftsordnung, aber ohne Mißbrauch erörtert werden. Er, der Ministerpräsident, sei überzeugt, daß man die Arme nicht zum Gegenstand von Angriffen machen werde. — Agarrate (Republikaner) wünscht über die Ministerkrise zu interpellieren. Diese Interpellation wird noch heute besprochen werden.

Neue Arbeiteraussperrung in Siest.

Remel, 4. April. Nachdem wegen Entlassung zweier Arbeiter die Arbeiter einer hiesigen Holzfirma am Montag die Arbeit niedergelegt haben, sagte der Arbeitgeberverband für Remel laut „Remeler Dampfboot“ heute den Beschluß, eine allgemeine Aussperrung auf nächsten Montag anzufühnigen, falls die Arbeiter der betreffenden Firma bis Sonnabend morgen die Arbeit nicht unter den alten Bedingungen aufnehmen. Falls dies geschieht, sind die Arbeitgeber zu Tarifunterhandlungen bereit. Von der Aussperrung würden insgesamt 2000 Arbeiter betroffen werden.

Folgeschwere Benzinedplosion.

Mertingen (Wahern), 4. April. Heute nachmittag erfolgte in einem Brauereikeller eine Benzinedplosion, wobei ein Dienstmädchen getötet, die Tochter des Brauereibesizers und ein anderes Dienstmädchen schwer verletzt wurden.

Zur Raucherisierung für Deutschland!

Washington, 4. April. (B. Z. B.) In seiner Programmrede bei Übernahme des Sprecheramtes verhielt Champerlain eine ehrliche und gerechte Durchsicht des Tarifes zur Verringerung der Kosten der Lebenshaltung durch Ausmerzng der besonders großen Härten des jetzigen Sozialtarifs.

Reichstag.

163. Sitzung. Dienstag, den 4. April, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratsstisch v. Heeringen.

Dritte Lesung des Etats.

(Zweiter Tag.)

Die Beratung wird fortgesetzt beim Militärstat.

Abg. Dr. Brunckmann (Rp.) bittet um Berücksichtigung der Landwirtschaft bei der Einberufung zu Referatübungen während der Erntezeit und bei der Bewilligung von Ernteurlaub.

Generalmajor Wandel sagt tunlichste Berücksichtigung der Wünsche zu.

Abg. Siebenbürger (L.) wünscht die Belegung kleiner Städte, namentlich in Pommern mit kleinen Garnisonen.

Kriegsminister v. Heeringen: Diesem Wunsch habe ich stets sympathisch gegenübergestanden; aber die Verhältnisse gestatten sehr oft nicht seine Erfüllung.

Abg. Kunert (Soz.):

In der zweiten Lesung habe ich das Bestehen von sächsischen militärischen Nebenfonds, wirklichen schwarzen Fonds zur Sprache gebracht. Ich frage nun den sächsischen Bundesratsbevollmächtigten erstens in bezug auf die beiden geschwundenen Druckerlassen bei den Intendanturen von Leipzig und Dresden: Ist dem Herrn bekannt, ob eine

straf- und zivilrechtliche Verfolgung der Militärverwaltungsbeamten vorgenommen oder eingeleitet worden ist, welche die Reichskasse geschädigt und den Rechnungshof jahrelang betrogen haben, indem sie wiederholt amtliche Urkundensäufungen und Unterschlagungen in großer Zahl bewirkt haben. Wenn eine Untersuchung nicht eingeleitet ist, so frage ich, aus welchem Grunde ist das nicht geschehen?

In bezug auf den Sandfonds konnte der sächsische Bevollmächtigte keine Angaben machen und versprach, Nachforschungen anstellen zu lassen.

Welches ist das Ergebnis dieser Nachforschungen? In bezug auf den Montierungsfonds frage ich, welche Summe von Geldmitteln und Gelderparnissen ging im Jahre 1892 von der Depotkasse an die Kasse des Velleidungsamts?

Schließlich richte ich noch die vierte Frage an den sächsischen Bevollmächtigten, wer der Eigentümer der drei unter königlich sächsischem Protektorat stehenden Hauptfonds ist, des Kriegsbeutefonds, des Offizierskasinosfonds und des Unteroffizierunterstützungsfonds?

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Generalmajor v. Salza und Lichtnan: In bezug auf die erste Frage kann ich nicht sagen, inwieweit eine Untersuchung stattgefunden hat. Ueber den Sandfonds ist in Dresden eine Untersuchung eingeleitet; sie hat ergeben, daß ein solcher Nebenfonds tatsächlich existiert. Wie er entstanden ist und ob er zu Recht oder Unrecht besteht, läßt sich nicht mehr feststellen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Uebrigens beträgt der Fonds nur einige hundert Mark. Würde er also der Reichskasse zugeführt, so würde das auch keine Aufbesserung der Reichsfinanzen ergeben. (Weiterleit.) Bei der dritten Frage kann ich eine Aufklärung über die Summe nicht geben. Zur vierten Frage bemerke ich, daß der Kriegsbeutefonds dem Reiche gehört, der Offizierskasinosfonds dem König und der Unteroffizier-Unterstützungsfonds ist ein sächsischer Staatsfonds.

Abg. Camp (Rp.) bittet um Errichtung einer Garnison in Deutsch-Strone und ferner um Zuwendung von Arbeiten für die Velleidungsämter nach der kleinen Stadt Jastrow in Pommern. Es würde das für die dortigen Arbeiter, die oft arbeitslos sind, Arbeitsgelegenheit geben. Den Sozialdemokraten sei freilich an derartigen wirklicher Hilfe für Arbeiter nicht gelegen. (Dol bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Vermer (Antif.) meint, daß alle Kulturstaaten sich gegen das Bestehen der Fremdenlegion wenden müßten.

Abg. Jubeil (Soz.):

Generalmajor Wandel hat meine Behauptung in der zweiten Lesung bestritten, daß in Breslau die Militärkapellen den Zivilberufsmusikern eine unredliche sehr fühlbare Konkurrenz machen, und hat behauptet, von hervorragenden Militär- und Zivilbeamten

in Breslau sei ihm versichert worden, das Musikleben Breslaus würde außerordentlich leiden, wenn den Militärkapellen das Konkurrenzverbot in dem bisherigen Umfange unterlag würde. Der Musikdirektor Voigt aus Breslau ist im Kriegsministerium vorstellig geworden, um diese Behauptung richtig zu stellen, denn das Gegenteil ist wahr, und ich hätte erwartet, daß der Herr Generalmajor die Sache selbst richtig gestellt hätte. In Breslau existiert ein philharmonisches Orchester und noch weitere Zivilkapellen, der Verband der Zivilberufsmusiker umfaßt 450 Personen, und diese Kapellen sind vollständig imstande, allen Ansprüchen gerecht zu werden, und haben unter der Konkurrenz der Militärkapellen außerordentlich zu leiden.

Weiter sagte der Generalmajor, ich hätte von dem Tarif der Musiker nur diejenigen Positionen angegeben, die höher seien als beim Tarif der Militärmusiker, diejenigen, bei denen das Gegenteil der Fall sei, wie Frühkonzerte, Matinees, Salonmusik und andere hätte ich vergessen. Ich bin nun in der Lage nachzuweisen, daß bei allen von dem Generalmajor angeführten Positionen der Tarif der Zivilberufsmusiker höhere Sätze aufweist, als der der Militärmusiker. Weiter behauptete der Generalmajor, der Verein der Berliner Musiker habe in diktatorischer Weise seine Beschwerden und Anträge beim Kriegsministerium vorgebracht. Wie sich aus den Schriftsätzen ein jeder überzeugen kann, ist davon gar keine Rede. Eine besondere Beschwerde geht dahin, daß trotz des Verbotes an die

Militärmusiker in Nachtcafés

zu spielen, dies dennoch geschieht. So wird im Colosseum von Militärmusikern die Nacht hindurch bis zum frühen Morgen konzertiert. Man kann doch nicht behaupten, daß es sich hier um ein Konzertlokal handelt. Ich wenigstens kenne in Berlin kein Konzertlokal, in welchem bei freiem Zutritt bis früh morgens um 5 Uhr Musik gemacht wird. Die Hauptsache ist eben hier, daß der Deconom durch Hinausdrängung der Zivilberufsmusiker monatlich 1000 M. mehr verdient. Am letzten Sonntag war die Militärmusik dort verboten. Ich will hoffen, daß dies nicht ein Ausnahmefall war, sondern daß es auch in Zukunft so bleibt. Schließlich erwähne ich noch, daß in Breslau von drei zu drei Jahren der Tarif der Militärmusiker unter Mitwirkung des Generalkommandos festgesetzt und daß dabei darauf geachtet wird, daß er mit dem der Zivilberufsmusiker übereinstimmt. Wenn das in Breslau möglich ist, muß es auch in Berlin möglich sein. Ich werde jedenfalls diese Verhältnisse so lange zur Sprache bringen und öffentlich kritisieren, bis auch hier einheitliche Tarife festgesetzt sind.

Abg. Koste (Soz.):

Herr Camp hat sich wiederholt beschwert, daß der Reichstag sich mit Kleinigkeiten beschäftigt. In seiner Rede tut er das selbst reichlich, wobei er uns zugleich vorwirft, und sei nichts daran gelegen, die Lage der Arbeiter an kleinen Orten zu bessern. Diese Behauptung würde nur Verächtlichung geben, in mehrstündigen Ausführungen nachzuweisen, daß das Gegenteil richtig ist. (Weiterleit und Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich will indes darauf verzichten und nur bemerken, wenn die Herren rechts sich als besondere Arbeiterfreunde hinstellen, so erinnert das an die Fabel vom Hund und den Wölfen. Wie dieser so freundlich gegen sie gesummt ist, daß er ihnen an die Kehle springen will, so wollen die Herren rechts nur aus der Arbeitskraft der Proletarier Gewinn ziehen. (Rust. b. d. Soz.) Wenn wir die Vergeltung der Arbeiten an kleine Handwerker nicht wünschen, sondern ihre Herstellung in den Velleidungsämtern verlangen, so bedauern wir, weil wir wünschen, daß sie nicht in wirtschaftlich rückständigen Gebieten mit niedrigen Löhnen hergestellt werden. Die Velleidungsämter, zu deren Vorkämpfer Herr Camp sich eben machte, bedeuten nicht weiter als die Propagierung für die Erhaltung rückständiger Betriebsformen. Die Klagen gegen Velleidungsämter sind ganz gegenstandslos. In neuerer Zeit verlangt man ja auch, daß die Sachen statt in den Velleidungsämtern in Gefängnissen hergestellt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine ganz eigentümliche Art von Sozialpolitik. Freilich wird in den Gefängnissen billiger gearbeitet, aber auch die Arbeit ist dort bedeutend minderwertig. Man erinnert und immer daran, daß die Staatsbetriebe Musterbetriebe sein sollen; nun Musterbetriebe im eigentlichen Sinne sind die Velleidungsämter gewiß noch nicht, aber sie sind doch moderne Großbetriebe und bedeuten daher einen erheblichen Fortschritt gegenüber den Gefängnisbetrieben und den kleinen Betrieben in kleinen Städten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Adreht (Soz.):

Herr v. Camp hat seinen Parteifreund Ling gegen meine Ausführungen in der zweiten Lesung in Schuß genommen. Aber ich

muß meine Ausführungen aufrecht erhalten. Weder Herr Ling noch Herr v. Camp können die Denkschrift des Kriegsministeriums gelesen haben, denn ganz treffend ist in derselben nachgewiesen, daß das Schuhwerk für die Soldaten am besten in den Velleidungsämtern hergestellt wird und nicht in kleinen Betrieben. Während übrigens die Arbeiten in größerem Maßstabe an kleine Betriebe vergeben, so würden Arbeiter in den Velleidungsämtern brotlos werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Den Herren von der Rechten ist es ja aber mit ihren Redensarten nur darum zu tun, Handwerkerfang zu treiben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Doch die Handwerker erkennen allmählich ihre Handwerkerfreundlichkeit, wie mir Zuschriften aus Handwerkerkreisen beweisen.

Generalmajor Wandel: Ich habe auch nach den Ausführungen des Abg. Jubeil an meinen Darstellungen über die Verhältnisse in Breslau und in Berlin nichts zu ändern. Damit schließt die Generaldiskussion.

In der Spezialdiskussion bemerkt

Abg. Kunert:

Durch die Antwort des sächsischen Bundesratsbevollmächtigten bin ich nicht befriedigt. In bezug auf die Druckerfonds konnte er eine klare Antwort nicht geben. Diese beiden Fonds müssen zweifellos als schwarze Fonds zugestanden werden. Man sagt, sie seien aus Privatmitteln entstanden. Diese Privatmittel sind aber sächsische Nebenfonds und das sagt genug. Generalmajor v. Salza meint, man habe sich mit dem Rechnungshof geeinigt. Daraus ist keineswegs dem Gesetz entsprochen. Wo Defekte entstanden sind, muß eine Strafverfolgung eintreten, sie darf nicht durch ein Einbernehmen einer Staatsregierung mit dem Rechnungshof aufgegeben werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Am meisten hat mich noch die Antwort in bezug auf den Sandfonds beunruhigt; hier hat der Generalmajor v. Salza die Existenz zugestanden und nur gemeint, der Fonds sei ja sehr klein. Das erinnert an die Jungfer, die ein Kind bekommen hat und zur Entschuldigung anführt, es sei ja nur ein ganz kleines. (Heiterkeit.) So klein, ob groß, die Existenz dieses Fonds ist ungeheuerlich. Auf die dritte Frage war der General nicht vorbereitet, obwohl die Sache bereits seit zwei Monaten spielt. Aus seiner Antwort auf die vierte Frage wird es viele Abgeordnete interessieren, daß es einen Reichsfonds gibt, den Kriegsbeutefonds, der in Sachsen verwaltet wird. Aber auch die beiden anderen Fonds, die als königlicher und als Staatsfonds bezeichnet wurden, sind ihrer Existenz und Verwaltung nach ungeklärlicher Natur. Für alle staatlichen Fonds existiert doch eine offizielle Buch- und Kassensführung, hier aber ist sie geheim.

Vizepräsident Dr. Spahn: Ich bitte hier nicht über sächsische Fonds zu sprechen.

Abg. Kunert (fortfahrend):

Der eine Fonds ist ein Reichsfonds und deshalb muß ich darauf eingehen können. Weiter handelte es sich um Stiftungsfonds, die doch auch in den Kassendbüchern vorhanden sein müßten.

Vizepräsident Dr. Spahn: Es handelt sich nicht um Reichsfonds und um Reichskassendbücher. (Dravo! rechts.)

Abg. Kunert (fortfahrend):

Das Bestehen eines geheimen Fonds verletzt die Verfassung. Bei diesen Dingen läßt ein tüchtig Stück Korruption mit unter, das unterliegt gar keiner Frage. Aber eine Sühne tritt nicht ein, weil man die Blamage fürchtet. Wahrscheinlich sind noch mehr Nebenfonds vorhanden.

Vizepräsident Dr. Spahn: Ich bitte, diese sächsische Frage zu verlassen.

Abg. Kunert:

Es ist keine rein sächsische Frage, da der Rechnungshof beteiligt ist. (Rufe rechts: Schluß! Schluß!) In diesen Dingen ist ein großes Stück von Korruption verkörpert, deshalb habe ich sie zur Sprache gebracht, dem muß ein Ende gemacht werden. (Dravo! bei den Sozialdemokraten.)

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Generalmajor v. Salza und Lichtnan: Ich brauche auf die Ausführungen des Abgeordneten Kunert wohl nicht einzugehen, denn er hat das alles schon in der zweiten Lesung vorgebracht, und ich habe es schon damals unter Zustimmung des Hauses widerlegt. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Ich bestreite ganz entschieden, daß bei dem Druckerfonds irgendein Defekt vorhanden gewesen ist, der Rechnungshof hat lediglich die Art des Betriebes moniert und ich weise die schwere Anschuldigung der Korruption energisch zurück. (Dravo! rechts.)

Kleines feuilleton.

Wagner bei Rossini. Während seines Pariser Aufenthaltes hat Richard Wagner 1860 auch Rossini aufgesucht. Eine Schilderung des einzigen Augen dieser denkwürdigen Begegnung, des W. Richter, der mit beiden Komponisten befreundet war, veröffentlicht der „Messaggero“. Vor allem gab Rossini Wagner den Rat, sich gegen die Angriffe der Kritik mit Gleichmut zu wappnen und jedenfalls nie zu antworten. Dann erzählte er von seinen Erinnerungen an deutsche Musiker und sprach auch von seinem Besuche bei Beethoven, der ihm bekanntlich den Rat gab, nur komische Opern, wie den „Barbier von Sevilla“, zu schreiben. „Er hatte recht“, äußerte Rossini zu Wagner, „ich behandle am leichtesten komische Stoffe. Doch ich habe nicht die Auswahl der Libretti, die mir von meinen Impresarii aufgezwungen werden. Es ist mir sogar passiert, daß man mir einen Akt ausdandigte, zu dem ich dann die Musik schreiben mußte, ohne die folgenden Akte und den Abschluß der Handlung zu kennen.“ Wagner knüpfte daran an, um Rossini darauf aufmerksam zu machen, wie der Musiker beim genauen Studium seiner Werke nicht selten Widersprüche in der musikalischen Ausdrucksweise fände. „Ich muß Sie nun um so mehr bewundern“, sagte Wagner lebhaft, „daß Sie unter solchen Umständen eine Musik wie die des „Othello“ und des „Moses“ schreiben konnten. Denn sie trägt den Stempel eines überlegenen Geistes, hat gar nichts Improvisiertes an sich, sie ist die Arbeit ernstlicher Ueberlegung und ein Produkt der bewundernswürdigsten Konzentration aller Kräfte des Gehirns.“ Worauf Rossini die charakteristische Antwort gab: „O, ich habe die Leichtigkeit und viel Instinkt.“ Und, fügte er dann hinzu, „viel Lustüre und das Studium der großen Meister.“ Voll Enthusiasmus erzählte Rossini dann Wagner, was er den großen Genien deutscher Musik zu verdanken habe, Mozart und Haydn seien seine Hauptlehrer gewesen, ebenso wie Beethoven und Bach. Wagner versuchte dann, dem italienischen Meister seine Ziele zu erklären, erläuterte die Ideen, die ihm vorschwebten, und Rossini zeigte sich von der allumfassenden Größe dieser Absichten tief ergriffen. Er lauschte den Auseinandersetzungen des künftigen Meisters von Bayreuth gedankenvoll und antwortete schließlich mit einem Unterton leiser Melancholie: „Ach, ich bin zu alt, um meine Blicke noch auf neue Horizonte zu richten. Aber Ihre Gedanken, was die Künstler auch darüber denken mögen, sind von jener Art, die der Jugend zu denken geben werden. Was mich angeht, so liegt meine Zeit abgeschlossen.“

Die Geschwindigkeit der Erdbenenwellen von Messina. Die mit dem zerstörenden Erdbeben von Messina zusammenhängenden Forschungen nähern sich erst jetzt ihrem Abschluß. Vielleicht eine der wichtigsten Untersuchungen, die durch das Ereignis vom 28. Dezember 1908 veranlaßt worden sind, ist eine jetzt von Professor Digo veröffentlichte Abhandlung über die Geschwindigkeit, mit der

sich die Wellen eines Erdbebens nach den verschiedenen Erdteilen fortgepflanzt haben. Dem Gelehrten standen zum Zweck der Feststellung die Aufzeichnungen von 110 Erdbebenwarten zur Verfügung. Die größte Entfernung, über die hinweg eine der Erdbenenwellen verfolgt werden konnte, beläuft sich auf nicht weniger als 18000 Kilometer oder fast die Hälfte des Erdbumfanges. Aus dem verhältnismäßig kleinen Umfang der zerstörenden Wirkung des Erdbebens zieht Professor Rizzo den Schluß, daß der eigentliche Ursprungsort der Erschütterung in geringer Tiefe unter der Erdoberfläche gelegen haben müsse. Unter den Wellen unterscheidet der Forscher drei Gruppen, die aufeinander folgten. Bis zu Abständen von 1500 Kilometern um den Herd des Bebens schritten diese Wellen mit gleicher Geschwindigkeit fort, während über diese Entfernung hinaus die erste Wellengruppe eine Beschleunigung aufwies. Die späteren Wellen zeigten dies sonderbare Verhalten nicht. Innerhalb des Umkreises von 1500 Kilometern werden die Bewegungen zweifellos nur durch die feste Erdkruste fortgepflanzt, deren Dide auf 44 Kilometer geschätzt wird. Die dritte Gruppe der Wellen, die wieder noch in drei Abteilungen unterschieden wird, war die, mit der die Haupterschütterung erst begann, während die voraus gegangenen Wellen noch keine zerstörende Kraft besaßen. Die letzten Wellen führten ihre Reise durch die Erdkruste am langsamsten aus.

Theater.

Neue freie Volkshöhne (im Neuen Volkstheater): „Der Viegepräste.“ Lustspiel von Wilhelm Meyer-Förster. Ein Juristenstück könnte man nennen, weil im Mittelpunkt seiner Handlung ein Referendar steht, der zweimal durchs Altessexamen fällt und insolgedessen genötigt ist, umzusatteln. Solange Materie gäbe Raum zu hundert Satire auf Sankt Bureaucratius und alle geheiligten Institutionen des Rührtrades Staat. Allein Satire ist nun die Sache des Autors von „Alt-Heidelberg“ nicht; er bringt's nur zu ein paar kleinen Witzbüchlein. Deso kräftiger taucht er die Handlung in eine spießbürgerliche Atmosphäre von mehr oder weniger Glaubwürdigkeit. Besagter Referendar oder richtiger, sein schwerreicher Schwiegerpapa, Stadtrat von Krähwinkel, hat die Wurst nach der Speckseite geworfen. Er gab dem Judensohn seine Tochter zur Frau in der Hoffnung, daß einmal aus dem Fisch ein Vogel wird. So haben dann die Referendare nicht bloß jung geheiratet, sondern jetzt bereits vier Kinder. Seit fünf Jahren ernährt der stadträtliche Papa die Familie — mit wachsender Ungeduld. Nunmehr bereitet sich der Referendar zur zweiten, letzten Prüfung vor. Er „ockt“ ganz gewaltig, aber kann es angesichts der Sticheleien und Drangsalierungen, denen er im Hause der Schwiegereltern ausgesetzt ist, wundernehmen, wenn er wieder „durchgefallt“? So kommt's denn auch. Doch nun setzt sich der Durchfallreferendar auf die Hinterbeine. Er macht sich selbständig: er wird journalistisch. Er geht mit Hilfe eines armenigen Gerichtsreporters zu August Scherl als juristischer Beisitzer an. Bei dieser ungeheuer geistreichen Tätigkeit kann er seine Rechtsgelehrsamkeit tüchtig leuchten lassen. Und da er zudem seinen Schwiegervater aus einer ziemlich

müßigen Affäre heraushaut, so wird aller Welt klar, was für befähigte Juristen oft an der wechseligen zweiten „Staatsprüfung“ verloren gehen — zum Heil für bürgerliche Berufe. Der Dichter hat hier zweifellos hübsche Bilder eines zauseligen Proteskumors aufgestellt. Und die Darsteller bewegen sich glücklich in diesem Element. Frey Treidler trug eine köstliche Stabtratsmaske; das referendarliche Ehepaar: Klara Bergen-Oberländer und Otto Portna und ebenso die Vertreter der Rederollen spielten mit Verve.

Humor und Satire.

Alles homogen.

Was freie Geister je erstrebten, Die nicht am Hergebrachten kleben Und die dem Fortschritt sich geweiht, Das ist erreicht in unsrer Zeit: Es ist die Freiheit, die wir meinen, Nur, wenn ihr es genau besiehet, So wird die Gleichheit euch erscheinen Im Licht der Homogenität.

Der Reichstag präsentiert mit Sonnen Verschied'ne Wünsche wohlherzogen, Woran von oben allsobald Das Wörtlein „Unannehmbar“ schallt; Sie finden alle Einquartierung Die Volkswünsche unbesehn, In den Papierkorb der Regierung, Dort ruh'n sie sämtlich, homogen.

Gefährlich ist der Geldstranknacker, Noch böser ist der Handabhaber, Am schlimmsten sind die beiden Blau'n, Die jenen Herrmann totgehau'n. Und wenn dich auch Empörung schüttelt, In Breslau und in Spreewäldern, Sie werden alle „nicht ermittelt“, Wie wunderbar! wie homogen! („Lustige Blätter.“)

Notizen.

Theaterchronik. Das königl. Schauspielhaus wird Anfang Mai bis Mitte Juni drei Jähren zu „vollständigen Preisen“ auführen. Vom 1. bis 25. Mai werden 16 Lustspiele, die sich auf dem Spielplane behauptet haben, von Lessings „Minna von Barnhelm“ bis zum unvermeidlichen Blumenthal in historischer Reihenfolge gegeben. In den Klassikern des deutschen Lustspiels recknet sich auch Herr Lindau, während G. Hauptmann natürlich nicht vertreten ist. Vom 17. Mai an folgt ein Jähres Schale-spreacher Königsdramen und im Juni eine Reihe von sechs Dramen Wildenbruchs.

Abg. Kunert (Soz.):

Wenn Sie meinen Ausführungen aufmerksam gefolgt wären, könnten Sie das Freubengeld nicht annehmen. Die Behauptung, daß beim Druckerfonds keine Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, mag subjektiv wahr sein, objektiv ist sie ganz falsch. Es existiert heute noch so und so viele Beamte, die das auf ihren Eid nehmen können. Warum veranlaßt man denn nicht eine Revision bei den sächsischen Klassen? Bei dem Druckerfonds haben geradezu ruffähige Zustände geherrscht, es handelte sich keineswegs bloß um eine falsche Handhabung, sondern um

Betrag und beabsichtigte Richtigstellung

in langer fortgesetzter Reihe. Nur durch eine gründliche Revision kann Klarheit geschaffen werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Leber (Soz.):

Ich habe hier eine Beschwerde vorzubringen über Vorkommnisse beim 2. Bataillon der 8. Kompanie im Großherzogtum Sachsen-Weimar. Dort hat der Kommandant unteroffizier, um die eingerissene Unordnung bei einer Revision zu vermeiden, den Soldaten den Befehl gegeben, sich eigene Hemden zu kaufen. Diejenigen Soldaten, die dazu nicht in der Lage waren, mußten ihre Hemden abgeben und ohne Hemd in einer kalten Februarnacht im Jahre 1909 auf Wache stehen. Derselbe Kommandant unteroffizier, der jetzt Feldwebel ist, hat auch Soldaten angegriffen, die er den Soldaten gar nicht geliebt hat. Auch sonst ist Klage geführt worden über die Behandlung, die dieser Kommandant unteroffizier den Soldaten hat zuteil werden lassen. Ich möchte um eine Untersuchung dieser Vorkommnisse bitten.

Kriegsminister v. Seeligen: Im allgemeinen möchte ich die Bitte anfordern, bei allen Unordnungen, die naturgemäß auch in der Armee vorkommen können, sich mit der Beschwerde an die einzig zuständige Stelle, den Reichsminister, zu wenden. Ich bin natürlich über die vom Vorredner vorgebrachten Einzelfälle nicht unterrichtet und es wäre besser, wenn der Herr Abgeordnete mir das Material vorher zur Verfügung gestellt hätte. Ich muß aber betonen, daß es hier von der Tribüne der Armee eines preussischen Unteroffiziers genannt und gegen ihn Beschuldigungen erhoben werden, deren Richtigkeit sich nicht nachprüfen läßt.

Abg. Leber (Soz.): Ich werde auch in Zukunft derartige Dinge hier zur Sprache bringen, ob es dem Kriegsminister angenehm ist oder nicht.

Abg. v. Treuenfeld (l.) verweist sich gegen frühere Ausführungen des Abg. Koste, die den Gehalt zuleihen, als habe er, v. Treuenfeld, seine Ausführungen über das Remontenwesen in der Kommission gemacht, um damit seine eigenen materiellen Interessen zu fördern. Tatsächlich habe er keine persönlichen materiellen Interessen bei der Remontenangelegenheit gehabt.

Abg. Koste (Soz.):

Wenn der Vorredner erklärt, er habe keine persönlichen materiellen Interessen bei der Sache verfolgt, so glaube ich ihm das. Ich muß aber den sachlichen Inhalt meiner früheren Ausführungen aufrecht erhalten. Ich halte es für einen argen Mißbrauch, wenn Mitglieder des Hauses die Angelegenheiten, bei denen sie selbst interessiert sind, dafür einbringen, daß aus der Reichskasse Mittel zur Verfügung gestellt werden, aus denen sie selbst persönliche Vorteile haben. Die Herren auf der rechten Seite meinen, es müßte mehr Geld für die Remonten ausgegeben werden. Wie sind aber daran gewöhnt, daß die Herren Agrarier

im Schreien unermüdet und im Nehmen unersättlich

sind. Wir wissen auch, daß im nächsten Jahre die gleichen Forderungen aufgestellt werden, auch wenn jetzt die Preise gestiegen werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Treuenfeld (l.): Die Forderung des Vorredners müßte in ihrer Konsequenz dazu führen, daß hier die Abgeordneten nur über die Angelegenheiten sprechen, von denen sie nichts verstehen.

Abg. Lehmann (Wirtsch. Bg.) unterläßt eine Petition der Spandauer Militärhandwerker um Ueberlassung eines militärisch-fiskalischen Grundstücks in Erbbaurecht.

Ein Kommissar sagt wohlwollende Prüfung des Wunsches zu. Der Militärstat wird bewilligt. Es folgt die

Beratung des Marineetat.

Abg. Severing (Soz.):

Ich möchte über den Charakter der Abgeordneten-Informationsreisen und über die „Marine-Rundschau“ sprechen, denn beide Dinge stehen in einem gewissen Zusammenhang. Die „Marine-Rundschau“ trägt gewissermaßen einen Januskopf, sie hat einen nicht-amtlichen und einen amtlichen Charakter. Sie wird redigiert im Reichsmarineamt des Reichsmarineamts und dessen Chef ist der Staatssekretär. In dieser „Marine-Rundschau“ wird nun über die erste Beratung des Marineetat in eigenartiger Weise berichtet. Das unter Leitung des Staatssekretärs stehende Blatt erwähnt immer wieder die Anerkennung, die der Staatssekretär seitens der Medien, des Zentrums und der Nationalliberalen gefunden habe. Die ganze Danteskosodie wird noch einmal in der „Marine-Rundschau“ wiedergegeben. Es war sehr schön, es hat mich sehr gefreut! Das war das Fazit der sogenannten Informationsreise, zu der nur Abgeordnete von den Parteien der Rechten, nicht aber von den Freisinnigen oder Sozialdemokraten eingeladen wurden. Zu dieser Informationsreise nach der Welt ist ein amtliches Programm herausgegeben worden, aus dem sich ergibt, daß die Abgeordneten sich dort nicht informiert haben, sondern informiert wurden. Ausdrücklich wird aber den führenden Beamten und Offizieren verboten, den Abgeordneten gegenüber Kritik an den Einrichtungen der Welt zu üben oder selbst Verbesserungsvorschläge zu machen. Es wäre doch weit besser, wenn das Reichsmarineamt den eigenen Ideen der Offiziere und Beamten mehr Rechnung tragen würde. Der Erfolg der eigenartigen Informationsreise war ja, daß sogar der Abg. Erzberger, der früher mit uns in der Opposition stand, jetzt eine vollständige Wandlung seiner Anschauungen erfahren hat. In der „Marine-Rundschau“, dem amtlichen Organ des Staatssekretärs, wird dann aber die Kritik der Abgeordneten an der Marineverwaltung als unfruchtbar, zeitraubende Rörgelei bezeichnet. Wenn ein aus Reichsmitteln bezahltes Organ derartige Beschimpfungen der Abgeordneten bringt, so muß dagegen scharf protestiert werden. (Beifall links.) Außerhalb dieses Hauses würde ich den Redakteur der „Marine-Rundschau“ einen unerschämten Patron nennen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Bei den Werftarbeitern herrscht Mißmut und Unzufriedenheit, weil ihre verschiedenen Forderungen rundweg abgelehnt worden sind, während andererseits einem gelben Arbeiterverein große Summen für Kaffeekränzchen und dergleichen aus Reichsmitteln gewährt werden. Die Steuerzahler haben die Pflicht, sich dagegen zu wehren, daß in dieser Weise die Gelder veruntwert werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ueber die Angelegenheit der Fischer in Laboe findet sich in der „Marine-Rundschau“ ein Artikel, den ich nur als verlogen bezeichnen kann. (Witze des Präsidenten.)

Vizepräsident Schulz: Wegen dieses Ausdrucks rufe ich Sie zur Ordnung. (Unruhe und Lärme bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Severing (fortfahrend):

Auch dieser Ordnungsruf kann mich nicht veranlassen, meinen Ausdruck zurückzunehmen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts.) Wenn jemand etwas wider besseres Wissen behauptet, dann läßt er eben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Auch über die Heizer-Angelegenheit hat die „Marine-Rundschau“ eine verlogene Darstellung gegeben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts, Witze des Präsidenten.)

Vizepräsident Schulz: Sie „Marine-Rundschau“ wird im Reichsmarineamt redigiert. (Stürmisches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Severing (fortfahrend):

Sie dürfen nicht ein Degan des Marineamts Verlogenheit vorwerfen. (Lauter Rufe bei den Sozialdemokraten: Warum nicht?) Ich rufe Sie zum zweiten Mal zur Ordnung und mache Sie auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam. (Lebhafter Beifall rechts, Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Severing:

Ich freue mich, daß der Präsident den offiziellen Charakter der „Marine-Rundschau“ so entschieden unterstreicht. — Aus Sparfamkeit streicht man den Heizern die 20 Pf. — Zulage; aber der Plattenchef erhält auch in der Sparfamkeitsperiode eine tägliche Zulage von 60 Mark. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Gegenüberstellung dieser beiden Tatsachen hatte in den Volksversammlungen, in denen ich darüber sprach, stets die Wirkung, ein kräftiges Hört! hervorzuwirken. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir geben dem Reichstage erneut Gelegenheit, die Schädigung der Heizer abzumenden, indem wir einen Antrag auf Befreiung des Abdrucks gestellt haben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Den Artikel in der „Marine-Rundschau“, von dem der Vorredner sprach, habe ich nicht gelesen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Haben wir ja auch nicht behauptet.) Ich muß der „Marine-Rundschau“ eine gewisse Freiheit geben; aber wenn in ihr Angriffe auf Reichstagsabgeordnete erscheinen, so geht das zu weit. (Hört! hört! links.) Bei Besuchen von Abgeordneten auf Werften ist allerdings zu verlangen, daß sich Beamte und Offiziere gegenüber den besuchenden Abgeordneten jeder Kritik von Maßnahmen des Staatssekretärs enthalten. Die Zulage des Plattenchefs ist um 25 Proz. gekürzt worden. (Hört! hört! rechts.)

Abg. Dr. Leunhard (Sp.): Mit der „Marine-Rundschau“ ist es ein eigenes Ding, bald soll sie offiziell sein, bald unabhängig. Es dürfte doch empfohlen, im nächsten Etat den Betrag für die „Marine-Rundschau“ zu streichen. Jedenfalls kann ich mich der Kritik des Abg. Severing über die „Marine-Rundschau“ anschließen, ebenso seinen Ausführungen über die Fischer der Kieler Bucht. — Auch wir haben einen Antrag auf Wiederherstellung der Heizerzulage eingebracht und beantragen namentlich die Zustimmung hierzu. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Erzberger (Z.): Das Zentrum ist sich in seiner Marinepolitik stets konsequent geblieben. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Es läßt sich nichts dagegen sagen, daß Beamte und Offiziere gegenüber besuchenden Abgeordneten keine Kritik an den Maßnahmen des Staatssekretärs üben dürfen. Was würde wohl Besuchen des „Vormars“ gefahren, wenn sie einen Sezer fragen würden: „Wo denken Sie von den Vorkriegsregeln des Direktors Fischer?“ (Sehr gut im Zentrum.) — Redner wendet sich am Schluß seiner Rede gegen die Anträge auf Wiederherstellung der vollen Heizerzulage.

Abg. Semler (natl.): Der Artikel der „Marine-Rundschau“ ging zu weit. Die Kritik des Abg. Severing an den Besuchen bürgerlicher Abgeordneter auf den Werften war unzutreffend. — Redner tritt für die Wiederherstellung der vollen Heizerzulage ein.

Abg. Koste (Soz.):

Der Staatssekretär v. Tirpitz sucht systematisch sozialdemokratische Abgeordnete vor den Besuchen auf den Werften auszuscheiden. Wir werden dieses Verhalten stets auf das schärfste kritisieren, bis wir den Staatssekretär zu einer anderen Handlungsweise erzogen haben. (Lärm rechts, Witze des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Schulz:

Ich bitte Sie, sich zu nähigen. (Beifall rechts, Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Koste (fortfahrend):

Wir werden gegen den Ausschluß der Sozialdemokraten von den Besuchen auf den Werften solange protestieren, bis der Staatssekretär dieses völlig ungehörige Benehmen unterläßt. (Witze des Präsidenten.)

Vizepräsident Schulz:

Ich bitte Sie, sich noch mehr zu nähigen. (Schallende Heiterkeit.)

Abg. Koste:

Dann will ich sagen: unangemessenes Benehmen. (Heiterkeit.) Vergessen hat der Abg. Erzberger versucht, die Umfälle des Zentrums zu demütigen. Dem Zentrum wird der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß es sich dazu hergibt, den armen Teufeln von Heizern die paar Lumpigen Pfennige zu fügen. (Sehr wahr! links, Lärm im Zentrum.) — Die „Marine-Rundschau“ sucht in geradezu unerhörter Weise die öffentliche Meinung zu täuschen. (Witze des Präsidenten.)

Vizepräsident Schulz:

Sie dürfen nicht solche Vorwürfe erheben. (Stürmische Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Koste:

Wie können diese Ausführungen vom Präsidenten gerügt werden, wenn uns eben erst erzählt worden ist, daß die „Marine-Rundschau“ nicht vom Marineamt abhängig ist? (Sehr gut! bei den Soz.) Unfraglich ist der eigentliche Urheber des Abdrucks der Heizerzulage der Staatssekretär. Augenscheinlich dachte man in der Verwaltung: Schlagt ihr unsere Admirale und Offiziere, dann schlagen wir eure Heizer. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts.) Dem Reichstag sollte die Sparfamkeit vergollet werden und man sollte den Heizern sagen: Seht, die Abgeordneten, das sind die Leute, die Euch eure Zulagen nehmen. Und ich muß allerdings sagen, wenn der Reichstag die

Mandatlichen Beschlüsse über die Heizerzulagen,

die in der Kommission und in der zweiten Lesung gefaßt worden sind, in dritter Lesung aufrecht erhält, so ist es ganz in der Ordnung, wenn die helle Empörung, die im Lande und in der Marine über diese Sache herrscht, sich auch gegen den Reichstag wendet! (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Schulz: Herr Abgeordneter, es ist ungebührlich, daß Sie einen Reichstagsbeschuß als einen Skandal bezeichnen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Es ist nicht wahr, daß sozialdemokratische Abgeordnete zu den Werften nicht zugelassen werden. Die Abg. Scheidemann und Koste sind auf der Werft herumgeführt worden. Hat Herr Koste denn ein solch schändliches Gedächtnis? — Ich habe allerdings stets die Ansicht vertreten, daß die Verleumdung des militärischen Dienstes nicht in der verdächtigsten Höhe der Verleumdung sich auszubringen hat. Auch im Landwehr wird der Kavalleriedienst nicht höher besoldet als der Infanteriedienst, und es gibt keine besonderen Entschädigungen für den Dienst in unangenehmen Grenzgarнизonen. (Hört! hört! rechts.)

Abg. v. Oldenburg (l.): Ich habe im Namen meiner Fraktion zu erklären, daß es und sehr schwer gefallen ist, der Streichung der Heizerzulagen zuzustimmen. Nichts war und alten Offizieren peinlicher, als den Heizern und den Marineoffizieren die Zulagen zu kürzen. Wenn wir uns doch dazu entschlossen haben, so geschah es im Hinblick auf die Finanzen des Reiches und in der festen festen Ueberzeugung, daß die unerfüllbare Pflichterfüllung in der Marine nicht von solchen Dingen abhängig ist. Wir werden und nicht herbeilassen, Mittel zu bewilligen, wenn nicht die Bedingung dafür vorhanden ist. Es ist unsere verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, dem Reichschatzsekretär auf diesem Wege zu folgen. Der Herr Großadmiral hat gesagt: Wenn Unzufriedenheit vorhanden ist, so hat sie auszuüben, wenn es von oben befohlen wird. Das war ein Wort, wie wir es gern von dieser Stelle hören. (Lauter Beifall links.) Von den Sozialdemokraten ist gesagt worden, sie wollten die Reichsmarineverwaltung erzwingen. Wir haben in der Person dieser Herren (zum Bundesratsitzig zeigend) die Garantie, daß ihnen das nicht gelingen wird. Sie, meine Herren Sozialdemokraten, legen doch Wert darauf, internationale zu sein, unsere Marine aber ist national und wird es bleiben. (Beifall rechts; Lärm links.)

Reichschatzsekretär Wermuth bittet dringend, die Beschlüsse der zweiten Lesung aufrecht zu erhalten.

Abg. Dr. Strauß (Sp.): Es ist durchaus möglich, im Rahmen des Marineetat die Heizerzulagen zu lassen wie bisher. Das ist eine militärische Notwendigkeit, und ich appelliere an den Reichstag, der immer militärische Notwendigkeiten bewilligt hat, dies auch hier zu tun. Sehr heiter war die Besprechung der „Marine-Rundschau“. (Witz bei den Sozialdemokraten, bald halbamtlich, bald nicht amtlich, dann gar nicht amtlich, wie es gerade paßt. Es ist wirklich an der Zeit, diesem weiteren Zustande, der aber auch sehr ernst zu betrachten ist, ein Ende zu machen. (Lebhafter Zustimmung links.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Ueber die Heizerzulagen will ich mich nicht nochmals verbreiten, ich habe bereits bei der zweiten Lesung darüber gesprochen; ich will nur noch die Ausführung des Abg. Erzberger unterstreichen, daß die Heizerzulage auch nach Fortfall der Zulage noch 27 Mark beträgt, die des Matrosen nur 10 Mark. Die Sache ist also außerordentlich aufgebläht.

Damit schließt die Generaldiskussion. Ueber den Antrag v. Leber (Soz.) und den inhaltlich damit identischen Antrag der Abg. v. Blatz (Sp.) und v. Saffermann (natl.) auf Wiederherstellung der Heizerzulagen wird gemeinschaftlich namentlich abgestimmt.

Der Antrag wird mit 102 gegen 110 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen, dafür hat die Linke, die wirtschaftliche Vereinigung und ein erheblicher Teil des Zentrums gestimmt, dagegen die Konserverativen, die Reichspartei, die Polen und ein großer Teil des Zentrums. Die Verkündung des Resultats wird mit lebhaftem Brorufen auf der Linken entgegengenommen.

Der Marineetat wird bewilligt, und debattelos der Etat des Reichschatzsekretärs.

Etat des Reichschatzsekretärs.

Abg. Dohrn (Sp.) kritisiert den Jubiläumstaler der Berliner Universität, seine Vorderseite sei realistisch, seine Hinterseite heraldisch (Große Heiterkeit); dann kritisiert der Redner weiter unter andauernder Heiterkeit des Hauses die neuen Hundertmarkstücke. Die symbolische Darstellung von Handel und Wandel soll wohl andeuten, wie man solche Scheine erwirbt, und die Darstellung der Panzerschiffe, wie man sie ausgibt. (Große Heiterkeit.) Ist es denn nicht möglich, zu dem englischen System überzugehen und ganz falsche Banknoten anzufertigen und sie bei der Rückkehr zur Bank wieder einzuziehen und durch neue zu ersetzen.

Reichschatzsekretär Wermuth: Es heißt nicht unser Kunstgewerbe ermutigen, wenn man über all und jedes von oben herab ab sprechend urteilt. (Hört! links.) Die Jubiläumsgedenkmünze der Berliner Universität ist im Einvernehmen mit hervorragenden Künstlern angefertigt.

Abg. Windwald (natl.): Ich erhebe Protest gegen die Kritik des freisinnigen Redners (Heiterkeit), wir haben noch keine schönere Banknote gehabt, als die neue Hundertmarkbanknote. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Böhle (Soz.):

Die 1500 in Elb-Lothringen tätigen Zollbeamten sind bedeutend schlechter gestellt, als die übrigen Zollbeamten des Reiches. Es ist wohl an der Zeit, dieser Ungleichheit ein Ende zu machen. Weiter beschäftigt sich der Redner, daß 100 Grundbesitzer, die wegen der neuen Rayonfestsetzung in Strachburg zu entschädigen sind, bis heute keine endgültige Bezahlung haben erlangen können, obwohl die Angelegenheit schon sieben Jahre schwebt.

Abg. Dr. Görde (natl.) freut sich, daß für die Kriegsteilnehmer endlich höhere Beihilfen in den Etat eingestellt sind.

Ein Intendanturrat: Die von Herrn Böhle vorgebrachten Tatsachen aus Strachburg sind richtig; aber die Festsetzung von Rayonentschädigungen dauert überall lange, nicht nur in Strachburg.

Abg. Feiler v. Wang wünscht, daß die Jubiläumsgedenkmünzen in noch größeren Mengen ausgeprägt werden müßten. Redner freut sich dann gleich dem Abg. Görde über die Einstellung der Veteranenbeihilfen.

Abg. Baumann (Z.) tritt für die Veteranen ein.

Abg. Gufnagel (l.) schließt sich dem Vorredner an.

Abg. Schöpflin (Soz.):

Ich gestehe zu, daß die Ausführungsbestimmungen über die Veteranenbeihilfe eine gewisse Verbesserung des bisherigen außerordentlich wenig befriedigenden Zustandes bedeuten. Aber es sind, wie ja auch von bürgerlicher Seite hervorgehoben wird, noch so viele Mängel und Unvollkommenheiten vorhanden, daß wirklich keine Veranlassung vorliegt, dem Schatzamt Vorberträge zu stellen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn übrigens von konservativer Seite erklärt wird, daß Bestimmungen nichts helfen, wenn sie nur auf dem Papier stehen und nicht ausgeführt werden, so stimmen wir dem zu, merken uns aber gleichzeitig das konservative Jugendschicksal für andere Fälle. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es ist noch viel zu tun, um das Veteranenelend zu lindern. Eine ganze Reihe gerabezu himmelstreichender Fälle sind mir bekannt, doch will ich jetzt darauf verzichten, sie hier zu schildern. Vor allem muß ich immer wieder auf die Notwendigkeit verweisen, die Bestimmungen weitherzig und ohne Kleinlichkeit auszuliegen. Vor allem gilt dies von der so wie so sehr bedenklichen, leider nicht beileitigen Bestimmung über die „Würdigkeit“, die leicht mißbraucht werden kann. Wir erkennen gern an, daß der gegenwärtige Schatzsekretär sich weit entgegenkommender gegen die Veteranen zeigt, als alle seine Vorgänger. Umformere bitten wir ihn, auch fernerehin sich gegen die wahrhaftig berechtigten Wünsche der Veteranen entgegenkommend zu zeigen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Derges (Sp.): Auch ich möchte darum bitten, daß die Ausführungsbestimmungen mit Weitherzigkeit ausgelegt und angewandt werden, namentlich auch die Bestimmung über die Unwürdigkeit als Ausschließungsgrund. Kleine Vergehen von Veteranen dürfen nicht zur Entziehung der Beihilfe führen.

Reichschatzsekretär Wermuth erklärt, daß die Landesoberbehörden angewiesen seien, die Ausführungsbestimmungen, die weit günstiger seien, als die früheren, mit möglichster Weitherzigkeit anzuwenden. Ferner bittet Redner, ihm alle Fälle engherziger Anwendung und Auslegung mitzutteilen.

Abg. Wieland (Sp.) begrüßt die Veteranenbeihilfe, bemängelt aber die Ausführungsbestimmungen.

Abg. Prinz Schnaib-Garslath (natl.) schließt sich dem Dank an den Staatssekretär an, betont mit dem Abg. Schöpflin, daß noch viel zu tun übrig bleibt, und bittet ebenfalls um wohlwollende Auslegung und Anwendung der Ausführungsbestimmungen.

Die Debatte schließt. Bei einem weiteren Titel trägt

Abg. Dr. Neumann-Doser (Sp.) die ungleichenmäßigen Bezüge der Zollbeamten und verwirft u. a. auf die vorigen Ausführungen des Abg. Böhle.

Der Rest des Etats des Reichschatzsekretärs wird debattelos bewilligt.

Der Etat der Schutzgebiete und des Kolonialamts wird debattelos angenommen.

Es folgt der

Etat des Reichseisenbahnamts.

Abg. Hengsbach (Soz.):

Am Schwarzen Weg in Duisburg, wo noch vor einigen Jahren ein schwerer Eisenbahnunfall stattfand, ist am 25. März an gleicher Stelle ein neues Unglück vorgekommen. Als Ursache wird ein Signaldefekt infolge des Sturmes im amtlichen Bericht angegeben. Im amtlichen Bericht wird der Vorgang aber nicht richtig wiedergegeben. Auch die Beamten scheinen angewiesen sein, reinen Mund zu halten, als ich mich nach den Ursachen erkundigte. In der Bevölkerung herrscht nur eine Meinung darüber, daß die „amtlich“ angegebene Ursache nicht richtig ist, daß das Unglück viel-

mehr auf die Unübersichtlichkeit der Besatzungsstärke zurückzuführen sei. In der gleichen Stelle ist neuerdings schon wieder ein Unglücksfall passiert. Die Wehrde sollte doch einmal ernstlich untersuchen, wie weit die Unübersichtlichkeit der Besatzung dieser Unglücksfälle bildet. Die Wehrde sollte die Ursache dieser Unübersichtlichkeit bilden. Die Wehrde sollte die Ursache dieser Unübersichtlichkeit bilden. Die Wehrde sollte die Ursache dieser Unübersichtlichkeit bilden.

Präsident des Reichseisenbahnamtes Wackerzapp erwidert, das vom Vordredner erwähnte Unglück sei tatsächlich darauf zurückzuführen, daß ein Signal durch einen Sturm besetzt wurde.

Der Etat des Reichseisenbahnamtes wird bewilligt.

Es folgt der Etat der Reichspostverwaltung.

Der Etat wird nach unwesentlicher Debatte bewilligt.

Der Allgemeine Pensionsfonds wird ebenfalls bewilligt.

Es folgt der Etat der Reichspostverwaltung.

Abg. Wiesbert (Z.) beantwortet einen Antrag, daß die nicht-entgeltlichen Unterbeamten sowie die zum Aufsteigen in Unterbeamtenstellen bestimmten Arbeiter und Handwerker der Post- und Telegraphenverwaltung spätestens nach zehnjähriger Dienstzeit etatsmäßig angestellt werden.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben. Die Wehrde sollte die Ursache dieser Unübersichtlichkeit bilden.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Hengsbach (Soz.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postlichen Verhältnisse sind noch immer recht dürftig geblieben.

Abg. Dr. Köhler (L.): Ich kann nicht mehr konstataren, daß alle Angriffe gegen uns sich als ganz unschlüssig erwiesen haben. (Widerspruch links.)

Der Etat wird bewilligt.

Abg. Dr. Frank (Soz. [zur Geschäftsordnung]): Da ich zur Sache das Wort nicht mehr bekommen habe, stelle ich zur Geschäftsordnung fest, daß das Gegenteil von dem richtig ist, was Herr Köhler behauptet hat. (Große Heiterkeit und Zustimmung links.)

Das Staatsgesetz wird angenommen, und darauf in der Gesamtsitzung der Etat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten.

Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung am 2. Mai nachmittags 2 Uhr festzusetzen mit der Tagesordnung: Einführungs-gesetz zur Reichsversicherungsordnung in Verbindung mit Gesetzentwurf betr. Aufhebung des Hilfsklassen-gesetzes.

Wegen diese Verbindung wenden sich die Abgg. Kollen-buhr (Soz.) und Hoch (Soz.), denen sich die Abgg. Schulz (Mp.) und Biemer (Sp.) anschließen.

Schließlich wird der Vorschlag des Abg. v. Normann (L.) angenommen, beide Gegenstände jedoch ohne Verbindung auf die Tagesordnung zu legen.

Mit dem Wunsche, sich in den Ferien gut zu erholen, schließt der Präsident Graf Schwerin-Löwitz die Sitzung um 1/8 Uhr.

Aus der Frauenbewegung.

„Wahlrechtsamazonen“ und „Stimmrechtsweiber“.

Unter jenen Blättern, die ihren Kerger über den eindrucksvollen Verlauf unseres Frauenwahlrechtstages am schlechtesten verbergen konnten, standen natürlich die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Germania“ obenan, — der Funke und Arm in Arm mit ihm das Pfäfflein!

Die liebe schwarze „Germania“ betitelte in Nr. 66 unter schönen geistlichen Späßen unsere Frauen als „Stimmrechtsweiber“, „Wahlrechtsamazonen“, „die über Krieg und Frieden entscheiden wollen“. Die würdige Dame sagte, es hieß „einen Stich ins Vettere“, daß „diese Gesellschaft“ an der Eroberung der politischen Macht teilnehmen und die Klassenherrschaft beseitigen will.

Aber diese Heiterkeit scheint doch nicht ungetrübt zu sein; sicherlich war mehr Kerger dabei als richtige Heiterkeit. Wie würde sonst die Zentrums-„Germania“, alle Klugheit beiseite lassend, den Frauen gezeigt haben, wie hinterhältig-verlogen und gegnerisch sich doch im Grande seines Herzens das Zentrum gegen die Frauen verhält. Denn auf dem Katholikentag in Straßburg sprach sich das Zentrum doch auch, wenn auch mit bezeichnenden „Wem“ und „Aber“, für das Frauenwahlrecht aus. Warum denn nun mit einemmal so geschmackvoll „Stimmrechtsweiber“, wo wir so viele Frauen für dieses Recht begeistern?

Aber das Zentrum möchte das Frauenwahlrecht gern als einen Notnagel brauchen für jene Zeiten, wo diese schwarze Gesellschaft bei den Männern vollständig abgewirtschaftet haben wird und sie es doch nicht wagen darf, das verbotene Wahlrecht einfach abzuschaffen. In diesen Zeiten der schweren Not soll das Frauenwahlrecht der rettende Strohalm sein, an dem das Zentrum sich noch eine Weile über Wasser hält, wenn es im Strome der Zeiten, vom er-wachten Klassenbewußtsein der Arbeiter hinweggeschwemmt, elend ertrinken muß. Hier sind wir hoshaft genug zu hoffen, daß bis dahin sein Einfluß unter den Frauen ebenso dahingegangen sein wird, jener Einfluß, den es bis jetzt mit Hilfe seiner besten Agitatoren, der Geistlichen, noch ausübt. Wenn die „Germania“ die Arbeiterinnen noch recht oft als Wahlrechtsamazonen, Stimmrechtsweiber und dergleichen begeistern wollte, dürfte sich diese Entwicklung wahrscheinlich noch schneller als ohnehin vollziehen haben. — Vor ein paar Jahrzehnten, als noch keine Sozialdemokratische Frauenbewegung den Zentrumsdemagogen die Verdauung beschwerte, durften sie sich ihre Trübsal ganz ungestraft mit allerlei Wippen über die Frauenrechte erheitern. In der Wahlrechtszeitung erinnert Genosse Vollmar z. B. daran, wie, als die Sozialdemokratie zum ersten Male in der bayerischen Kammer die Anträge auf Frauenrechte einbrachte, der Führer des Zentrums meinte, die Frauen sollten lieber Semden nähen, als sich um Politik bekümmern. Und die ganze Kammer stimmte dieser Weisheit unter allgemeiner Heiterkeit zu. Seitdem aber der Wellenschlag unserer Bewegung auch bis zu den katholischen Frauen gedrungen ist, müssen die schwarzen Volksfreunde sich der Not gehordend auch mit der Frauenfrage beschäftigen. In Straßburg sind sie anscheinend etwas zu hitzig gewesen — noch ist die Stunde des Frauenwahlrechts für das Zentrum nicht gekommen — und so versuchen sie es vorläufig noch mit allerlei himmlischen Ritzuren. Deshalb faßt der Katholikentag in Köln den Beschluß, die katholischen Frauen recht eng in ein Netz von religiösen Vereinen zu verstricken.

Der Katholikentag in Düsseldorf sang wieder dieselbe Frauen-Rattenfänger-melodie. Gleich in der ersten Festversammlung schilderten die Festredner mit schönen Worten, wie die Frauen und Jungfrauen den katholischen Frauenvereinen beitreten und all ihren Einfluß auf die Männer anwenden sollen, damit dieselben bei den Reichstagswahlen den richtigen Gebrauch vom Stimmzettel machen. Also diese Frauen sollen gewissermaßen organisierte Wahlschlepperinnen sein; sie sollen die gefährdeten Zentrumsstimmen beitreten und überhaupt die Männer sein am schwarzen Gängelbände halten helfen. Die Zentrumspfäfflein spielen den Wählern mit Überglauben und Höllenschreien auf, und soweit das noch nicht hilft, bearbeiten dann die geistlich inspirierten Frauen die Männer auf ihre Weise. Das ist die „Frauenbewegung“, wie die Leithammel im Zentrum sie sich vorläufig denken; gegen solche „Wahlweiber“ hat auch die „Germania“ nichts einzuwenden.

Diese guten Leute werden sich im kommenden Wahlkampfe wieder in allerlei Gestalt und mit honigsüßen Reden an die Arbeitererschaft herandrängen, und für die Betörung der Frauen werden sie wohl so eine Art Frauen-Reichs-wahrheits-Verband begründen. Aber unsere „Stimmrechtsweiber“ werden ebenfalls auf ihrem Posten sein. Sie werden den in Unwissenheit verblendeten Frauen klarmachen, daß es keine so gefährliche und heuchlerische Partei mehr gibt als gerade das Zentrum.

Die „Stimmrechtsweiber“ quittieren die Schimpfreden der „Germania“ dankend als ein neues Agitationsmaterial gegen das Zentrum. Sie sind ein Beweis, in wie tiefster Seele es dem Zentrum verheißt ist, daß die Frauen erwachen und politisch mündig zu werden beginnen.

Die „Stimmrechtsweiber“ quittieren die Schimpfreden der „Germania“ dankend als ein neues Agitationsmaterial gegen das Zentrum. Sie sind ein Beweis, in wie tiefster Seele es dem Zentrum verheißt ist, daß die Frauen erwachen und politisch mündig zu werden beginnen.

Die „Stimmrechtsweiber“ quittieren die Schimpfreden der „Germania“ dankend als ein neues Agitationsmaterial gegen das Zentrum. Sie sind ein Beweis, in wie tiefster Seele es dem Zentrum verheißt ist, daß die Frauen erwachen und politisch mündig zu werden beginnen.

Die „Stimmrechtsweiber“ quittieren die Schimpfreden der „Germania“ dankend als ein neues Agitationsmaterial gegen das Zentrum. Sie sind ein Beweis, in wie tiefster Seele es dem Zentrum verheißt ist, daß die Frauen erwachen und politisch mündig zu werden beginnen.

Die „Stimmrechtsweiber“ quittieren die Schimpfreden der „Germania“ dankend als ein neues Agitationsmaterial gegen das Zentrum. Sie sind ein Beweis, in wie tiefster Seele es dem Zentrum verheißt ist, daß die Frauen erwachen und politisch mündig zu werden beginnen.

Die „Stimmrechtsweiber“ quittieren die Schimpfreden der „Germania“ dankend als ein neues Agitationsmaterial gegen das Zentrum. Sie sind ein Beweis, in wie tiefster Seele es dem Zentrum verheißt ist, daß die Frauen erwachen und politisch mündig zu werden beginnen.

Die „Stimmrechtsweiber“ quittieren die Schimpfreden der „Germania“ dankend als ein neues Agitationsmaterial gegen das Zentrum. Sie sind ein Beweis, in wie tiefster Seele es dem Zentrum verheißt ist, daß die Frauen erwachen und politisch mündig zu werden beginnen.

Die „Stimmrechtsweiber“ quittieren die Schimpfreden der „Germania“ dankend als ein neues Agitationsmaterial gegen das Zentrum. Sie sind ein Beweis, in wie tiefster Seele es dem Zentrum verheißt ist, daß die Frauen erwachen und politisch mündig zu werden beginnen.

Die „Stimmrechtsweiber“ quittieren die Schimpfreden der „Germania“ dankend als ein neues Agitationsmaterial gegen das Zentrum. Sie sind ein Beweis, in wie tiefster Seele es dem Zentrum verheißt ist, daß die Frauen erwachen und politisch mündig zu werden beginnen.

Die „Stimmrechtsweiber“ quittieren die Schimpfreden der „Germania“ dankend als ein neues Agitationsmaterial gegen das Zentrum. Sie sind ein Beweis, in wie tiefster Seele es dem Zentrum verheißt ist, daß die Frauen erwachen und politisch mündig zu werden beginnen.

und wegen Veranstaltung eines Konzertes ohne polizeiliche Erlaubnis auf 4 Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte drei Monate beantragt. Gegen Sehl wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs auf 4 Wochen Gefängnis, gegen Karl Marin und Lorenzer wegen groben Unfug auf je 50 Mark Geldstrafe, gegen Zornick, Ernst Marin und Brack auf je 30 Mark Geldstrafe, gegen Nicola wegen Aufruhr auf 6 Monate Gefängnis und 30 Mark Geldstrafe wegen groben Unfug, gegen Schneider wegen Widerstand, Behinderung und Verletzung auf 6 Monate Gefängnis, den beiden Bedierern wurde die Untersuchungshaft angedroht. In der Begründung führte das Gericht aus, daß die Veranstaltung als eine öffentliche anzusehen sei, und daß gemeinschaftlicher Hausfriedensbruch vorliege.

Bravoruse und Händeklatschen als grober Unfug! Während des Schiedsrechts in Berlin erbat eines Tages der Hoffschmiedemeister Popp polizeiliche Hilfe, indem er sagte, seine Schmiede würde gestürmt. Tatsächlich handelte es sich lediglich darum, daß einige Streikende unter Benutzung eines Zugangs durch eine Kneipe mit den Arbeitwilligen auf dem Hof Fühlung suchten, um sie zum Anschluß an den Streik zu bewegen. Der mit vier Mann heranrückende Polizeileutnant Knyph fand denn auch nichts zu tun. Auf dem Hof war niemand mehr und etwa 100 Personen, die sich infolge des polizeilichen Ueberwachungsdienstes bei Streiks auf der Straße angeammelt hatten, waren bereits im Begriff, sich zu zerstreuen. Da sah der Leutnant, daß jemand durch den schmalen Schmutzstreifen an der Promenade unter der Hochbahn trat. Er befahl einem Schuhmann, den Missetäter festzustellen. Der nahm aber Reißaus. Der Schuhmann kannte hinterher, mußte aber die Verfolgung aufgeben, weil der andere flinker war. Das erregte große Heiterkeit bei dem Publikum. Einige Personen klatschten auch in die Hände und riefen: Bravo! Der Streikende Schmied Bedow, der zwar nicht als Streikposten, sondern aus allgemeinem Interesse an dem Ausgang des Streiks bei Popp sich dort aufhielt, wurde festgenommen und in zweiter Instanz zu einer Woche Haft verurteilt, weil er durch Händeklatschen und Bravorufen groben Unfug verübt habe. Daß er geklatscht und Bravo gerufen habe, nahm das Landgericht trotz des entschiedenen Widerpruchs des Anklägers auf Grund der Aussage des verhaftenden Schuhmanns an, der sich bestimmt geäußert hatte, während die Aussage des Leutnants, der den Befehl zur Verhaftung gab, ziemlich unbestimmt war. Das Gericht führte dann aus, das Verhalten des Angeklagten habe den Charakter einer Verhöhnung der Polizei gehabt, was bei „Streikunruhen“ sehr ins Gewicht falle. Man könnte sich denken, daß dies Bravorufen und Händeklatschen wie ein Signal für die Arbeiter wirken können und daß es geeignet wäre eventuell zu Streikigkeiten Anlaß zu geben. Das Publikum müsse sich beunruhigt fühlen und „zweifellos“ hätten sich auch Passanten dort befunden, die sich beeinträchtigt gefühlt hätten. Es sei eine Gefährdung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung zugleich dadurch in die Erscheinung getreten. Grober Unfug liege vor. In Betracht käme, daß die zum Fortgehen bereits geneigte Menge durch das Klatschen und Bravorufen wieder vorübergehend zum Stillstand gekommen sei.

W. legte Revision beim Kammergericht ein, vor dem ihn Rechts-anwalt Lesser vertret. Er rügte in längeren Ausführungen, daß die Anwendung des Begriffs des groben Unfugs auf den Tatbestand, wie er sich aus den Darlegungen des Landgerichts ergebe, durchaus verfehlt sei.

Das Kammergericht verwarf aber am Sonnabend die Revision mit folgender Begründung: Es sei keine Rechtsnorm verletzt. Ohne Rechtsverstoß habe das Gericht angenommen, daß hier grober Unfug vorlag.

Sonderbare Rechtsauffassung. Ist Bravoruf beim Nihilingen einer Polizeistat grober Unfug — entspricht dann ein Pfuiruf der herrschenden Ordnung?

Vom Krawattenfabrikanten Adolf Steinberg. Herr Steinberg, der bekannte Krawattenfabrikant, war in zweiter Instanz vom Landgericht wegen Verleitung mehrerer Herren (Beamte), die zu seinem Segelschiff gehörten, zu einer Geldstrafe von 600 M. verurteilt worden. Jetzt hatte das Kammergericht über seine Revision zu befinden. Die Sache ist immerhin so interessant, daß wir den Sachverhalt unseren Lesern mitteilen wollen.

Der „Deutsche Jachtklub“, der dem Segelsport huldigt, hatte zu seinem Vorsitzenden Herrn Krawattenfabrikanten Adolf Steinberg. Aus irgendwelchen Gründen hatten sich im Klub zwei Parteien gebildet. Es kam zu Ausschüssen von Mitgliedern, zu Protesten dieser Mitglieder in einer Generalversammlung, wo ihr Protest verworfen wurde. In derselben Versammlung stellte ein Anhänger der Partei des Vorsitzenden den Antrag, Herrn Steinberg für seine dem Verein geleisteten Dienste als Entschädigung 1000 — tausend — Mark zu bewilligen. In den Verhandlungen darüber fiel auch nebenbei eine Bemerkung von einer nahe bevorstehenden Pfändung von Vereinsbooten. Einige Herren kamen auf den Gedanken, daß sich Herr Steinberg eventuell für seine Bemühungen an einem Vereinsboot schadlos halten könnte. Sie veranlaßten, daß das beste Boot, die „Havel“, von seinem Ankerplatz entfernt und irgendwo in Verwahrung gegeben wurde. Herr Steinberg machte namens des Vorstandes bei der Staatsanwaltschaft Anzeige, daß der Verein Anlaß habe, anzunehmen, daß das Boot durch verschiedene Vereinsmitglieder entwendet worden sei. Er ersuchte hierbei aber, daß er inzwischen von verschiedenen Herren ein Schreiben erhalten hätte mit der Mitteilung, daß die „Havel“ von Vereinsmitgliedern entfernt und anderweitig zur Verwahrung untergebracht sei, um zu verhindern, daß St. das Vereinsvermögen für sich verwende. Mehrere Beamten gehörten zu diesen Herren, die so von Herrn St. dachten. Namens des Vereinsvorstandes schrieb Herr Steinberg an die vorgesetzten Behörden dieser Beamten, zum Beispiel an den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, und teilte diesen Behörden mit, daß er Strafantrag wegen Diebstahls gestellt habe. Auch in diesem Schreiben unterließ er es, von dem Schreiben der Herren, daß das Boot nur anderweitig verwahrt werden solle, Mitteilung zu machen. In einer späteren Versammlung kam es noch zu einem Krach. Bereits ausgeschlossene Mitglieder wollten teilnehmen an der Verhandlung über einen Antrag, einen neuen Vorstand zu wählen. Steinberg erklärte, alle ausgeschlossenen Mitglieder hätten sich zu entfernen. Widerspruch ließ er nicht zu. Nunmehr verließen 14 Herren das Lokal, gingen in ein anderes Restaurant, konstituierten sich hier als Generalversammlung des Klubs und wählten einen neuen Vorstand. Der Verein ist ein eingetragener. Die Herren beantragten beim Vereinsregister die Eintragung des von ihnen gewählten Vorstandes an Stelle des von Steinberg präsidierten Vorstandes. Nun ließ Herr Steinberg durch eine Angestellte gegen sie Strafanzeige wegen intellektueller Urkundenfälschung und betrügerischer Manipulationen erstatten. Dies läge in dem Antrage auf Einschreibung des angeblichen neuen Vorstandes, weil der Beschluß und die Wahl nicht befugt gewesen sei. Auf Antrag Steinbergs wurden dann von den Herren der neuen Konstitution verschiedene durch den alten Vorstand ausgeschlossene Mitglieder durch den neuen Vorstand als Mitglieder Strafanzeige gegen Steinberg wegen falscher Anschuldigung, Verleumdung um. Seitens Steinbergs ging später ein neues Schreiben an die schon erwähnten vorgesetzten Behörden ab, wo die Beschuldigungen gegen die betreffenden Beamten wiederholt wurden.

Auf Grund dieses Tatbestandes erfolgte die Verurteilung Steinbergs in zweiter Instanz zu 600 M. Das Amtsgericht war noch weiter gegangen. Es hatte auf Gefängnis erkannt. Das Landgericht nahm nur drei Fälle der Verleitung an, während das Amtsgericht mit fünf Fällen gerechnet hatte. Das Landgericht meinte u. a.: Wenn der Vorstand glaubt, beschließen

Das Urteil im Prozeß gegen den „Lorraine (portiv)“ wurde gestern abend verhandelt. Es lautete gegen Samain wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs auf 6 Wochen Gefängnis

Gerichts-Zeitung.

Das Urteil im Prozeß gegen den „Lorraine (portiv)“ wurde gestern abend verhandelt. Es lautete gegen Samain wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs auf 6 Wochen Gefängnis

zu sein, dann hätte er allerdings ein berechtigtes Interesse an der Wiedererlangung des Bootes. Dieses berechtigste Interesse würde aber hinreichend gewahrt sein durch die Strafandrohung. Im übrigen hätte Steinberg zu der Ansicht kommen müssen, daß die Behauptung eines Diebstahls sich nicht beweisen lassen und daß die Möglichkeit bestand, daß die anderen die Boote nur sicherstellen wollten, gleichsam einen Akt der Selbsthilfe vorgenommen hätten. Er hätte das Schreiben der Leute, das davon sprach, der Staatsanwaltschaft in der Anzeige mitteilen müssen, und hätte nicht die unbestimmte Äußerung tun dürfen, es läge Anlaß zu der Annahme vor, daß das Boot gestohlen sei. Dann fielen besonders in Gewicht die Schreiben an die vorgelegte Behörde der verdächtigen Beamten. Mit Rücksicht auf den Charakter der üblen Nachrede und auf die Schwierigkeiten, die den Beamten bei ihrer Behörde erwachsen, sowie mit Rücksicht darauf, daß er schon zweimal wegen Verleumdung bestraft sei, müsse die Strafe in der erkannten Höhe ausgesprochen werden.

Das Kammergericht verwarf am Sonnabend die von Steinberg eingelegte Revision.

Die Höflichkeit des Droschkentuschers.

Dem Droschkentuscher wird durch die Droschkenordnung die Pflicht auferlegt, gegenüber seinen Fahrgästen sich der Höflichkeit zu befleißigen. Gegen diese Pflicht sollte ein Kraftdroschkentuscher Walter verstoßen haben, der deshalb sich vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte zu verantworten hatte. Der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Wagner hob bei der Feststellung der Personalien des Angeklagten hervor, daß dieser für einen Droschkentuscher „auffallend wenig bestraft“ sei, in fünfzehnjähriger Berufstätigkeit nur viermal und im Höchstfall nur mit 3 Mark. Diesmal wurde Walter beschuldigt, daß er einen Fahrgast, dem Bankbeamten Hans Liebhardt, angeboten habe, ihm „eins in die Presse zu hauen“. Der Angeklagte bestritt das nicht, aber er beschwerte sich, daß Herr Liebhardt, der sehr aufgeregt gewesen sei, mit Verleumdungen den Anfang gemacht habe. Liebhardt habe zu Kroll gewollt, er aber habe verstanden „zur Traube“, und unterwegs habe dann Liebhardt ihn mit Vorwürfen überhäuft, daß er falsch fahre. Auch habe Liebhardt gefragt, ob er blödsinnig, ob er besoffen sei, und das habe ihn ganz besonders gekränkt, so daß er sich zu jener Äußerung hinreizen ließ. Daß Walter nicht betrunken gewesen sein könne, bestätigte vor Gericht der Schuhmann Doerge, den damals Liebhardt um Ratierung des Kutschers ersucht hatte. Kraftdroschkentuscher Falkenberg, der bei Walters Abfahrt vom Droschkenhalteplatz zugegen gewesen war, befandete, auch er habe als Ziel der Fahrt verstanden „zur Traube“. Der Bankbeamte Liebhardt selber behauptete, deutlich und wiederholt gesagt zu haben, daß er zu Kroll wolle. Als der Kutscher unterwegs auf seinen Irrtum aufmerksam gemacht worden war und die Route geändert hatte, sei er schließlich noch falsch um die Siegesallee herumgefahren. Da habe Liebhardt ihn gefragt, ob er betrunken sei; die Worte „besoffen“ und „blödsinnig“ habe er nicht gebraucht. Zeuge Schuhmann Doerge erklärte hierzu, daß nach der Polizeivorschrift über die Anfahrt vor Kroll der Angeklagte nicht anders fahren dürfe. Der Amtsanwalt erkannte an, daß ein Mißverständnis vorlag, und daß Walter, als der Fahrgast ihn zur Rede stelle, in Erregung geriet, die man ihm zugute halten könne. Das Urteil lautete, in Uebereinstimmung mit dem Antrag des Amtsanwalts, auf Freisprechung. Walter sei unhöflich gewesen, aber der Sinn jener Vorschrift der Droschkenordnung sei doch nicht der, daß ein Kutscher unter allen Umständen höflich sein müsse. Das Gericht sehe als erwiesen an, daß der Kutscher sich zur Unhöflichkeit nur habe hinreizen lassen, weil er von dem Fahrgast in schroffer Weise zur Rede gestellt worden sei. Ein überraschend verständiges Urteil!

Ueberschreitung des Züchtigungsrechts

wurde dem Lehrer Heinrich Berlin vorgeworfen, der gestern unter der Anklage der fahrlässigen Körperverletzung vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I stand. Der Angeklagte ist Lehrer an der Gemeindeschule in Groß-Lichterfelde und nahm im Juni v. J. Veranlassung, einen seiner Schüler, den Knaben Rudowski, der in der Rechenstunde fortgesetzt un aufmerksam war, mehrmals von seinem Platz heranzuziehen und mit einem Kohlrud zu züchtigen. Der Stod, welcher dabei in Anwendung kam, war etwa einen halben Meter lang und hatte die Stärke eines Bleistifts. Der Lehrer hatte nach Aussage seiner Schüler mit diesem Stod dem Jungen nach und nach etwa zwölf Hiebe über die Schultergegend und den Rücken verabfolgt. Nachdem der Junge zu Hause über Schmerzen geklagt hatte, ging die Mutter mit ihm zu dem praktischen Arzt Dr. Dumitich, der an dem Körper des Jungen eine ganze Anzahl blutunterlaufener Striemen feststellte, die nach seiner Meinung von recht heftigen Mißhandlungen herrühren mußten. Der Vater des Jungen hat dann später, als der Lehrer Berlin ihn wegen Verleumdung zur Anzeige gebracht hatte, Strafandrohung wegen Körperverletzung erlassen. In der gestrigen Verhandlung wurde außer dem Nestor und mehreren Schülern auch der Gerichtsarzt Dr. Marg vernommen. Er befandete, daß Schläge mit einem so dünnen Stöckchen an sich nicht bedenklich seien und die von Dr. Dumitich beobachteten Striemen möglicherweise sich dadurch erklären lassen, daß der Knabe sehr dünn angezogen gewesen sei und eine sehr empfindliche Haut habe. Der Staatsanwalt hielt doch eine Ueberschreitung des Züchtigungsrechts für vorliegend und beantragte 40 M. Geldstrafe. Das Gericht erkannte dagegen leider auf Freisprechung.

Krawattenakademie.

Ein kleiner Kongreß von Krawattennäherinnen entwickelte sich gestern vor dem kleinen Schwurgerichtssaal, in welchem die vierte Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Krüger eine Betrugsanklage gegen den Kaufmann Adolf Steinberg und dessen Ehefrau verhandelte. Die vorgeladenen Frauen und Mädchen waren größtenteils ehemalige Schülerinnen der „Erlsen Deutschen Krawattennäher-Akademie“, die von den Angeklagten ins Leben gerufen worden war. Ein großer Teil dieser von der Staatsanwaltschaft aufgebotenen Belastungszeugen fühlte sich dadurch geschädigt, daß sie auf Grund der Prospekte der Angeklagten, in denen ihnen nach ihrer Meinung eine dauernde Arbeitsgelegenheit nach absolvierter kurzer Lehrzeit versprochen wurde, die Akademie besuchten, das Eintrittsgeld bezahlten und nachher sich in ihren Hoffnungen bezüglich der Arbeitsgelegenheit getäuscht sahen. Der Angeklagte bestritt die dargelegten Tauschung und verweist auf den angeblich klaren Wortlaut des von jeder einzelnen Schülerin unterschriebenen Vertrages. Er betont immer wieder mit großem Nachdruck, daß seine Akademie nach streng realen Grundsätzen geleitet worden sei. Den Belastungszeugen des Staatsanwalts stellt der Angeklagte eine große Zahl von Entlassungszeugen gegenüber, so daß für die nächsten drei Verhandlungstage schon über 130 Zeugen geladen werden mußten. Die Anklage vertritt Affessor Dr. Friedersdorf, die Angeklagten werden von Rechtsanwalt Goldberg verteidigt. Als Sachverständige wohnen Kaufmann Schröder-Karlshorst und Fabrikant Karl Weber (Kampe u. Weber) der Verhandlung bei. Wir werden das Urteil mitteilen.

Wanzig Schnäpse als Todesursache.

Wegen fahrlässiger Tötung sind am 3. Februar vom Landgericht Frankfurt a. O. der Gastwirt Paul Medlich und der Kellerer John beurteilt worden, der erstere zu einem Monat, der letztere zu einer Woche Gefängnis. Der Arbeiter Neumann hatte an einem Freitagabend in der Wirtschaft Medlich schon reichlich Bier und Schnaps getrunken. Er räumte sich, er könne noch 20 Schnäpse trinken. John erklärte sich bereit, die Schnäpse zu bezahlen, wenn Neumann sie trinken könne. Der herbeigerufene Medlich erklärte: so etwas gibt es nicht in meinem Lokal, ließ aber dann seinen

Widerspruch fallen. Neumann trank die 20 Schnäpse wirklich aus und wurde dann, da er völlig betrunken war, nach Hause geleitet. Er ist am Dienstag tot im Bette vorgefunden worden und an Alkoholvergiftung gestorben. Das Verbalten beider Angeklagten ist die Ursache seines Todes gewesen. John hätte die Schnäpse nicht bezahlen dürfen und Medlich hätte derartige Wässerei in seinem Lokal verhindern müssen.

Die von beiden Angeklagten eingelegte Revision wurde am Freitag vom Reichsgericht verworfen.

Derartige Saufpartien und Saufspiele sind nicht nur hirnlose Albernheiten, sondern moralisch durchaus zu verurteilende unverantwortliche Handlungen, auch wenn sie keinen so schweren Nachteil nach sich ziehen.

Das Ende eines Ordnungsmannes.

Am Montag wurde der Gerichtsfunktionär Paul Preuß aus Eberleben in Schwarzburg-Sondershausen vom Erfurter Schwurgericht wegen Unterschlagung von amtlichen Geldern im Betrage von 12 000 M. zu 2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Mann zählte zu den Honoratioren Eberlebens, war Stadtverordneter der Ordnungspartei und fungierte auch oft als stellvertretender Amtsanwalt am dortigen Schöffengericht. Preuß konnte sich ungehindert jahrelang an amtlichen Geldern vergreifen, ohne daß seine vorgelegte Behörde eingriff. Vor Gericht wurde festgestellt, daß die Kasse, deren Rechnungsführer Preuß war, seit dem Jahre 1890 nicht revidiert wurde. Diese verwaltungstechnische Eigentümlichkeit hatte sich der Mann zunutze gemacht.

Versammlungen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Die am Sonntag abgehaltene Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin stellte 67 Kandidaten für die Wahl der Delegierten zum Verbandstage auf. Zu wählen sind 88 Delegierte. Die Wahl wird am 23. April vorgenommen. — In Spandau war versuchsweise die Stelle eines besoldeten Bezirksleiters eingerichtet worden. Da diese Einrichtung sich gut bewährt hat, so beschloß die Versammlung, dieselbe zu einer dauernden zu machen und die Stelle des besoldeten Spandauer Bezirksleiters zur Bewerbung auszuscheiden. — Ein von den Vertrauensmännern der Siemenswerke gestellter Antrag, für diese Werke einen besoldeten Bezirksleiter provisorisch anzustellen, wurde nach kurzer Debatte angenommen. Die Stellung wurde dem bisherigen Bezirksleiter Lüd übertragen. — Hieraus kam ein aus Mitgliederkreisen gestellter Antrag zur Verhandlung, welcher eine Aenderung der mittleren Verwaltung fordert und zwar nach der Richtung, daß die Zahl der neben den Bezirks- und Branchenleitern in der mittleren Verwaltung stehenden Verbandsangestellten beschränkt werde. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Eine Versammlung der Filiale I des Zentralverbandes der Lederarbeiter beschäftigte sich am Sonntag mit den Streik in der Handschuhfabrik von Friß Wollmann. Niedergelegt wurde die Arbeit bei dieser Firma am Sonnabend vor acht Tagen, nachdem auf friedlichem Wege die Durchführung der sehr bescheidenen Forderungen nicht möglich war. Verlangt wird eine geringe Erhöhung der Akkordpreise, durch die nicht einmal erreicht wird, was andere Firmen bereits zahlen. Es handelt sich um Zulagen von 2 Pf. auf das Paar Handschuhe für die Zuschneider, bei einzelnen Sorten, die nur selten vorkommen, um 3 oder 4 Pf. Bei früheren Lohnbewegungen hat sich Herr Wollmann immer hartnäckig geweigert, mit der Organisation zu verhandeln, ja er war nicht einmal für Verhandlungen mit den Arbeitern selbst zu haben; jetzt ist er aber doch wohl zu einer anderen Auffassung gekommen. In einem Schreiben vom Mittwoch voriger Woche erklärte er sich zu Verhandlungen mit den Vertretern des Lederarbeiterverbandes bereit, und am Freitag wurde dann auch verhandelt. Zu einer Einigung ist es allerdings noch nicht gekommen. Herr Wollmann erklärte schließlich, daß er erst mit seinem Sohne Rücksprache nehmen müsse. Es bleibt also abzuwarten, was dabei herauskommt. Die Streikenden horren einmütig im Kampfe aus, und die Versammlung erklärte sich mit ihrem Vorgehen einverstanden. — Ein weiterer Punkt der Tagesordnung bezog sich auf die finanzielle Stärkung des Verbandes, eine Frage, die den bevorstehenden Verbandstag der Lederarbeiter beschäftigen wird. Die Filiale wird dazu noch in einer späteren Versammlung Stellung nehmen. Ferner wurde über die diesjährige Reiseleiter beraten. In den Glacélederfabriken bietet die Durchführung der Arbeitsruhe keine Schwierigkeiten; es ist dort nur nötig, daß die Arbeitgeber im Voraus in Kenntnis gesetzt werden, damit sie ihre Dispositionen danach treffen können. Mit den Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Partei über die Besteuerung zum Waisfonds erklärte sich die Versammlung ohne Widerspruch einverstanden.

Der Zentralverband der Stukkateure nahm in einer am Montag abgehaltenen Generalversammlung den Massenbericht vom ersten Quartal entgegen und beschäftigte sich dann mit dem bevorstehenden Verbandstage. Der Vorsitzende Bengels führte hierzu aus, der wichtigste Punkt der Tagesordnung sei die Frage der Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverbande, die schon frühere Verbandstage beschäftigte. Im Hinblick darauf, daß der Zusammenschluß die Kraft der Organisation im Kampfe gegen die Unternehmer stärkt, könnten die Kollegen der Verschmelzung grundsätzlich zustimmen unter der Voraussetzung, daß im Bauarbeiterverbande die Eigenarten ihres Berufes gewahrt werden, besonders in der Hinsicht, daß in den Orien, wo noch Brauch und Verkommen Stukkateurarbeiten durch Maurer ausgeführt werden, dies nicht unter dem tarifmäßigen Lohn der Stukkateure geschieht. Eine andere dem Verbandstage vorliegende wichtige Frage sei die Einführung der Erwerbslosenunterstützung. Man werde damit rechnen müssen, daß der Verbandstag dieselbe beschließen werde. Ein Hindernis der Verschmelzung, wie von manchen Seiten angenommen werde, dürfte daraus wohl nicht entstehen.

Die Versammlung stellte die Kandidaten zur Delegiertenwahl für den Verbandstag auf.

Bezüglich der Reiseleiter empfahl Bengels namens der Ortsverwaltung, daß die Stukkateure den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern und die demwegen ausgesparten die statutenmäßige Unterstützung erhalten. — Ohne Debatte stimmte die Versammlung diesem Vorschlage einstimmig zu.

Aus aller Welt.

Ein Opfer amerikanischer Justiz.

Das Justizhaus zu Pittsburg gab dieser Tage einen 62-jährigen Mann mit gesunkener Gesicht und eingesunkenen Augen, den ungarischen Arbeiter Andrew Toth, frei, der vor fast vollen zwanzig Jahren mit zwei Kameraden das Opfer eines schrecklichen Justizverbrechens wurde. Wegen Mordes an einem streikbrechenden „Bormann“ wurden die drei Arbeiter im Jahre 1891 zum Tode verurteilt, um danach zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe „begnadigt“ zu werden. Die beiden Schicksalsgenossen Toths wurden, nachdem ihre Unschuld erwiesen, schon vor mehreren Jahren der „Freiheit“ wiedergegeben; Toth selber dagegen dankt seine endliche Befreiung nur dem Totenbettgeständnis eines Mannes, der kürzlich in seiner ungarischen Heimat starb.

Der Tragödie erster Teil spielte zu der Zeit, als die technische Entwicklung in der pennsylvanischen Eisen- und Stahlindustrie Scharen von „gekränkten“ amerikanischen Arbeitern und Handwerkern überflüssig machte, deren Stellen, soweit erforderlich, mit den charakteristischsten fogenannten „hands“ oder „machins hands“ besetzt wurden, wie die massenhaft einwandernden oder eingeführten slawischen Proletarier sie lieferten. Bei den Vorgängen, die zu den Schandprozessen gegen Toth und seine beiden Landsleute führten, handelte es sich um einen Streik der Arbeiterschaft des Stahlwerks

der „Edgar Thompson Company“ zu Gradock bei Pittsburg. Die slawischen Arbeiter rebolierten gegen ständige Lohnabzüge und gemeine Behandlung, und die Stellen der Streikenden wurden prompt von Leuten eingenommen, die meist früher durch die Slawen aus der Beschäftigung in dem Stahlwerk verdrängt worden waren. Es kam zu einer Reihe von Zusammenstößen, und bei einer solchen Gelegenheit wurde ein Vorarbeiter oder Meister der Firma, Michael Quinn, so böse mitgenommen, daß er nicht lange danach starb. Natürlich tobte nun sofort ein Entrüstungssturm gegen die fremdländischen Arbeiter los und Toth wurde mit zwei anderen Streikenden des Nordes angeklagt und auch richtig für überführt erklärt. Daß dieser Jurisprudenz nur ein Ausfluß brutalsten Klassenhasses gegen die Arbeiter war, stand bei der Natur des zutage geforderten Beweismaterials von vornherein fest. Trotzdem wurde dieser „Wahrspruch“ von dem Richteramt, das dort die Macht hat und auf kapitalistisches Geheiß auch immer bereit ist, Beschworenenverdikte beiseite zu schieben, strotz akzeptiert, und sämtliche drei Angeklagte wurden zum Tode verurteilt. Eine Veröffentlichung des „Vorwärts“, der Wochenausgabe der „New Yorker Volkszeitung“, lenkte zuerst die Aufmerksamkeit der weiteren Öffentlichkeit auf den geplanten dreifachen Justizmord, und bald wurde nun Geld für einen neuen Prozeß gesammelt, denn ohne Geld, und zwar recht viel bares Geld, kann kein Mensch bei der amerikanischen Gerechtigkeit auf Erfolge hoffen. In diesem Falle war jedoch der erwählte „Gnadentakt“ des Gouverneurs von Pennsylvania alles, was im Interesse der beurteilten drei Männer zu erreichen war.

Daß sich ihnen die Tore des Zuchthauses doch noch einmal öffneten, ist das Verdienst ihrer Kameraden und Landsleute da draußen sowie wieder der sozialistischen Presse. Vor mehreren Jahren gelang es denn auch, zwei von ihnen dem Zuchthause zu entreißen. Nur für Andrew Toth schien es keine Rettung zu geben. Es glückte nicht, die erbliche Bekundung eines amerikanischen „Gendarmen Mäntel“, der gesehen haben wollte, wie Toth den Vorkamm mit einer Schaufel bearbeitete, zu erschüttern, bis dann schließlich die erlösende Kunde von der Totenbette-Verichte aus Ungarn kam. Selbst dann ließ sich der unheilvolle Bureaustatismus noch mehrere Monate Zeit, ehe er mit Andrew Toth das Opfer einer der schändlichsten Untaten der Massenjustiz fahren ließ. Von einer noch so largen Entschädigung für die unschuldig erlittenen Qualen zweier Jahrzehnte — ganz zu schweigen von der Schmach und namenlosen Marter des Todesurteils, das seinerzeit über des Schuldlosen Haupt schwebte — ist gar nicht die Rede, handelt es sich doch „nur“ um einen dieser „Summen“, um einen ausländischen Proletarier.

Halt Kollege!

Als in der vorigen Nacht in Lyon zwei Geheimpolizisten mehrere skandalisierende Apathen verhaften wollten, eilten zwei uniformierte Schupleute ihren ziviltragenden Kollegen zur Hilfe. Die uniformierten glaubten anfangs, daß es sich um eine Verbrecherbande handle und gaben, trotz der Zurufe der Geheimpolizisten, mehrere Schüsse ab. Einer der Geheimpolizisten wurde lebensgefährlich verletzt, während ein Apache nur leichtere Verletzungen davontrug. Die beiden uniformierten Schupleute wurden in Haft genommen.

Da sind die Beamten des Herrn v. Jagow besser instruiert. Die haben in unangenehmen Situationen einfach nur den Stod — Knüttel darf man nicht sagen! — hoch gehoben und „Halt Kollege!“ gerufen. Keiner von ihnen wurde totgeschlagen, sondern nur ein armer alter Arbeiter.

Ein russischer General als Mädchenhändler.

Ein Stück echt russischer Kulturgeschichte ist vor dem Riewer Gericht aufgerollt worden. Eine Gesellschaft von elf Personen der angesehensten Kreise, unter ihnen ein General, ein Rechtsanwalt und ein Großgrundbesitzer, hatte sich wegen Mädchenhandels zu verantworten. Schon seit vielen Jahren hatte die saubere Gesellschaft es verstanden, Mädchen aus den vornehmsten Kreisen an sich zu locken und sie an die Freudenhäuser des Auslandes, auch überseeischer Länder zu verkaufen. Ein großer Teil der „Ware“, unter der sich 14- und 15-jährige Kinder bekannter Familien befanden, ging nach Rumänien und Griechenland.

Sturmschäden auf der Ostsee.

Infolge Schneesturmes sind in der vergangenen Nacht an der pommerischen Küste bei Leba zwei Segler gestrandet, der Segler „Miranda“ aus Hamburg, der von Stade mit Holzladung nach Königsberg bestimmt war, und ein unbekanntes holländisches Segelschiff mit Zement beladen, ebenfalls nach Königsberg bestimmt. Von dem deutschen Segler ist der Kapitän ertrunken, drei Mann der Besatzung sind gerettet, von dem holländischen sind sechs Mann der Besatzung gerettet. Ebenfalls auf der Höhe von Leba wurde heute morgen ein Schiff in sinkendem Zustand gesehen. Ferner ist in der vergangenen Nacht ein Dreimaster bei Heisterneß gestrandet. In Leba selbst ist ein großer Teil der Däne weggerissen und das Rathaus schwer beschädigt.

Kleine Notizen.

Schwerer Straßenbahnunfall. Ein folgenschwerer Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen ereignete sich im Rheinlande zwischen den Orten Bins und Linden. Ein den steilen Winger Berg herunterkommender Wagen stieß mit voller Wucht auf einen unten am Fuße des Berges haltenden Wagen. Eine große Anzahl von Personen wurde verletzt, darunter viele schwer.

Ein betrügerischer Spetulant. In Bremen wurde der Juniorchef der bekannten Baumwollfirma Gebr. Plate, Albert Plate, wegen mehrerer Betrugsfälle verhaftet. Wegen der Firma wurde Kontursverfahren eröffnet. Der Umgang der ungedeckten Verpflichtungen läßt sich noch nicht übersehen, da auch Büchersicherungen vorliegen sollen.

Auch eine Verkehrsstatistik. Wie aus einer dieser Tage veröffentlichten englischen Statistik hervorgeht, sind im Jahre 1910 in England 655 Personen infolge von Wagenunfällen getötet worden, gegen 645 im Vorjahr. Durch Wagen mit Motorbetrieb sind 673 tödliche Unfälle verursacht worden gegen 508 im Jahre 1909. Davon wurden 97 Unfälle durch Autobusse und 112 durch Straßenbahnwagen hervorgerufen. Einen tödlichen Ausgang nahmen 13 622 Unfälle gegen 13 725 im Vorjahr.

Von der Pest auf Java. Nach amtlichen Mitteilungen sind auf Java von Anfang Februar bis zum 2. April 105 Erkrankten an der Pest vorgekommen. Von den Erkrankten sind 75 gestorben und 13 geheilt. Am 2. April sind dreizehn Erkrankungen und sieben Todesfälle vorgekommen. Die Seuche ist auf die Bergdistrikte von Penangongan und Karanglo beschränkt.

Marktpreise von Berlin am 3. April 1911, nach Ermittelung des königlichen Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Reinbädel.) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,50. Speisebohnen, weiße 30,00—30,50. Linen 30,00—30,50. Kartoffeln 5,00—9,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,30. Rindfleisch, Bauchstück 1,20 bis 1,70. Schweinefleisch 1,20—1,90. Kalbfleisch 1,20—2,40. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 3,00—4,40. 1 Kilogramm Rapsen 1,20—2,40. Mehl 1,60—3,00. Jambur 1,40—3,60. Heide 1,20 bis 2,80. Barfisch 0,80—2,00. Schlei 1,40—3,40. Mele 0,50—1,50. 60 Stück Streubio 4,00—28,00.

19. Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands.

Leipzig, den 3. April 1911.

Erster Verhandlungstag.

Die Generalversammlung ist besucht von 120 Delegierten. Ferner nehmen an derselben teil Vorstand und Gauleiter sowie Vertreter der Bruderorganisationen in Dänemark, Oesterreich und Ungarn.

In der Vormittags-Sitzung erstattete der Verbandsvorsitzende Schrader den Bericht des Vorstandes. Es erfolgte dann die Berichterstattung des Kassierers, des Redakteurs, des Ausschusses, der Preiskommission und der Revisoren.

Die Diskussion wurde über die einzelnen Berichte getrennt, zuerst über den Hauptvorstandsbericht geführt. Da nur wenige Redner, diese vornehmlich wegen der vorjährigen Bauarbeiterausperrung, in sachlichem Gegensatz zum Zentralvorstand traten, ging sie noch im Laufe der Vormittags-Sitzung durch Eröffnung der Rednerliste zu Ende.

recht ermangelte. Dem Redner trat Schmidt-Breslau scharf entgegen. — Auch Radzuhn-Bremen war sehr unzufrieden mit der vorjährigen Bewegung. Den Mitglieðern sei gewissermaßen die Schlinge vom Vorstand über den Kopf zusammengedrückt worden und das Errungene stehe in keinem Verhältnis zur wucherischen Steigerung der Lebenshaltung.

ausgefüllt. Ueber die Ausschussdebatte ist hier weiter nichts zu sagen, da sie vollständig von kleineren und internen Verbandsangelegenheiten handelte. Einen hauptsächlich internen Charakter trug auch die Debatte über das Fachorgan.

Witterungsbericht vom 4. April 1911.

Table with columns: Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. n. u. m., Temp. n. u. v. m.

Wetterprognose für Mittwoch, den 5. April 1911.

Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, aber noch veränderlich mit geringen Niederlagen und frischen nördlichen Winden.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 5. April. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Die Königl. Oper. Schauspielhaus. Die Karolinger. Neues Schauspielhaus. Faust I Teil.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Dr. O. Bongard: Mit dem deutschen Kronprinzen durch Indien.

Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Die lustigen Rabelungen. Sonntag 9 1/2 Uhr: Das Puppenmüchel.

Residenz-Theater. Direction: Richard Alexander. Anfang 8 Uhr.

Fernands Ehekontrakt. Schwanz in 3 Akten von Georges Feydeau. In deutscher Bearbeitung von Benno Jacobson.

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Die grüne Neune.

Luisen-Theater. Heute und folgende Tage: Aus erster Ehe.

Rose-Theater. Große Frankfurter Str. 122. Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Metropol-Theater. Abends 8 Uhr: Hurra! Wir leben noch!

Schiller-Theater O. Theater. Mittwoch, abends 8 Uhr: Das Urbild des Tartuff.

Schiller-Theater Charlottenburg. Mittwoch, abends 8 Uhr: Der Traum ein Leben.

Berliner Theater. Abends 8 Uhr: Bummelstudenten.

Neues Theater. Täglich: Mein erlauchter Ahnherr.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Mittwoch, den 5. April, 8 Uhr: Revolutionshochzeit.

Wintergarten. Neues Programm! Der sprechende Hund.

Der sprechende Hund. und weitere 12 Attraktionen 12 U. a. Roda Roda. Rauchen gestattet.

Jugendausschuß für Groß-Berlin. Sonntag, den 9. April 1911, abends 7 Uhr, in den „Union-Festsälen“.

Frühlingsfeier. Mitwirkende: Max Grunwald (Festrede), Eduard v. Winterstein (Rezitation), Kammermusik-Vereinigung für Blasinstrumente.

„CLOU“ BERLINER KONZERTHAUS. Heute! und folgende Tage: C. M. Ziehrer.

Potsdamer Sport-Palast. Größter Eispalast der Welt. Allabendlich: Sportliche Vorführungen u. Feerie: „Eisfest an der Newa.“

Noacks Theater. Direction: Robert Ott. Berlin N., Brunnensstraße 16.

Herrnfeld Theater. Die drei sensationellen Novitäten: Das Scheidungs-Souper, Ein Verlobungsgeschäft.

Voigt-Theater. Gesundheitsbrunnen, Badstraße 59. Mittwoch, den 5. April: Der Meineidbauer.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Britton als Mieke im Hosenrock.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Lina Loos mit neuem Repertoire.

Brauerei Friedrichshain. Größter Konzertsaal Berlins. Am 5., 7. und 8. April: Gastspiele von Johann Strauß.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Lina Loos mit neuem Repertoire.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Britton als Mieke im Hosenrock.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Lina Loos mit neuem Repertoire.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Britton als Mieke im Hosenrock.

Berliner Volksoper. Velle-Münchenerstraße 7/8. — 7 1/2 Uhr: Martha.

Zirkus Busch. Mittwoch, 5. April, abds. 7 1/2 Uhr: Gr. Gala-Vorstellung. Bon-Bon.

Königstadt-Kasino. Solamartstr. 72. Neu! Les Orsöles Musikal. Akt. Neu! Victor Ritter.

Folies Caprice. Täglich 8 1/2 Uhr: Soll und Haben.

Karl Haverland-Theater. Kommandantenpr. 8 Uhr. Theaterstr. 77/79.

Alles Dagewesene wird übertroffen vom diesjährig. April-Programm.

Theater Sanssouci Lichtspiele am Kottbuser Tor Hochbahnstation.

Brauerei Friedrichshain. Größter Konzertsaal Berlins. Am 5., 7. und 8. April: Gastspiele von Johann Strauß.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Lina Loos mit neuem Repertoire.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Britton als Mieke im Hosenrock.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Lina Loos mit neuem Repertoire.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Britton als Mieke im Hosenrock.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Lina Loos mit neuem Repertoire.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Britton als Mieke im Hosenrock.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Lina Loos mit neuem Repertoire.

Zirkus A. Schumann. Mittwoch, den 5. April 1911, abends 7 1/2 Uhr.

Automobil-Ueberholungsrennen in d. Luft. Große Sensation ausgeführt von La belle Georgina und ihrem Partner.

Der große Coup der Schmuggler sowie die übrigen Spezialitäten.

Casino-Theater. Roßbringer Straße 37. Täglich 8 Uhr: Zwei Wappen.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/48. Donnerstag, den 6. April 1911: Maria Stuart.

Tanz. Walhalla-Theater. (Königl. Tor.) Weinbergstr. 20. Abends 8 1/2 Uhr: Bravo! Da Capo!

Passage-Panoptikum. Hede Kosch. Das Mädchen aus der Steinzeit! Das Urbild der Reinschönberg!

Germania-Pracht-Säle. Carl Richter. N., Chaussee-Straße 110. Heute Mittwoch: Paul Mantheys Instige Sänger.

Berliner Uk-Trio. Rixdorf-Berlin. Lahnstr. 74, 1-1.

A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Allianzstrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Soweit Vorrat

Besonders billiges Angebot!

Porzellan

reich dekoriert

Kaffeetassen mit Untertassen	18 Pf.
Kaffeetassen mit Untertassen, Schalenform	28 Pf.
Dessertteller	14, 18 Pf.
Butterglocken	48, 68, 85 Pf.
Kaffeetassen	9 Pf.
Kinder-Ess-Service 4 Teile	90 Pf.

1 Waggon Majolika-Blumenkübel 25, 33, 48 bis 1.45

Porzellan

weiss

Speiseteller nach	12 Pf.	Kaffeekannen grosse Formen	38, 48 Pf.
Speiseteller tief	18 Pf.	Kaffeetassen m. Untertassen	14 Pf.
Dessertteller	10 Pf.	Zuckerboxen m. Deckel	18 Pf.
Kompotteller	5 Pf.	Milchtöpfe	7, 8 Pf.
Suppenterrinen Festonform	95 Pf.	Eierbecher	3 Pf.

3000 Kaffeeservice in geschmackvollen Formen und Dekoren.
9 Teile für 6 Personen 1.95 2.90 5.25 16 Teile für 12 Personen, mit Teekanne 6.75

Küchengeräte

Gemüsetonnen	48 Pf.	32 Pf.
Gewürztonnen	22 Pf.	18 Pf.
Essig- oder Oelflaschen	48 Pf.	28 Pf.
Salz- oder Mehlresten	1.35	95 Pf.
Milchtöpfe Satz 6 Stück	2.25	1.10

1 Posten Waschs-service-Schüsseln oder Krüge 98 Pf.

2 Waggon Tafel- u. Kaffee-Serien-Geschirre

Golddekor, „Form Feston“

Speiseteller tief oder nach	33 Pf.	Kartoffelschüsseln mit Deckel	2.10
Dessertteller	22 Pf.	Kaffeekannen	58, 68, 85 Pf.
Kompotteller	15 Pf.	Teekannen	78, 1.10
Bratenplatten	38, 48, 58 Pf.	Milchtöpfe	22, 28, 33 Pf.
Salatschüsseln	68, 95, 1.10	Zuckerboxen	48, 68 Pf.
Saucieren	78, 95 Pf.	Kaffeetassen mit Untertassen	22 Pf.
Suppenterrinen	2.90		

Blaue Karodekor, „Form München“

Speiseteller tief oder nach	33 Pf.	Suppenterrinen	2.90
Dessertteller	25 Pf.	Kartoffelschüsseln mit Deckel	2.45
Kompotteller	20 Pf.	Kaffeekannen	1.15
Bratenplatten	98, 1.35	Teekannen	98 Pf.
Saucieren	1.10	Milchtöpfe	55 Pf.
Salatieren	68, 95 Pf.	Zuckerboxen	68 Pf.
		Kaffee- oder Teetassen mit Untertassen	28 Pf.

Glas

Teller	4, 6 Pf.
Butterdosen	22 Pf.
Citronenpressen	7 Pf.
Salatschüsseln Satz 4 Stück	98 Pf.
Käseglocken Diamantschliff-Imitation	48 Pf.
Butterdosen Diamantschliff-Imitation	38 Pf.
Kompotteller Diamantschliff-Imitation	5, 7 Pf.

Ein Posten

Gasglühstrümpfe

Normalgröße Stück 18 Pf.

Für Restaurateure

massiv Porzellan

Speiseteller	18 Pf.	Kaffeetassen	5, 10, 12 Pf.
Dessertteller	12 Pf.	Kaffeetassen mit Untertassen	15 Pf.
Kompotteller	10 Pf.	Kaffeekannen	28, 38 bis 95 Pf.
Grätenteller	7 Pf.	Bratenplatten	22, 25, 39, 42 Pf.
Weissbier-Pokale	18, 33 Pf.	Bierseidel	19, 20, 24 Pf.

Steingut

Salatschüsseln Satz 7 Stück	95 Pf.
Essenträger m. Biegel 3 Teile, komplett	95 Pf.
Schmalzdosen 2 oder 3 Pfund Inhalt	18 Pf.
Wurstkasten gross	98 Pf.
Kaffeetassen	6 Pf.
Zuckerboxen oder Milchtöpfe	6 Pf.
Marmelade-Dosen mit Aufschrift	22 Pf.

Ein Posten

Gas-Zuglampen

mit Peripherie, Schirm, Bekrönung und Kugelbewegung, komplett 10.75

Emaile

Schmortöpfe	38, 48, 60 Pf.	Wasserkessel m. Saek	1.25, 1.55, 1.85	Schaffnerkannen	45, 60, 70 Pf.	Wasserkannen	48, 75, 95 Pf.
Schmortöpfe mit Ring	55, 65, 80 Pf.	Bratpfannen mit Stiel	35, 38, 48 Pf.	Milchkannen 3 Liter	95 Pf.	Küchenschüsseln	28, 35, 42 Pf.
Kasserollen	30, 38, 42 Pf.	Kaffeekannen	48, 60, 75 Pf.	Durchschläge	48, 65 Pf.	Wassereimer ca. 28 cm	65, 85, 1.10
Kasserollen mit Ring	48, 60, 70 Pf.	Milchtöpfe	45, 48, 60 Pf.	Waschtöpfe	2.95, 3.50, 4.25	Wannen oval	95, 1.75, 2.10
Wasserkessel	95, 1.35, 1.55	Maschinentöpfe	18, 22, 25 Pf.	Waschbecken mit Selbstspül	48, 60, 75 Pf.	Mülleimer mit Deckel und Schrift	95, 2.25

Wassereimer

dekoriert, m. Deckel 1.75 2.25 m. Messingbügel und Knopf 2.45 2.95

Aluminium

Schmortöpfe	70, 95, 1.25
Kasserollen	70, 95, 1.15
Wasserkessel	2.75, 3.50, 4.25

Ein Posten Tischmesser und Scheren

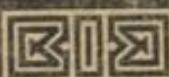
zum Ausschneiden ... Stück 15, 18 Pf.

Wirtschafts-Artikel

Zeppichkehrmaschinen	7.25, 8.75	Gaskocher 3 Kochlöcher	5.50, 6.75	3 Kochlöcher, 2 Wärmestellen	8.50	Gasplätten mit Heizter Garnitur	3.50 vernickelt 4.25
Rosshaarbesen	95, 1.35, 1.65	Bohnerwachs	Dose 50, 70 Pf.	Aermelplättbretter besogen	38 Pf.	Waschständer	75, 95, 1.25
Rosshaarhandfeger	75, 95, 1.15	Stahlspäne	Paket 15 Pf.	Putz- oder Wichskasten	38, 45 Pf.	Waschtische	1.95, 2.45, 2.95
Borstenbesen	65, 80, 95 Pf.	Fensterleder	45, 65, 95 Pf.	Handtuchhalter	95, 1.45	Waschtische geschlossen m. kompl. Garnitur	16.50
Borstenhandfeger	38, 48, 55 Pf.	Balkonkasten grün gestrichen	55, 65, 75, 95 Pf.	Putzkomoden	2.45, 3.50	Zeitungshalter für die Woche	95 Pf.
Schrubber	18, 25, 30, lackiert mit Stiel 42 Pf.	Blumenbretter grün gestrichen	1.25	Presskohlschrank	5.50	Briefkasten	42, 48, 60 Pf.
Scheuerbürsten	10, 15, 20 Pf.	Leitern	Stufe 35 Pf.	Küchenrahmen	2.95, 3.95, 4.95	Bestecke	Paar 42, 48, 75 Pf.
Teppichhandfeger	38, 48, 65 Pf.	Wäschetrockner	95 Pf.	Gazeschränke	3.95, 4.75, 5.75	Alpacka-Teelöffel	18, 25 Pf.
Staubwedel (Straussensodern)	48, 75, 95 Pf.	Waschbretter	45, 55, 75 Pf.	Küchenstühle	1.75, gestrichen 2.25	Alpacka-Esslöffel	35, 48 Pf.
Ausklopfer	25, 35, 45 Pf.	Plättbretter besogen	1.95, 2.45, 2.75	Küchentische lackiert u. gestrichen	6.25, 6.95	Brotmesser	65 Pf.
Klosettbürsten	35, 42, 48 Pf.			Holzkafeemühlen	1.65, 2.25		

Zinkwaschfässer 6.50, 8.50, 9.75 Wandkafeemühlen mit Steingutbehälter 2.25, 2.75 Zinkwaschzuber 6.50, 8.75, 10.50

2000 Waschgarnituren 5 Teile in modernen Dekoren ... 2.25 2.95 bis 7.75 mit reichem Golddekor 2.25 4.25



Todes-Anzeigen



Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis. Görlitzer Viertel. Bezirk 171. Teil I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Klempner **Hermann Manecke** Kottbuser Str. 27 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am Montag, den 3. April, nachmittags 5 1/2 Uhr, verstarb nach einjährigem schweren Krankenlager, im Alter von 47 Jahren, meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante **Anna Witzke** geb. Lange.
Vorhagen-Rummelsburg, 4.4.1911
Oskar Witzke und Wäster.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. April, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Grünberger Straße 9 (Vorhagen-Platz) nach dem Rummelsburger Gemeindefriedhof (Lützstraße) statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner **Hermann Manecke** am 1. April an Herzleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 6. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
114/18 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse d. deutschen Wagenbauer
Bezirk 17.
Am 1. April verstarb nach längerem Leiden unser Mitglied, der Klempner **Hermann Manecke.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. April, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
10995 Die Ortsverwaltung.

Verband der Hut- u. Filzwarenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. (Ortsverwaltung Berlin.)
Todes-Anzeige.
Am Mittwoch, den 29. März, schied freiwillig aus dem Leben unser Kollege **Hans Schulz** im Alter von 24 Jahren.
Die Beerdigung findet heute nachmittags 5 Uhr von der Halle des Marbus- und Andreas-Kirchhofes in Wilhelmberg aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
76/2 Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse d. Deutschen Wagenbauer
Berlin 3.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied **Hermann Strauß** am 1. April im Alter von 40 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Kreis Nieder-Barnim
Bezirk Rummelsburg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Genossin **Anna Witzke** geb. Lange im Alter von 47 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 6. April, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Vorhagen-Rummelsburg, Grünberger Straße 9 (20. Abteilung), aus nach dem Rummelsburger Gemeindefriedhof, Lützstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Bezirksleitung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer. E. H. Filiale Berlin XII.
Frauen-Sterbefälle.
Am 1. April starb unser Mitglied **Erna Schröder** an Herzschwäche im 53. Lebensjahre.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 6. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Kapelle des Helland-Friedhofes, aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Am 3. April verschied nach kurzem, aber schwerem Leiden meine inniggeliebte Frau, unsere herzengute Mutter, Schwieger- und Großmutter **Emma Hoppe** geb. Schuls im 56. Lebensjahre. 1101b
Dies zeigen tiefbetrübt an
Paul Hoppe, Gastwirt, nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres guten Leibesgenossen
Martha Westphal
sagen wir allen Verwandten und Bekannten, dem Deutschen Rührer-Verband, sowie den Kollegen und Kolleginnen der Firma S. Gärtner unseren herzlichsten Dank.
Familie Westphal nebst Bräutigam.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter
Berta Fils
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Wahlverein des 4. Kreises, Bez. 207a, sowie den Arbeitern der Firmen Danzky, Groß, Brand u. Co. und Chauffeuren der Firma H. Kamjunte unseren herzlichsten Dank.
Germann Fils u. Sohn.

Die geehrten Damen werden gebeten, möglichst vormittags den Einkauf zu bewirken!

Wegen Ueberfüllung meiner unüberschaubaren Läger verkaufe ich jetzt für den **Osterbedarf:**

2500 Kostüme
letzte Neuheiten, aus Kammgarn, echt englischen und prima deutschen Stoffen, vorzügliche Scholite, beste Zusätze, exakte Verarbeitung. zu **12, 18, 24, 30, 38, 45, 56 bis 125 M.**

1500 schwarze Konfektion
auch Fransenmäntel aus Seide, Liberty, Tuch, Kammgarn etc. auf Cloth, Duchesse, Marquise gefertigt, in eleganten Ausführungen zu **15, 19, 24, 32, 38, 43 bis 110 M.**

Eleg. Gesellschaftskleider schon von 20 M. an bis 200 M.
Besondere Gelegenheit:

Ein Posten Ue'ergangsmäntel das Neueste der Saison! früher z. T. bis 28,00, jetzt durchschnitlich M. 10,-
Ein Posten blaue Kammgarnröcke moderne Färbung, früher zum Teil bis 19,-, jetzt durchschnitlich M. 8,-

Originalmodelle bis teilweise auf die Hälfte der früheren Preise ermäßigt!
Westmann Mohrenstr. 37a (nahe Jerusalem Str.) Gr. Frankfurt. Str. 115 (nahe Andreasstr.)

Geschichte der Revolutionen

Vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution

Von Dr. H. Conrady.

Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit = Erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfennig = Probenummern kostenlos

Bestellungen nehmen alle Zeitungsträger entgegen sowie sämtliche Ausgabestellen des „Vorwärts“.

Beinkranke

Dr. Strahl's Institut.
Operationslose Behandlung ohne Berufshilfe. Ueber 2500 Dank-schreiben. Prospekt gratis. Sehr billige Kurkosten.
Charlottenstr. 22.

Kranke bei Lungen- und Nierenleiden, Bronchitis, Grippe, etc. Besuche von 10-12. Prospekt gratis.

Pollmanns Bandagen

Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummiwaren etc. Berlin N., Rothringstr. 60.
Lieferant für Krankenkassen. Eigene Werkstatt.

Große Firma beziffert Teppiche, Gardinen, Stores, Steppdecken, Portieren auf Teilzahlung ohne Anzahlung. Keine Staffler. Offize S. 100, „Vorwärts“-Spezial, Auguststr. 60.

Heute Korff's Jubiläum 1811-1911

Zur Hundertjahrfeier unserer Firma 5. April 1911
bleiben unsere Geschäftsräume geschlossen.

5000 Cacaokannen gratis!
mit Nickel-Deckel u. Sieb, werden von Donnerstag, 6. April ab dem geehrten Publikum als Jubiläumsgabe bei Einkauf von drei 1/4 Pfunden Korff-Cacao überreicht. Bestellungen auf diese Kannen werden in unseren Niederlagen und in allen besseren Geschäften der Lebensmittelbranche Gross-Berlins entgegen genommen

F. Korff & Co
Cacao-Fabrikanten Amsterdam
Cacao-Salon Berlin C
Spittelmarkt 47 (Amt I 9827)
Engros-Niederlage, Berlin S.W. Blücherstr. 31 (Amt IV 10427)



Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet in Willes Festsaal, Sebastianstr. 89, der dritte Vortrag des Genossen Eichhorn statt.

Grünau. Heute Mittwoch, abends 1/9 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung im Lokal „Zur grünen Ede“, Köpenicker Str. 88.

Berliner Nachrichten.

Die Luftbarkeitssteuer und die königlichen Theater.

Der Vorsitzende des Verbandes Berliner Bühnenleiter, Direktor Dr. Brahm, schreibt uns:

Berlin, den 3. April 1911.

Ein Antrag, den der Stadtberordnete Gassel in der Donnerstags-Versammlung über die Luftbarkeitssteuer stellen will, lautet nach Zeitungsmeldungen, denen nicht widersprochen wurde, dahin: Man wolle beschließen, die Verhandlung so lange auszusetzen, bis eine Erklärung der königlichen Theater vorliegt, wonach sie sich der Steuer unterwerfen.

Ministerium des königlichen Hauses Berlin, 1. April 1911.

Euer Hochwohlgeboren erwidere ich auf die mir vorgelegte Frage, welche Stellung ich als Minister des königlichen Hauses zu der von den städtischen Behörden geplanten Luftbarkeitssteuer einnehme, ergebnis, daß mir der fragliche Entwurf bisher nicht zugegangen ist und ich ohne genaue Kenntnis der Modalitäten bestehen eine definitive Erklärung naturgemäß nicht abgeben kann.

Mündlich wurde noch bemerkt, daß unter Ausschaltung aller anderen Erwägungen das Ministerium des königlichen Hauses hier nur die eine Aufgabe sehe: die Petition des Königs zu wahren, und daß gleichwie der preussische Finanzminister beim Wertzuwachssteuergesetz die Steuerfreiheit der Landesherren vertrat, es als Pflicht des Handelsministeriums erscheine, von des Königs Rechten auch nicht ein Fährchen zu sparn.

Sollte angeht es so ungewöhnlicher Erklärungen der Antrag Gassel demnach aufrechterhalten bleiben, so würde dies wohl weniger aus sachlichen als aus parteiaktiven Erwägungen zu begründen sein. Die Berliner Bürger, die mit so ungewöhnlicher Entschiedenheit gegen die Steuerstellung genommen haben, würden ein solches dilatorisches Ausweichen, eine solche Vogel-Strauß-Politik nicht verstehen; sie heischen gegenüber der Luftbarkeitssteuer im wohlwollenen Interesse der Stadt wie der Stadtverwaltung nur das eine: ein rundes kares Rein.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß den Steuerabhängigen im Noten Hause jetzt selber vor der Entscheidung bangt, und sie versuchen, eine klare Stellungnahme hinauszuschieben. Das sollte geschehen durch Vertagung, um erst zu erlauben, wie die königlichen Theater sich zur Zahlung der Steuer verhalten würden.

Die Stellungnahme dieser Theater war für jeden, der die Augen nicht absichtlich verließen wollte, von vornherein klar: nach den nunmehr vorliegenden Neuierungen ist eine größere Klarheit kaum noch zu erhalten. Die königlichen Theater zahlen nicht, schon aus Prinzip tun sie das nicht. Aber selbst wenn es anders wäre, müßte die Luftbarkeitssteuer in den Abgrund verurteilt werden. Je schneller desto besser. Es liegt kein stichhaltiger Grund vor, die endgültige Entscheidung über das unianigme Steuerobjekt noch weiter hinauszuschieben.

Die Einrichtung des Dreifachdienstes bei der Post erinnert in gewissem Sinne an die Uranfänge des Berliner Postwesens, insofern als damals auch die Briefschaften von den Voten abgeholt und gleich weiterbefördert wurden. Speziell war dies der Fall bei der Posteinrichtung, die von 1499 bis 1571 bestand. 30 vereidigte Voten, die von der Hofrentei besoldet wurden, sammelten auf ihren Wegen die Briefe ein und bestellten sie, allerdings gegen eine willkürlich von ihnen erhobene Gebühr. Später wurde die Post nach anderen Grundsätzen eingerichtet, aber im Jahre 1800 gab es in Berlin abermals eine Post, die nach dem Reglement von 1499 arbeitete. Es war die von den Kaufmannsgilden mit einem Aufwande von 3500 Taler ins Leben gerufene Fußbotenpost, die am 8. September 1800 ihren Dienst aufnahm. Im Hauptkontor, Klosterstr. 41, kamen sämtliche Voten, 13 an der Zahl, zusammen und beförderten von da aus die ihnen ausgegebenen Briefe nach allen Gegenden Berlins. Im Sommer mußten sie 8, im Winter 6 Bestellgänge machen. Besondere Voten sammelten die Briefe ein, andere trugen sie aus. Jeder Vote hatte viermal täglich das ihm angewiesene Viertel zu durchlaufen. Die Voten trugen braune Jacken mit pflirsichroten Aufschlägen, ebensolche Hosen und gelbe Westen. Die Einsammler kündigten den Berlinern durch eine stark tönende Glocke ihr Herannahen an; dann kamen die Voten aus den Häusern und legten die bereitgehaltenen Briefe in einen Kasten, den die Voten trugen. Diese Fußbotenpost, die natürlich keine Schnellpost im heutigen Sinne war, hatte den Vorzug der Billigkeit. Der Abnehmer zahlte 6, der Empfänger 3 Pf. für jeden Brief, das Porto war also nicht viel teurer als das jetzige Ortsbriefporto. Die Einrichtung bestand indessen nur wenige Jahre. Am 27. Oktober 1806 Napoleon seinen Einzug in Berlin hielt und General Sulin das Kommando über die Stadt übernahm, hörte mit diesen anderen Einrichtungen auch diese erste Berliner Stadtpost auf und erst etwa 20 Jahre später wurde wieder eine ähnliche Posteinrichtung ins Leben gerufen.

Einführung des Volkunterrichts in den Berliner Gemeindefschulen. In diesem Thema wird uns geschrieben: Von unseren schulpolitischen Forderungen hat zurzeit die jüngste, die der Arbeitsschule, die weitestens meiste Aussicht zu verdienen. In der Theorie hat die Idee des Volkunterrichts und der Arbeitsschule auf der ganzen Linie geirrt; in der Praxis befinden wir uns freilich noch in einer Periode des Ueberganges und der Versuche, obwohl schon achtunggebietende Erfolge mit der vollen Arbeitsschule, z. B. in Rindern, vorliegen. Es ist darum nur zu begrüßen, daß auch die Schulverwaltung Berlins mit dem Beginn des Sommerhalbjahres in 60 Aufnahmestufen den Volkunterricht

einführen will, wenn auch der Versuch reichlich spät kommt und Berlin sich auf dem Gebiete des Volkunterrichts wie auf so vielen anderen von manchem kleinerem Orte des Reiches hat den Rang ablaufen lassen.

Der Volkunterricht ist nicht ein besonderes Unterrichtsfach, das in einzelnen lehrplanmäßigen Stunden betrieben wird, sondern ein Unterrichtsgrundfah, der in allen Lehrstunden zur Anwendung kommen sollte. Er bildet auch nur einen Teil der Arbeitsschule; denn zu dieser gehört auch noch der Werkstättenunterricht (Handfertigkeitsunterricht, Anhandarbeit) und, wo es möglich ist, das Arbeiten im Schulgarten und im Versuchselde. Wie schon sein Name sagt, wird der Werkstättenunterricht in besonderen Räumen und besonderen Stunden, meist nachmittags, betrieben und umfaßt vorzugsweise leichte und schwere Holzarbeit, Glas- und Metallarbeiten. Zum Volkunterricht, der in jeder Schulklasse hineingebaut wird und die materiellen Opfer, die seine Einführung erfordert, verhältnismäßig gering sind. Besonders stolz sind ja die Volkunterrichter darauf, daß sie den größten Teil ihres Materials aus dem „Müllkasten“ gewinnen, da sie die sinkenden Kulturwerte wieder zu Ehren bringen; dem Zeichenblockruden, zerbrochene Lampenständer, alte Hufeisen, Korke und anderes Altmaterial, sind die Rohstoffe, aus denen sie ihre Apparate aufbauen. Sind so die materiellen Hindernisse leicht zu überwinden, so darf man doch eine andere Schwierigkeit nicht unterschätzen, eine Schwierigkeit, die man der Berliner Schulverwaltung gern als Milderungsgrund für die späte Einführung anrechnen wird. Der Volkunterricht ist in erster Linie eine Frage der Lehrerbildung, und auf den preussischen Seminaren geschieht in dieser Beziehung leider noch nichts, eine Tatsache, die dem Eingeweihten nicht weiter Wunder nimmt. Ist es doch satzung bekannt, daß die Lehrerbildung nicht den Forderungen der Pädagogik voraussetzt, ja nicht einmal mit ihnen Schritt hält, sondern in weitem Abstande hinter ihnen herhinkt. Berlin mußte sich daher erst in besonderen Kurien, die jetzt vom Lehrerverein fortgesetzt werden, ein geeignetes Lehrpersonal beschaffen.

Leider entspricht nun die Art und Weise, wie der Volkunterricht in den Gemeindefschulen eingeführt und betrieben werden soll, nicht den Forderungen, die von allen Fachkreisen an ihn gestellt werden. Er soll nur im Anfangs- und im Anschlußunterricht, also in Verbindung mit nur zwei wöchentlichen Unterrichtsstunden betrieben werden, erscheint also eher als Unterrichtsfach denn als Unterrichtsgrundfah. Es ist auch völlig unverständlich, warum nur der Anschlußunterricht diesen Vorteil genießen soll; denn so reformbedürftig auch der gesamte innere Betrieb unserer Lern- und Wissensschule ist, so bedarf doch vor allem die Elementarklasse einer völligen Umgestaltung, und hier ist es wieder der erste Schritt, den Volkunterricht, der wie kein anderes Unterrichtsfach nach Vorformen streift, die wie heute allseitig anerkannt ist, eben nur auf vorklassischer Grundlage durchzuführen sind. Und gerade hier kann der Volkunterricht seine Überlegenheit über den heutigen Schulbetrieb zeigen.

Sollte man hochstet sein, so könnte man vermuten, daß Berlin die Sache nur deshalb so mangelhaft einführt, um nachher sagen zu können, der Volkunterricht habe sich nicht bewährt. Vergessen darf man dabei freilich nicht, daß Berlin auf dem Gebiete des Schulwesens nicht selbständig ist, sondern auf Schritt und Tritt von der preussischen Bureaucratie angeleitet wird. Es hätte gewiß Schwierigkeiten gemacht, das Provinzialhochschulgesetz davon zu überzeugen, daß in erster Linie der Lehrplan der Unterstufe geändert werden mußte, wenn die Einführung des Volkunterrichts vollen Erfolg versprechen soll. Aber auch die Schulverwaltung Berlins arbeitet reichlich langsam. Seit Jahren beschäftigt sie sich mit der Umgestaltung des Lehrplans; ehe aber die Erwägungen praktische Gestalt annehmen, sind sie meist von den Fortschritten der Welt weit überholt. Es liegt die Gefahr vor, daß es uns mit dem Volkunterricht ähnlich geht wie mit dem jetzigen Lehrplan, der zwar schon im Jahre 1908 eingeführt wurde, während wir erst im vorigen Jahre, also 8 Jahre später die noch ihm bedauerlichen Lehrbücher teilweise erhielten. In allen Klassen werden sie erst 1913 eingeführt sein und dann haben wir hoffentlich einen neuen Lehrplan. Es wäre aber nur zu wünschen, daß Berlin etwas Dampf dahinter mache, damit wir den mit dem Volkunterricht organisch verbundenen Lehrplan sobald als möglich erhalten.

Es wird weitergespielt!

In auffälliger Weise mehren sich die Mitteilungen über Versuche zur Erschnüffelung der Zugehörigkeit zu einer nicht polizeistromen Gewerkschaft oder gar zu einem sozialdemokratischen Wahlverein. Auf neue müssen wir alle, die in ihrer Tätigkeit für ihre Gewerkschaft oder für die Partei irgendwie die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich gelenkt haben, dringend warnen vor schnellereiter Vertrauensseligkeit gegenüber Fremden, von denen sie in ihrer Wohnung heimgeführt und hierüber angefragt werden. Namentlich die Frauen sollten sehr vorsichtig sein gegenüber solchen in Abwesenheit des Mannes sich einfindenden Besuchern, die freundlich sich als Kollege oder Genosse vorstellen, sich unterrichtet über die schwebende Angelegenheit zeigen, den Bestand der Gewerkschaft oder der Partei für den Fall einer Anklage versprechen und so nebenbei fragen, der Mann sei doch wohl im Wahlverein oder im Verband. Auch gegen zwei Arbeiter J. und W., die am 18. März auf dem Friedhof der Märzgefallenen einen Kranz niedergelegt hatten und von der die Schleifenschrift beanspruchenden Polizei zur Wade stiftet worden waren, hat in der vorigen Woche die höchst verdächtige Witzbegierde eines unbekanntem Besuchers sich gerichtet.

Am Vormittag, 100 Arbeiter in der Regel nicht zu Hause getroffen werden, kam zu Frau W. ein Fremder und fragte, wann Herr W. zu sprechen sei. Er komme vom „Vorwärts“, fügte er hinzu, es handele sich um die Kranzangelegenheit. Nun hatte aber Frau W. ein paar Tage vorher im „Vorwärts“ eine Warnung vor Leuten gelesen, die sich für Beauftragte des „Vorwärts“ ausgeben, um bei der Ausübung ihres Spitzhandwerks sich das Vertrauen der zu bespitzelnden Personen zu erschleichen. Als sie unter Hinweis auf diese Warnung den Fremden um eine Legitimation ersuchte, erklärte er, vom Wahlverein komme er, und ohne mit der Wimper zu zucken, wie er ein Wahlvereins-Mitgliedsbuch vor. Frau W. weis, wie ein solches Buch aussieht, und sie verachtet, tatsächlich sei es ein Mitgliedsbuch eines Wahlvereins gewesen. Sie war auch vorsichtig genug, den Namen und die Wohnung zu lesen, als aber kurz nachher ihr Bruder ihr die Nachricht der plötzlichen Erkrankung seiner Frau überbrachte, entfielen infolge ihrer Befürzung die Angaben über die Persönlichkeit des Fremden vollständig ihrem Gedächtnis. Der Witzbegierde hatte sie noch gefragt, ob auf die Kranzgeschichte schon etwas gefolgt sei, und wo ihr Mann arbeite. „Ich hätte gar zu gern mit Ihrem Mann selber gesprochen“, bedauerte er. Inzwischen ist festgestellt worden, daß weder vom „Vorwärts“ jemand bei W. gewesen ist, noch von dem sozialdemokratischen Wahlverein, in dessen Gebiet die Wohnung W. liegt!

Anscheinend derselbe Fremde, ein blonder Mann mit sehr kurz geschneittenem Schnurrbart, suchte an demselben Vormittag auch Frau J. auf. Vorher lehrte er in Begleitung eines kränklichen

Mannes bei einem Gastwirt ein, dessen Lokal in der Nähe der Wohnung J. liegt und dem hier in Frage kommenden Wahlverein als Kasse dient. Bei der allein anwesenden Bertin erkundigte sich der Blonde, ob sie J. kenne und wo er wohne. Als J. wolle er wegen der Kranzangelegenheit beraten, falls der ein Strafmandat bekomme. Er selber habe, so fügte er hinzu, bereits ein Strafmandat bekommen, aber er werde sich deshalb an die Gewerkschaft oder an die Partei wenden. Ob J. organisiert sei, fragte er; ob er dem Verband und auch dem Wahlverein angehöre. Beide gingen dann mit dem Fremden, sie würden J. auffuchen. Bei Frau J., die allein zu Hause war, fand sich aber nur der Blonde ein. Auch hier gab er an, er komme in der Kranzangelegenheit, er sei deshalb schon bei der Frau des anderen gewesen. Als er fragte, ob J. im Verband sei, dachte Frau J. an die durch den „Vorwärts“ veröffentlichte Warnung und schweig. „Sie brauchen nichts zu fürchten“, tröstete der Fremde, „das bezahlt die Partei oder die Gewerkschaft“. Wieder geigte er sein Buch, diesmal unausgefordert, und unausgefordert nannte er seinen Namen, den aber Frau J. zunächst nicht verstand. Auch Frau J. versichert, es sei bestimmt das Mitgliedsbuch eines Wahlvereins gewesen; wie ein solches Buch aussieht, ist auch ihr bekannt. Als der Besucher sich empfiel mit der Ankündigung, daß er am Mittag wiederkommen werde, hat sie, noch einmal seinen Namen zu sagen, und nun verstand sie deutlich: „Müßstein“. Wieweit ist der Mann nicht wiedergekommen!

Man sieht: es wird weiter gespielt! Nach dem ganzen Drum und Dran ist es außer allem Zweifel, daß es auch hier sich wieder nur um einen Erschnüffelungs- und Bespitzelungsversuch handelt. Verblüffend ist die Sicherheit, mit der der Blonde — noch den Schilderungen der beiden Frauen — ausgetreten zu sein scheint. Daß Beauftragte des „Vorwärts“ stets eine von der Redaktion ausgestellte Legitimation bei sich tragen, hätte er aus jener von uns veröffentlichten Warnung wissen können, aber offenbar war sie ihm entgangen. Er ließ sich jedoch durch Frau W.s Frage nach seiner Legitimation nicht aus der Fassung bringen, sondern stellte sich nunmehr als Beauftragter des Wahlvereins vor und tat dann dasselbe gegenüber der Frau J. von vornherein. Wenn es wahr ist, daß das vorgewiesene Buch ein Wahlvereins-Mitgliedsbuch war, so hätte man es hier mit einem Spitzel zu tun, vordem man ganz besonders auf der Hut sein muß. Frau J. hat es leider unterlassen, in dem Buch nach dem Namen und der Wohnung zu sehen.

Von Patienten des Ostkrankenhauses, Lützner Straße 22, erhalten wir folgende Zuschrift:

Seit einiger Zeit führen die Patienten des Ostkrankenhauses Beschwerden über andauernd schlechtes Essen. Dieses wurde in der letzten Woche so schlecht, daß es absolut unmöglich war, es zu genießen. Entweder war das Essen nicht gar gekocht oder es war angebrannt. Am Sonnabend war es den Patienten so bunt und sie bewährten sich beim diensttuenden Arzt. Dieser bedeutete ihnen, daß wenn es ihnen nicht passe, sie ja gehen könnten. Darauf verlangten drei Patienten ihre Entlassung, die ihnen auch bewilligt wurde. — Trotz dieser Vorgänge wurde das Essen aber nicht besser. Am Montag gab es Groganen, die blau und unappetitlich ansahen, daß niemand sie essen konnte; auch das Fleisch war minderwertig und fett und ungenießbar, so daß alles zurückgeschickt wurde und in den Futtertroß wanderte. Trotzdem hielt es das Personal nicht für nötig, an die Direktion zu berichten; vielmehr blieb dies den Patienten vorbehalten. Es wurde bei der Direktion Beschwerde eingereicht. Die einzige Folge davon war, daß der Oberarzt anordnete, keine Groganen mehr zu kochen. — Das andere Essen ist aber nicht so beschaffen, daß man ohne Mittagessen und Zusatz von Kuchen auskommen kann.

Trotzdem in der Anstalt größtenteils Infektionskrankheiten sind, wird nicht nur gebildet, daß von Infektionskrankheiten Eßgeschirr und Essen ausgeht und zusammengetragen wird, sondern es wird auch von diesen abgetrocknet. Dabei ist doch absolut nicht ausgeschlossen, daß andere Kranke infiziert werden. — An Wäsche herrscht großer Mangel. Bettwäsche gibt es frühestens alle vierzehn Tage. Da viel mit Salben usw. eingerieben wird, so kann man sich denken, wie die Wäsche dann aussieht. Anfallskleidung gibt es überhaupt nur einmal während der Kur und sieht diese daher immer schmutzig und zerrissen aus.

Das Ostkrankenhaus in der Lützner Straße ist ein Geschlechtskrankenhaus, in welchem zahlreiche Kassenkranke Aufnahme finden. Wir haben im Laufe der letzten Jahre uns wiederholt mit Beschwerden aus dieser Anstalt beschäftigen müssen, aber die Klagen wollen kein Ende nehmen.

Der Stadtverordnete Dr. jur. Paul Bülow, Kurfürstendamm 250, ist gestern früh 8 Uhr nach kurzer Krankheit gestorben. Der Verstorbene hat 11 Jahre den 15. Gemeindevahlbezirk der II. Abteilung im Noten Hause vertreten.

Auch ein „Statistiker“.

Im Friedrichshain-Krankenhaus wird die Abteilung für innere Krankheiten geleitet von dem Direktor Professor Dr. Stadelmann, dessen Spezialität die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs ist. Seine Mitarbeit auf diesem Gebiete verdient genug allen Dank, aber was er hierüber in den Jahresberichten des Krankenhauses aus seinen diesbezüglichen Erfahrungen zum Besten zu geben pflegt, kann man manchmal wirklich nur mit verwundertem Kopfschütteln lesen. Wiederholt sind wir genötigt gewesen, auf die komisch irrigen Schlussfolgerungen hinzuweisen, die Herr Stadelmann an die von ihm ermittelten Zahlen geknüpft hatte.

Sicher gehört auch eine Neuierung, die wir in dem soeben erschienenen Bericht über das Verwaltungsjahr 1909/10 finden. Herr Stadelmann, der darin die üblichen Erläuterungen zur Statistik der von ihm behandelten Kranken gibt, sagt diesmal über seine Säuser: „An Säuserleber wurden 32 Kranke behandelt. Außerdem ca. 100 wegen akuter resp. chronischer Alkoholergiftung resp. Säuserwahnst. Die Zahl derselben ist also trotz des angeblichen Schnapsbohntotts gegen das Vorjahr um ca. 50 gestiegen und erreicht wieder die Höhe von 1907.“ Ein wunderlicher Einfall, die von ihm mitgeteilten Säuserzahlen in Beziehung zu dem Schnapsbohntott zu bringen! Im vorletzten Jahre glaube Stadelmann die damals eingetretene beträchtliche Minderung der Zahl seiner Säuser (auf 54) aus einem Zufall erklären zu sollen. Jetzt aber sieht er in der Wiederkehr der früheren Zahl (rund 100) nicht etwa eine Bestätigung der vermuiteten Zufälligkeit, sondern sucht die „Steigerung“ mit dem Zusatz: „Trotz des angeblichen Schnapsbohntotts“. Was soll dieser Zufall? Will Stadelmann sagen, daß er an eine nennenswerte Vorkotierung des Schnapses nicht glaubt? Oder will er aus der trotz Schnapsbohntotts beobachteten Zunahme der Alkoholergiftungen usw. den Schluß ziehen, daß bei denen, die den Bohlott nicht mitmachen, der Alkoholmißbrauch um so ärger geworden sei? Herr Stadelmann, Ihr Hinweis auf den „angeblichen Schnapsbohntott“ ist — mit Verlaub zu sagen — Unsinn! Das Verwaltungsjahr 1909/10, in dem Sie in Ihren Rapillons die 100 Alkoholergiftungen usw. beobachteten, reichte vom 1. April 1909 bis zum 31. März 1910. Der Schnapsbohntott wurde auf dem Parteitag der Sozialdemokratie im

September 1909 beschlossen, er käme also mindestens bei all denen Ihrer Häuser, die Sie in der ersten Hälfte des Verwaltungsjahres aufnahmen, von vornherein nicht in Betracht. Aber auch für die zweite Hälfte wird seiner im Ernst behaupten wollen, daß auf den Beschluß eines Schnapsbottens in kürzester Frist eine Minderung der Alkoholvergütungen, gar auch der chronischen, hätte folgen müssen. Wir vermuten, daß die Krankenhäuser — nicht wahr, Herr Stadelmann? — auch Leute aufnehmen, die den Teufel was nach Beschließen eines Parteitagess der Sozialdemokratie fragen und trotz Schnapsbottens den Junkern ihren Fusel wegtrinken. Welchen Wert haben übrigens Schlüsse aus Zufallszahlen, die auf so kleinem Beobachtungsgebiet gewonnen sind, wie es Herr Stadelmann in seinem Krankenmaterial zur Verfügung steht!

Doch alle diese Bedenken, die bei einiger Ueberlegung jedem sofort auffallen müßten, haben nicht gehindert, daß mit Herrn Stadelmanns Erläuterungen seiner Krankenstatistik auch der den Säuferzahlen beigelegte sinnlose Hinweis auf den Schnapsbottent vor etlichen Zeitungen — z. B. von „Tageblatt“ und „Volkzeitung“ — als neueste Weisheit wiedergegeben und den Lesern als „interessant“ zur Beachtung empfohlen wird.

Vom Gerüst abgestürzt. Ein folgenschwerer Unfall ereignete sich gestern nachmittag 1 1/2 Uhr am Hause Rathborstr. 10, wo gegenwärtig auf einem Hängegerüst Malerarbeiten ausgeführt werden. Als das Gerüst gestern um die angegebene Zeit ungefähr an der 4. Etage bereitigt war, gab plötzlich ein Seil nach. Von den auf dem Gerüst arbeitenden beiden Malern stürzte einer in die Tiefe, während es dem anderen gelang, sich an einem Fenster zu retten. Der Schwerverletzte wurde in den Hausflur geschafft und sofort ein Arzt herbeigeholt, der die sofortige Ueberführung in das Krankenhaus anordnete. Wie man uns mitteilt, hat der Schwerverletzte 1/2 Stunden im Hausflur liegen müssen, ehe ein Krankenwagen seine Ueberführung in das Urban-Krankenhaus bewirkte. An dem Auskommen des Verunglückten wird gezweifelt.

Auf den Selbstmord einer Frau deutet ein Hund hin, der gestern morgen am Beckenamerfer gemacht wurde. Dort lagen am Rande des Kanals ein Regenwurm mit gebogener Röhre und ein schwarzer Samthut mit zwei weißen Flügeln und schwarzem Bande. Eine Leiche wurde bisher noch nicht gefunden. Der Hut stammt aus einem Geschäft in der Hagelberger Straße.

Rückwärtslosigkeit gegen einen verunglückten Arbeiter. Vor einigen Tagen hatte sich auf dem Neubau des Frauengefängnisses, Pazminim- und Weinsirahen-Edle, der von dem Unternehmer Otto Carl ausgeführt wird, ein Unfall ereignet. Ein Teil der zweiten Rüstung in der ersten Etage stürzte in dem Moment ein, als der Hilfsarbeiter eine Tracht Steine hinwarf. Die Ursache des Einsturzes ist vorläufig nicht festgestellt. Der auf der Rüstung arbeitende Maurer sowie der Hilfsarbeiter fielen samt dem Kalkfaß und dem übrigen Material bis nach Porterre, da die erste Abdeckung in der ersten Etage fehlte. Eigentümlich mußte es berühren, daß der Polier, der ein Bruder des Unternehmers, Königl. Hof-Maurer- und Zimmermeisters Otto Carl sein soll, es verantworten konnte, daß er den verunglückten Maurer, der eine große Fleischwunde in den Weichteilen des Unterkörpers bei dem Unfall davongetragen hatte, zwei Stunden in der Baubude liegen ließ, was aufs Schärfste gerügt werden muß.

Im Wintergarten hat D o n n, der sprechende Hund, seinen Einzug gehalten. Er sagt hier die sechs bis acht Lautgruppen, die mehr oder weniger an menschliche Worte erinnern. Zweifellos liegt hier eine bisher nie so sicher beobachtete Erscheinung vor, die von wissenschaftlichem Interesse ist. Daß der Hund, der ein sonst nur bei Vögeln bekanntes Lautnachahmungsvermögen besitzt, damit nun auch „spreche“, ist freilich ausgeschlossen. Unter der Leitung freischülerischer Vorlesungen „plappert“ er bestenfalls. Prof. Bosteler vom Hamburger Zoologischen Garten hat ihn vor längerer Zeit beobachtet, aber nicht von Erheblichkeit herausgebracht. Die glücklichen Besitzer werden jedenfalls aus der Vorführung mehr herausbringen. — Das übrige Programm macht und zwar nicht mit weiteren Karitäten bekannt, dafür aber mit lauter vorzüglichen Qualitätsleistungen auf bekannten Gebieten. Die amerikanischen Kunstschüler sind sicher so wenig zu überbieten wie die radfahrenden Romantiker, die halbschwerliche Gravurkräfte vorführen. Neben einer spanischen Charaktertänzerin (Dierita) vertreten die Kunst der hüpfenden Weine zwölf schlanke Engländerinnen, die die Ueberlegenheit der Hosenröhre (für solche Zwecke) aufs beste bewiesen. Famos dressierte Doppelponies führte Mik Marquis vor. Gelächter und Sicherheit eines Jongleure und noch dazu amnitiöse Lustigkeit entfachte der wirklich „große Weiland“. Japaner zeigten die Vielfältigkeit ihrer künstlichen Künste und die Ueberlegenheit ihrer reizvollen Kostüme und Dekorationen. Sogar die deutsche Literatur gab ihre Anteile ab: Herr Roda Roda erzählte einige nette Schurken, darunter eine von einem automatischen (also wirklich gerechten) Justizkavaler, an dem der Erfinder aber noch nachträglich zwei Bedale — eins für bessere Kreise und eins für Sozialdemokraten — anbringen mußte.

Wer ist der Tote? Auf dem Anhalter Bahnhof vergiftete sich Montagnachmittag ein unbekannter Mann, der wahrscheinlich kurz vorher hier angekommen war. Ein Bahnhofsarbeiter fand ihn gegen 8 Uhr nachmittags in einem Aofetraum tot auf. Neben dem Toten fand eine Flasche. Sie enthielt noch einen Rest einer Flüssigkeit, deren Art noch nicht festgestellt ist. Die Leiche und die Flasche wurden beschlagnahmt. Der Unbekannte ist 25—30 Jahre alt, hat blondes Haar und einen Anflug von Schmutzart und trug einen blauen Kammeranzug und einen Gummimantel. Er scheint von Gärlich gekommen zu sein.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Ueber den Antrag des Magistrats, zur Einrichtung einer eigenen Druckerei 10 000 M. in den Etat einzustellen, entspann sich bei der Etatsberatung am Freitag noch eine lebhaft debattirte. Stadtv. W u l f y (Soz.) erklärte, gegen die Sache an sich nichts einzuwenden zu wollen. Die jetzt vom Magistrat überreichte Ergänzungsvorlage zeige aber, daß dieser den deutschen Buchdrucker-Larif außer acht lassen will. Das dürfe auf keinen Fall geschehen; dazu könne die Stadtverordneten-Versammlung nicht die Hand bieten. Die Anerkennung des von Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Buchdruckgewerbes vereinbarten Tarifs muß für die städtische Druckerei eine Selbstverständlichkeit sein. Mehrere bürgerliche Stadtverordnete sprachen teils für die Vorlage, zumeist aber dagegen, aus der bekannten Furcht für die Existenz der Privatdruckereien heraus. Nachdem Oberbürgermeister Kaiser hoch und teuer versichert hatte, daß letztere Befürchtung unbegründet sei, da man nur die Kanäle entlasten und übersichtlichere Vorlagen den Stadtverordneten ausgeben wolle, wurde auf Antrag der Sozialdemokraten die Vorlage einer gemischten Kommission überwiesen; dieser gehören u. a. auch die Genossen W e r m u t h und W u l f y an.

Das Kapitel Gewerbliche Unternehmungen weist eine Einnahme von 2 040 000 M. und eine Ausgabe von 180 100 M. aus; das ergibt einen Gewinn von 1 860 000 M. Die städtischen Gewerbebetriebe sind also auch in Rixdorf die meißende Kuh.

Der Titel I des Kapitels Veranlassungen und Einrichtungen enthält die städtischen Märkte. Die Beratung desselben führte zum soundsovieltens Male zu den wechleiden Klagen der bürgerlichen Stadtverordneten über Schädigungen der kleinen Geschäftsleute usw. usw. — Beim Titel III Abblodeplatz fragte Stadtv. T h u r o w (Soz.) den Magistrat warum immer noch nicht die in der Deputation beschlossene Uebernahme der Müllabfuhr Verantwortlicher Redakteur: Albert W a s s e r, Berlin. Für den

in städtische Regie zur Vorlage gekommen ist. Es scheint so, als ob Einflüsse der Hausbesitzer dabei eine Rolle spielen oder gar eine gewisse Vorkluge, welche Sehnsucht nach dem Posten des Mülldirektors in der geplanten Privatgesellschaft habe. 48 Privatunternehmer besorgen jetzt in Rixdorf die Müllabfuhr — ein Zustand, der schnelle Änderung bedarf. Gestrichelt jetzt nichts, so könnte das einst der Stadt riesenhafte Entschädigungsummen kosten. Stadtrat N i e r bestritt die verordneten Einflüsse, sondern führte die Verzögerung darauf zurück, daß man erst den Ausgang von anderweit schwebenden Prozessen auf Entschädigung privater Abfuhrunternehmer im Falle der Einführung städtischer Regie abwarten wolle. Nachdem solle erneut der Frage nähergetreten werden.

Schöneberg.

Auf der Tagesordnung der letzten Stadtverordnetenversammlung stand ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, in dem der Magistrat ersucht wird, im Namen der städtischen Körperlichkeiten Schönebergs eine Petition an den Landtag zu richten, das Kommunalabgabengesetz dahin abzuändern, daß den städtischen Verwaltungen das Recht eingeräumt wird, auf Einkommen bis zu 1500 Mark keine kommunale Einkommensteuer zu erheben. Dazu lag ein Antrag der liberalen Fraktion vor, der wünschte, daß die Stufe von 900 Mark um einige Stufen erhöht wird und die größeren Einkommen stärker zur Einkommensteuer herangezogen werden. Weiter wünscht der Antrag ein gemeinsames Vorgehen der Gemeinden Groß-Berlins. Nach eingehender Begründung des sozialdemokratischen Antrages durch den Genossen V e r n s t e i n und des liberalen Antrages durch den Stadtverordneten J o b e l wird der sozialdemokratische Antrag, für den nur die sozialdemokratische Fraktion stimmt, abgelehnt. Der verwässerte liberale Antrag wurde alsdann mit großer Mehrheit angenommen.

Aus der weiteren Verhandlung ist erwähnenswert, daß einem Antrag auf Beschränkung der Sonntagsarbeit zugestimmt wurde.

Zegel.

Ungültige Gemeindevertreterwahl.

Bei der Ertragswahl zur Gemeindevertretung von Zegel am 27. April 1909 war der Genosse K r e n d s e e mit großer Mehrheit gewählt worden. — Zwei Komte Klagen auf Ungültigkeit der Wahl, indem sie namentlich geltend machten, daß ein „Angeessener“ damals hätte gewählt werden müssen, K r e n d s e e aber Nichtangeessener gewesen sei. Wenn er auch zu einem Hundertstel als Miteigentümer von dem Hause des Gastwirts Rentner Grundbuchlich eingetragen gewesen sei und eine entsprechende Quote der Anzahlung Rentners diesem zahlte, so wäre das nur zum Schein gewesen. Ein wirkliches Besitztum hätte A. nicht gehabt. — Zweitens sei die Wahlzeit zu gering bemessen gewesen.

Der Kreisaußschuß erklärte die Wahl K r e n d s e e s für ungültig, weil er nicht als wirklicher Angeessener gelten könne.

Der Bezirksaußschuß als zweite Instanz erhob noch einmal Beweis über die Eintragung A. als Miteigentümer und erklärte dann unter Aufhebung der Vorentscheidung die Wahl des Genossen K r e n d s e e für gültig. Unter anderem führte er aus: Die bloße Eintragung in das Grundbuch würde allerdings nicht genügen, A. als Angeessenen im Sinne der Landgemeindeordnung erscheinen zu lassen. Es sei erforderlich, daß ein Besitztum von rechtlich geicherter Dauer vorhanden sei. Hier frage es sich nun, ob durch Nebenabreden A. im Besitztum so beschränkt sei, daß ein Besitztum von gesicherter Dauer nicht angenommen werden könnte. Diese Frage aber sei zu verneinen. Denn die neue Beweisaufnahme habe ergeben, daß der Gastwirt Rentner sich nicht vorbehalten habe, jederzeit die Rückauflassung fordern zu können. Man sei sich nur darüber einig geworden, und dies sei auch schriftlich fixiert, daß A. seinen Besitzanteil am Hause nicht oder nur im Einverständnis mit Rentner weiter veräußern dürfe. Im übrigen habe der Erwerb des Miteigentums nur eventuell rückgängig gemacht werden sollen, wenn vielleicht durch eine spätere Hypothekenregulierung aus dem Miteigentum Schwierigkeiten entstehen sollten. Unter den obwaltenden Umständen müsse K r e n d s e e als Angeessener angesehen werden und seine Wahl sei gültig.

Die Gegner legten Revision ein, über die gestern (Dienstag) das Oberverwaltungsgericht zu befinden hatte.

Genosse K r e n d s e e wurde durch Rechtsanwalt Dr. Karl L i e b e n c h t vertreten, der in eingehenden Rechtsausführungen darlegte, daß die Vorentscheidung des Bezirksaußschusses zutreffend sei.

Das Oberverwaltungsgericht entschied, daß die Vorentscheidung aufzuheben und die Entscheidung des Kreisaußschusses wieder herzustellen, die Wahl K r e n d s e e s also für ungültig zu erklären sei. Der Bezirksaußschuß habe übersehen, daß es für die Frage, ob jemand Angeessener im Sinne der Landgemeindeordnung sei, wesentlich auf darauf ankomme, ob der Betreffende nicht nur ein Besitztum an einem Grundstück habe, sondern daß dieses Besitztum auch ein dauerndes gegenüber der Gemeinde sei und sein solle. Würdige man in der Beziehung die Zeugenaussagen vor dem Bezirksaußschuß, wozu der Revisionsrichter ein Recht habe, dann sei kein Zweifel, daß hier bei der Uebertragung des Eigentumsanteils von vornherein nicht beabsichtigt gewesen sei, daß K r e n d s e e in ein dauerndes Besitzverhältnis gegenüber der Gemeinde treten sollte. Sondern es sei danach nur bezweckt worden, vorübergehend für den Zweck der Wahl die Qualifikation des Angeessenen zu begründen. Das genüge nicht.

Genosse W a g K n e b e l, der zweite Kassierer des Wahlvereins, ist in der Nacht zum Dienstag gestorben. Die Parteioberleitung des Ortes verliert in dem Verstorbenen einen der rührigsten und eifrigsten Genossen. Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittag 1/2 Uhr statt. Näheres im morgigen Inserat.

Sichwalde.

Bei der am Sonntag erfolgten Stichwahl zur Gemeindevertretung erhielt der Wismaschandidat 110, unser Genosse K ö n i g 91 Stimmen. Die Gegner haben mit den schofelsten Mitteln gearbeitet und dabei tüchtig mit dem roten Lappen geschwenkt. In ihrem Flugblatt hieß es: „Es gilt, den Ansturm der roten Internationalen, einer Partei, die Toren und Alts stürzen will, einer Partei, die alles was einem Deutschen heilig ist, in den Schmutz zieht, abzuwehren!“ usw.

Der Erfolg war, daß alle Beamte, Staats- und Gemeindearbeiter zur Stichwahl kommandiert und zum Teil durch Drohungen gezwungen wurden, den gemeinsamen Kandidaten aller bürgerlichen Parteien zu wählen. Daß alle Sechsdreier-Rentner und Grundbesitzer in Sorge um ihr „sauer erworbenes“ Vermögen die Sozialdemokratie niederstimmen würden, war vorausgesehen.

Friedrichshagen.

Ueber die Folgen der Schnapsliteratur sprach in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse G e o r g U d a. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Hierauf wurde beschlossen, am 1. Mai vormittags eine Versammlung abzuhalten, nachmittags einen kleinen Auszug und am Abend die Feyer zu veranstalten. Diejenigen, welche am 1. Mai feiern, sind nicht verpflichtet, zum Fonds beizusteuern. Aufgenommen wurden sechs neue Mitglieder, darunter eine Genossin.

Ober-Schönheide.

Ein Kind erstickt. Ein schweres Brandunglück, bei dem ein kleines Kind den Tod fand und ein zweites schwer verletzt wurde, Inferatenteil veranw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

ereignete sich gestern mittag in der Edisonstraße 48. In Abwesenheit der Eltern spielten dort die Kinder des Fabrikarbeiters Meyer mit Streichhölzern, wobei Möbel und Kleidungsstücke in Brand gerieten. Es entwickelte sich in der Wohnung bald ein starker Rauch, so daß die Kinder betäubt wurden. Als man in die Wohnung einbrach, war das jüngste Kind der Familie, das im Alter von einem Jahre stand, schon erstickt. Alle Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Auch ein vierjähriger Knabe war durch den Rauch schon hart mitgenommen, doch konnte er durch einen Arzt nach längeren Bemühungen wieder ins Bewußtsein zurückgerufen werden.

Hohen-Schönhausen.

Was fordern und vertreten Sozialdemokraten im Gemeinderat? laute das Thema über das in einer gut besuchten Gemeindeväblersversammlung Genosse K e i n referierte. In seinen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat übte der Redner u. a. auch scharfe Kritik an der Festlegung der Wahlzeit von 5—6 1/2 Uhr. Diese Zeit sei viel zu kurz bemessen, um eine ordnungsgemäße Wahlhandlung zu ermöglichen. Als Kandidat für die bevorstehende Wahl wurde Genosse F u h r m a n n aufgestellt.

Reinickendorf.

Die Wahl der Arbeitgeberelegierten zur hiesigen Ortskrankenkasse findet morgen Donnerstag, den 6. April, abends von 7—8 1/2 Uhr, im Restaurant Sabau, Residenzstr. 124, statt. Unsere Liste beginnt mit F u c h s und endet mit G e n s. Wir erwarten, daß unsere Genossen und Genossinnen ihre Pflicht erfüllen und für lebhafteste Wahlbeteiligung Propaganda machen.

Die Bezirkswahlvereine für Reinickendorf-Ost und West.

Sirfenwerder.

Auch eine Wahl! Die auf den 3. April d. J., mittags 12 Uhr, im hiesigen „Seeblöhen“ für die 3. Klasse anberaumt gewesene Neuwahl zur Gemeindevertretung hat ein unerwartetes Resultat gehabt. Die Kandidaten der vereinigten „Patrioten“ und Handagrariers sind mit 137 Stimmen glatt gewählt worden. Von den Gegnern, dem liberalen Ortsverein sowie den sozialdemokratischen Wählern wurde auch nicht eine Stimme abgegeben. Und das kam so. Der Gemeindevorsteher Kühn ließ den Wahlvorstand auf folgende Weise wählen: Er schlug zu den Stimmen der persönlich anwesenden Wähler noch sämtliche „Vollmachten“, die zu prüfen er sich gar nicht erst die Mühe nahm, und erreichte so, daß für die von den Liberalen und Sozialdemokraten vorgeschlagenen Bewerber 114 (darunter 77 persönliche) und für die Befürworter der „Schwarzen“ 172 (darunter nur 53 persönliche) Stimmen abgegeben wurden. Angesichts des Umstandes, daß die übergroße Zahl der „Vollmachten“ von in die Wählerliste hineingeschwindelten Forensen herrührte, glaubten die Liberalen und Sozialdemokraten dieser Vergewaltigung gegenüber keinen wirkungsvolleren Protest einlegen zu können, als daß sie sich samt und sonders der Stimme enthielten. Die trotzdem unter zeitweise ohrenbetäubendem Lärm vorgenommene Wahl ergab das oben angegebene Resultat. Die Wahl ist übrigens, von anderen Protestpunkten abgesehen, schon darum ungültig, weil der Gemeindevorsteher Kühn in der Wahlbekanntmachung angegeben vergessen hatte, wieviel Angeessenen in der dritten Abteilung gewählt werden mußten.

Potsdam.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Die Wasserabgabe der städtischen Wasserwerke hat im Sommer 1910 bis zu 10 000 Kubikmeter betragen. Zurzeit liefert Werk I 4500 und Werk II 7000 Kubikmeter, zusammen also 11 500 Kubikmeter in 24 Stunden. Da die maschinellen Förderungsrichtungen auf Werk II im vorigen Jahre genügend erweitert worden sind, macht sich hier die Erweiterung der Fassungsanlage notwendig, um eine weit größere Wassermenge liefern zu können. Die Kosten in Höhe von 15 000 M. wurden bewilligt. — Für die Herstellung von drei Tiefbrunnen auf dem städtischen Grundstück Leipziger Str. 10 zwecks Klärung der Untergrundwasserhältnisse sind 3000 M. bewilligt worden. Da dieser Betrag nicht zureicht und bereits überschritten worden ist, werden 1000 M. nachbewilligt. — Der Wohltätigkeitsverein erhielt bisher eine städtische Beihilfe von 300 M., diese wird auf 1500 M. erhöht. Seit 1882 hatte der Verein auch von der Armenverwaltung 600 M. jährlich erhalten, die jetzt in Wegfall gekommen sind. Der Verein hat zurzeit ein Vermögen von 52 400 M., das im Falle seiner Auflösung der Stadt zufallen würde. — Der Etat für das neue Verwaltungsjahr balanciert mit 7 182 970,57 M. In ihm ist u. a. ein Posten von 25 000 M. für Vorarbeiten zum Rathausbau, welcher im eine besonderen Vorlage nachbewilligt werden soll, enthalten. — Die ausstehenden Stadträte Scheinert, Dahlweitz, Wernick, Eckerl, Wolters wurden wieder, für den Stadtrat Böhmke der Stadtverordnete Herzberger gewählt. Mit der Wahl des letzteren sind nunmehr acht Stadtverordnetenstellen unbesetzt.

Leser- und Diskussionsab. „Zd. Ch.“. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr bei Reihardt, Gdrlitzer Straße 58: Sitzung (Vortrag). Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Besprechung findet S t a n d e n s t r a ß e 49, von vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Vorkasse und eine Zahl als Retentionsbeizahlung. Briefliche Antworten wird nicht erzieht. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

W. Seefeld, Dankow. Regelmäßig bescheiden lassen. — Herbergstraße 7—8. Unverständlich. — Dis-Schweben. Die Firma ist und nicht bekannt. In der Regel hört mit der Einleitung der verlangten 10 Mark jede Geschäftsverbindung auf. Daher Hände weg! — G. C. 175. Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, Rixdorf, Hermannstr. 100 bei Weibe. — Radeke. Am 25. Januar 1907. — H. A. R. R. 92. Wenden Sie sich an Paul Wipper, Rixdorf, Friedenstr. 20, oder „Risch Auf“, Brunnenstraße 35. — F. C. W. 50. Die Bibliothek des Verbandes der Maler dürfte Ihrem Zwecke entsprechende Bücher haben, Reichsstr. 28, part. — G. E. 192. Die Bank ist uns nicht bekannt. Ihrem Zwecke dürften Entsch. oder Kommunalanleihen entsprechen. — V. 2. 1. 3. Ueber Preis und Freigabe erhalten Sie unentgeltlich Auskunft auf der amtlichen Auskunftsbüro des Reichs, Alexanderplatz 4. So im allgemeinen nicht zu beantworten. R. S. 64. Ja. — C. J. 62. Zum Abdruck der genannten Gesetzesvorschrift reicht der Raum des Briefkastens nicht aus. — C. G. 13. Ja, wenn das Geld aus Ihren Mitteln herkömmt. — R. S. 100. Sie persönlich erscheinen nicht möglich. — Grabert. Vom Tage der Invalidität, wenn die Anmeldung binnen Jahresfrist erfolgt. — G. St. 63. 1. Rein. 2. Das ist bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres möglich. 3. Rein. 4. Ja. — Patient Buch. Von welchem Geschl. In der Regel können wir den Geschlechtsraumangehörigen halber nicht abdrucken. Es ist daher zweckmäßig, die Tatsachen, auf die es ankommt, mitzuteilen. — G. E. Steglitz. Rein. — R. 33. Ja, sofern der Aufenthalt länger als drei Monate andauert.

Wasserstands-Nachrichten.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	8. 4.	2. 4.		8. 4.	2. 4.
Remel, Mühl	492	+34	Saale, Großh.	148	+3
Bregel, Jüterbog	158	-13	Saale, Sandau ¹⁾	134	+10
Deißel, Thon	286	-6	Saale, Saalfeld ²⁾	173	-3
Ober, Rathor	343	-35	Saale, Ebersdorf ³⁾	195	0
„ „ „ „	238	+5	„ „ „ „	186	0
„ „ „ „	245	+1	„ „ „ „	5	-15
„ „ „ „	160	-14	„ „ „ „	74	-2
„ „ „ „	212	-7	„ „ „ „	406	+6
„ „ „ „	99	-1	„ „ „ „	241	-6
„ „ „ „	167	+5	„ „ „ „	205	-15
„ „ „ „	58	+8	„ „ „ „	143	+5
„ „ „ „	312	+8	„ „ „ „	181	0
„ „ „ „	255	+5	„ „ „ „	—	—

1) + bedeutet Hoch, — Nied. — 2) Unterbest.

3) + bedeutet Hoch, — Nied. — 4) Unterbest.

Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.